# DER HAUPTSTADTBRIEF

133. Ausgabe | 2015 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN 17. Jahr | 5 Euro



FOTOLIA/UNDERWORLD

## Was flattert da in Sturm und Wind? Es ist die EU-Fahne, mein Kind.

Solange die Europäische Union eine Schönwetterveranstaltung war, haben ihre Bürger den Verantwortlichen vieles nachgesehen. Seit uferlose Staatsverschuldung und grenzenlose Einwanderung überhandnehmen, ändert sich das. Zwischenbilanz eines Klimawandels.



ISSN 2197-2761

# DER HAUPTSTADTBRIEF 133 – Inhalt

# DER HAUPTSTADTBRIEF 133 – Editorial

## *Deutschland in vorweihnachtlicher Stimmung? Na ja*

*Das bevorstehende Jahresende bietet Gelegenheit, rückblickend die gesellschaftliche Entwicklung zu betrachten. In der Regel überwiegen die positiven Ereignisse einer solchen Schlussbilanz. Nicht so in diesem Jahr.*

*Natürlich ist es positiv, dass – insbesondere auch durch hartnäckiges Vermittlungsbemühen des Bundesaußenministers – es zu einer Lösung mit Teheran im Irankonflikt kam und sich eine Entspannung bei den militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine abzeichnet.*

*Aber insgesamt müssen wir feststellen, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan verlängert wurde, die Situation im Irak keineswegs befriedet ist und zusätzlich Deutschland aus Solidarität an der Seite Frankreichs im Syrienkonflikt militärisch aktiv ist. Ein Konflikt, der geopolitisch so kompliziert ist, dass der normale Betrachter kaum noch nachvollziehen kann, wer gegen wen, wo, warum militärisch kämpft. Doch ein dringend notwendiges politisches Konzept zur Lösung des Syrienkrieges ist nicht erkennbar. Zusätzlich wird die Bundeswehr nun auch noch in Mali präsent sein.*

*Auch der Blick in das Innere der europäischen Verfahrensordnung lässt keinen Grund zur vorweihnachtlichen Stimmung aufkommen. Im Gegenteil: Man hat eher das Gefühl, dass die politischen Eliten Europas versagt haben und unkoordiniert agieren. Noch im Juni war es, trotz des engagierten Einsatzes von Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, nur unter größten Schwierigkeiten möglich, einen Verteilungsschlüssel für 40 000 Flüchtlinge in Europa zu beschließen. Nur als Hinweis dazu: Deutschland allein hat in diesem Jahr eine Million Flüchtlinge aufgenommen.*

*Wie der Willkommensgruß von Bundeskanzlerin Merkel an die Flüchtlinge auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann, entbehrt bis heute einer konkreten Antwort und zukunftsfähigen Lösung. Nein! Die verantwortlichen politischen Eliten und Mandatsträger wären gut beraten, den Dialog mit den Bürgern offener, ehrlicher und intensiver zu führen und deren Sorgen, Nöte und Ängste ernst zu nehmen.*

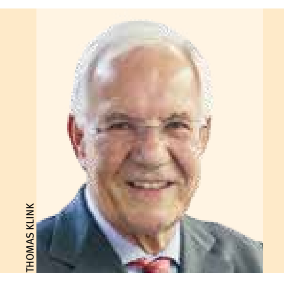
*Es wäre fatal, wenn bei den nächsten Wahlen die falschen Gruppierungen – ob aus mangelnder Glaubwürdigkeit der regierenden politischen Parteien oder aufgrund der anwachsenden Ängste in der Bevölkerung – ein Mandat bekämen und Deutschland eine ähnliche Entwicklung erfährt, wie sie schon in den Nachbarländern eingeleitet und vollzogen ist.*

*Einer unserer Autoren bezeichnet unser Land als die wankende Republik. Und man möchte ergänzen: Mit Wankelmut und Tagträumerei sind die aktuellen Probleme nicht zu lösen. Die Politik muss genügend Realismus und Pragmatismus aufbringen und entsprechend schnell und unbürokratisch handeln. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unseres Landes.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest.*

*Detlef Prinz*

*Verleger*


THOMAS KLINK

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Brun-Hagen Hennerkes** ist Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Familienunternehmen. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, welche Belastungen die Flüchtlingskrise aus der Sicht der deutschen Familienunternehmen für Deutschland ebenso wie für den freien Warenverkehr in der EU mit sich bringt – und zukünftig verstärkt mit sich bringen wird, wenn die Fliehkräfte in der EU nicht eingedämmt werden.

# Das schwankende Europa benötigt eine Generalrevision

Die Flüchtlingskrise hat in der Europäischen Union eine Vielzahl von Turbulenzen ausgelöst – es ist Zeit, sich auf die gemeinsamen Kernwerte zu besinnen | Von Brun-Hagen Hennerkes

Den dauerhaften Fortbestand der sozialen Marktwirtschaft unter der Ägide der Europäischen Union und des Euro betrachten die deutschen Familienunternehmer als tragendes Fundament ihrer Zukunft. Bisher konnten sie dabei meist auf die Unterstützung der Berliner Regierung vertrauen. „Die Familienunternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft", tönte es stets aus dem Bundeskanzleramt. Doch in letzter Zeit sind Zweifel an diesem Bekenntnis angebracht.

**Für die derzeit im Vordergrund stehende Problematik der Flüchtlinge** gilt das insbesondere. Dabei darf es an der grundsätzlichen Bereitschaft der Familienunternehmen, die Regierung bei der Bewältigung des Asylantenstroms nach Kräften zu unterstützen, keinen Zweifel geben – dies schon deshalb, weil die Familienunternehmen sich traditionell den sozialen Bedürfnissen ihrer Belegschaft und darüber hinaus der gesamten Gesellschaft in hohem Maße verpflichtet fühlen.

Doch die von der Berliner Politik an die Familienunternehmen jetzt gestellten Erwartungen können von diesen nicht in vollem Umfang erfüllt werden. Die aus dem Kanzleramt verbreitete Überzeugung „Wir schaffen das" erweist sich bei näherem Hinsehen als gefährliche Illusion. So schätzt beispielsweise Bernhard Raffelhüschen, Professor für Finanzwirtschaft und einer der führenden Ökonomen unseres Landes, die Folgekosten des Asylantenansturms allein für Deutschland auf etwa eine Billion Euro. Selbst Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem äußert massive Bedenken: Nach seiner Meinung könnten die Sozialstaaten in der EU zusammenbrechen, wenn der Zustrom der Asylbewerber im bisherigen Umfang anhält. Zu diesen Befürchtungen bedarf es schnell einer ebenso ehrlichen wie klaren Stellungnahme seitens der Regierung. Dass diese bisher ausgeblieben ist, wird in vielen Teilen der Bevölkerung als erhebliches Manko angesehen.

> *Die aus dem Kanzleramt verbreitete Überzeugung ‚Wir schaffen das' erweist sich bei näherem Hinsehen als gefährliche Illusion.*

Dabei ist die finanzielle Bewältigung der Flüchtlingsproblematik noch das geringere Problem. Geradezu ausgeschlossen erscheint es jedoch, die auf Deutschland einstürmenden Menschenmassen gesellschaftlich ordnungsgemäß zu integrieren. Aussagen hoher Regierungsvertreter, wonach der Islam zu Deutschland gehöre, helfen hier zum einen nicht weiter, zum anderen sind sie unrichtig. Diese Aussage

wird nicht nur von unseren Familienunternehmen, sondern ebenso von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Und das zu Recht.

Die Vorstellungen des Islam finden in unserer Wertetradition keine Basis. Die europäische Kultur geht stets vom Individuum aus. Die Freiheit jedes einzelnen Bürgers wird durch das Gesetz umfassend – selbst vor dem Staat – geschützt. Im Islam dagegen bilden Glauben und Staat eine unauflösliche Einheit. Christliche Werte innerhalb eines pluralen Gemeinwesens werden im Islam nicht anerkannt. Im Gegenteil: Das Kollektiv, dem sich der Einzelne unterzuordnen hat, bildet den Wesenskern der islamischen Gesellschaft.

Dies bedeutet, dass mit der massenhaften Einwanderung der Flüchtlinge, unter denen sich ja eine große, wenn auch statistisch bisher noch




**Die Balkanroute, über die der Zustrom von Flüchtlingen anhält, zieht sich als Korridor von der Türkei durch Europa – mit Deutschland als Wunschziel und Sackgasse; denn Schweden kontrolliert seit dem 11. November 2015 seine Grenze.**




**Ein Ansatz zur Bewältigung der Krise: Angela Merkel mit Griechenlands Premier Alexis Tsipras (links), Frankreichs Präsident François Hollande (rechts) und dem türkischen Premier Ahmet Davutoglu beim EU-Sondergipfel am 29. November 2015 in Brüssel, bei dem Ankara 3 Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei zugesichert wurden. Im Gegenzug soll die Türkei ihre Grenzen künftig besser kontrollieren.**

nicht erfasste Zahl von Muslimen befindet, große kulturelle Verwerfungen drohen. Diesen können wir nur dadurch begegnen, dass wir in unserem Land ausschließlich jene Muslime willkommen heißen, die unsere Anschauungen, unsere Werte und unsere Lebensweise akzeptieren. Wer dazu nicht bereit ist, sollte Deutschland wieder verlassen, selbst dann, wenn sein Asylrecht als solches rechtlich anzuerkennen ist.

**Selbst der Fortbestand der EU ist in Frage gestellt.** Die Flüchtlingskrise hat in der Europäischen Union eine Vielzahl von Turbulenzen ausgelöst. Grenzprobleme, Quotenregelungen sowie Fragen der Kostenpartizipation sorgen für Streit und Dissonanz. Die ehemals viel beschworene Loyalität innerhalb Europas ist ins Wanken geraten. Diese Fliehkräfte innerhalb der EU dürften sich in Zukunft noch verstärken: Polen wird nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen Partei von Jarosław Kaczyński weiter auf EU-Distanz gehen. So ließ die neue polnische Premierministerin unmittelbar nach ihrem Amtsantritt die EU-Flagge bei Pressekonferenzen entfernen.

In Großbritannien fordert laut einer aktuellen Umfrage erstmals eine Mehrheit der Bevölkerung den EU-Austritt des Landes. Mit dem von Eurokraten hoch geschätzten Mantra „Mehr Europa“ werden sich die Briten nur schwer in der EU halten lassen, und doch ist ihre marktwirtschaftliche Haltung für das Gleichgewicht in der EU unverzichtbar. Früher war es mit einem Tabu belegt, den Zerfall der Staatengemeinschaft auch nur in Betracht zu ziehen. Jetzt erscheint das bisher Unvorstellbare als durchaus reale Gefahr, und der niederländische Regierungschef Mark Rutte zieht bereits eine Parallele zum Römischen Reich, das am Ende war, als es seine Außengrenzen nicht mehr kontrollieren konnte.

Die EU leidet grundsätzlich an einer Fehlentwicklung, welche die Staatstheorie als „imperiale Überdehnung“ bezeichnet. Nicht nur, dass die Gemeinschaft ihr überschnelles Wachstum organisatorisch nicht bewältigt hat. Hinzu kommt die Tatsache, dass sich die Brüsseler Bürokratie unter stetiger Missachtung des Grundsatzes der Subsidiarität auf Felder begeben hat, für die keinerlei Regulierungsbedarf besteht. Das reicht – wie etwa dieses Beispiel zeigt – bis zur Lächerlichkeit: Weil sich etwa 30 EU-Bürger bei der EU-Kommission darüber beschwerten, dass sie sich an einer Kerze verbrannt hatten, haben die Brüsseler Bürokraten nun eine sechs Seiten lange „Kerzenverordnung“ auf den Weg gebracht. Demnach muss jeder verkauften Kerze künftig eine Bedienungsanleitung beigefügt und auf die Verpackung ein Warnhinweis aufgedruckt werden.

> *„Wir dürfen nur jene Muslime willkommen heißen, die unsere Anschauungen, unsere Werte und unsere Lebensweise akzeptieren.“*

Die tiefgehende Krise der Staatengemeinschaft ließe sich eindämmen, wenn die EU-Kommission zur echten Selbstbeschränkung und die Regierungen zu einer Generalrevision der EU bereit wären. Darunter fällt, um nur zwei Beispiele zu nennen, eine Bezahlung der EU-Beamten, die sie nicht von den Verhältnissen in ihren Heimatländern völlig entfremdet. Auch an einer Härtung der Stabilitätsregeln von Maastricht führt kein Weg vorbei. Die letzten Jahre haben gezeigt, welche zutiefst zerstörerische Qualität der Konflikt zwischen Gläubigern und Schuldnern besitzt.

Nach innen muss sich die EU auf einige wenige Politikfelder beschränken, nach außen aber an Stärke gewinnen. Denn ohne eine effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen ist nationalen Alleingängen Tür und Tor geöffnet. Das leuchtet bei der Beherrschung des Flüchtlingschaos ein, erst recht aber in der Verteidigung, die in der aktuellen Diskussion trotz gefährlicher Krisenherde wie Syrien, Libyen und Ukraine vernachlässigt wird. Es gibt kaum Alternativen zur engeren Zusammenarbeit bei Armee und Außenpolitik.

Statt auf die Stärke der eigenen Gemeinschaft zu bauen, begibt sich die EU derzeit in zweifelhafte Allianzen und Abhängigkeiten von unzuverlässigen Dritten, deren Rechtsstaatlichkeit nicht einmal zweifelsfrei erwiesen ist. So soll die Türkei in der Flüchtlingskrise richten, was der EU nicht zu gelingen scheint. Versuche, uns Europäer zu erpressen, werden nicht auf sich warten lassen. Ähnliches gilt auch für Griechenland. Dort amtiert ein Verteidigungsminister, der noch zu Beginn des Jahres damit gedroht hat, eingereiste Terroristen an Deutschland weiterzuleiten. Dieser Mann hat nach wie vor Sitz und Stimme im Kabinett von Alexis Tsipras. Zeige mir Deine Freunde, und ich sage Dir, wer Du bist.

Der Erfolg der deutschen Familienunternehmen steht und fällt mit dem Funktionieren des Binnenmarktes. Wenn zukünftig die Polizei jeden Lastwagen durchsuchen muss, weil die Abkommen von Schengen und Dublin außer Kraft gesetzt sind, und wenn Zug- und Fährverkehr unterbrochen werden müssten, dann steht für sie der Binnenmarkt auf dem Spiel. Die Familienunternehmen können schon deshalb auf offene Grenzen innerhalb Europas nicht mehr verzichten, weil sie Lagerhaltung und Logistik aus Kostengründen inzwischen dem freien Binnenverkehr angepasst haben.

EU-Kommission und Regierungen der Mitgliedsstaaten wären deswegen gut beraten, als ersten Schritt die Einhaltung vorhandener Verträge durchzusetzen. Ein Staat ohne Gesetz sei wie ein Körper ohne Geist, warnte schon Marcus Tullius Cicero – und trifft damit, ungeachtet dessen, dass er es vor 2000 Jahren sagte, den wunden Punkt. ◆





Die Stiftung Familienunternehmen, deren Vorstandsvorsitzender unser Autor Brun-Hagen Hennerkes ist, widmet sich der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Mehr dazu unter: www.familienunternehmen.de


MARTIN JOPPEN

**Prof. Dr. Jürgen Stark** ist Ökonom. Bis 2012 war er Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB). Zuvor war er Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Im HAUPTSTADTBRIEF zeigt er den Zusammenhang auf zwischen der Häufung der Krisen, die Europa derzeit heimsuchen, und der Tatsache, dass zwei Eckpfeiler der EU, die Verträge von Schengen und Maastricht, seit Jahren missachtet und außer Kraft gesetzt sind.

# „Regeln? Aber wir sind doch in einer Krise!"

Eurozone und EU sind an einem Punkt, an dem sich die Krisen häufen. Jetzt rächt sich, dass seit Jahren geltendes EU-Recht missachtet wurde | Von Jürgen Stark

Wir sind in Europa an einem Punkt, an dem eine Gemengelage von Krisen zu bewältigen ist – die Krise des Euro-Gebiets, das Flüchtlingsdrama und die terroristischen Attacken schaffen eine Situation, die die Politik zu überfordern scheint. Es kommen neue Probleme hinzu, ohne dass die alten Probleme wirklich konstruktiv in Angriff genommen, geschweige denn gelöst sind. Und auch die Lehren aus der Kernkrise, der Krise des Euroraums seit 2010, sind noch nicht gezogen.

Wir hören und lesen derzeit eine Vielzahl von Vorschlägen und Überlegungen dazu, was getan werden müsse, um den Euro krisensicher zu machen – vonseiten der fünf Präsidenten der Europäischen Union, vonseiten der französischen Regierung, vonseiten der Europäischen Zentralbank (EZB), vonseiten des deutschen Finanzministers. Wie weit das alles trägt angesichts der politischen Situation, die wir in Europa haben, ist eine ganz andere Frage.

*„Den Verträgen von Schengen und Maastricht gemeinsam ist, dass es zur Regel geworden ist, die dort vereinbarten Regeln zu brechen."*

Die EU leidet zunehmend unter einem Akzeptanzproblem. Zwar ist es auch so, dass sie fälschlicherweise für Missstände verantwortlich gemacht wird, deren Ursachen anderswo zu suchen sind – die wachsende Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem europäischen Projekt jedenfalls ist da, und sie muss ernst genommen werden. Und jede weitere europäische Integration, also jedes weitere Zusammenwachsen der Staaten innerhalb der EU, sofern es dazu überhaupt weiterhin einen Konsens gibt, wird nur möglich sein, wenn sich die Bevölkerung dabei stärker einbezogen sieht. Das gegenwärtige „Top-down"-Verfahren von oben nach unten ist ein Auslaufmodell. Das Gegenteil, einen „Bottom-up"-Ansatz, wird derzeit allerdings eine ganze Reihe von Ländern in der EU auch nicht mitzugestalten bereit sein.

Für eine bessere Europäische Union braucht es nicht zuletzt eine Neuzuordnung der Zuständigkeiten: Was soll auf europäischer Ebene laufen? Was soll auf der nationalen oder regionalen Ebene laufen? Es ist zu viel automatisch nach Brüssel gelangt, was besser dem Subsidiaritätsprinzip folgend auf der nationalen Ebene geblieben wäre oder hätte bleiben sollen. Das kann man wieder zurückholen, wenn man andere Zuständigkeiten nach Brüssel geben sollte.

Um zu erkennen, wo die EU angesichts einer Multiplizierung von Krisen heute steht, scheint es nötig, einen Blick zurück zu werfen auf das, was wir uns vorgenommen hatten – nach Schengen und nach Maastricht, denn die jeweilige Umsetzung der dort beschlossenen beiden maßgebli-



PICTURE ALLIANCE/DPA/TOLGA BOZOGLU

**Löchrige Grenzen: Seit Jahren bereits und nicht erst seit Beginn des Flüchtlingsansturms ist bekannt, dass die EU-Außengrenzen nicht so kontrolliert werden, wie es sein müsste. Das Schengener Abkommen, das die Aufhebung der Binnengrenzen bei gleichzeitiger verstärkter Kontrolle an den Außengrenzen des gemeinsamen Wirtschaftsraums vorsieht, wurde vielfach nicht eingehalten. Im Bild Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland, die am Morgen des 19. September 2015 auf dem Weg zur griechischen Grenze bei Edirne auf der Europastraße 80 schlafen.**

chen Vertragselemente der europäischen Integration, der Abschaffung von Kontrollen an den Binnengrenzen und der Wirtschafts- und Währungsunion, weist erhellende Gemeinsamkeiten auf.

Die europäische Integration im Bereich der Wirtschaft und im Bereich der Währung ist gekennzeichnet durch zwei wesentliche Elemente: zum einen durch den gemeinsamen Binnenmarkt mit den vier vertraglich vereinbarten Grundfreiheiten freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr. Das wird allgemein bereits seit 1993 für mehr oder weniger selbstverständlich genommen – obwohl der gemeinsame Binnenmarkt immer noch nicht komplett vollendet ist. Zum anderen haben wir die gemeinsame Währung mit der Wirtschafts- und Währungsunion. Ein Markt, der gemeinsame Binnenmarkt, und eine Währung – das sollte die logische Folge sein. Aber was ist tatsächlich daraus geworden?

Zunächst einmal eine spürbare Erleichterung im Leben der Bürgerinnen und Bürger – diese beiden Eckpfeiler der europäischen Integration sind es, die Europa im persönlichen Alltag bedeuten: Man reist über Grenzen und wird nicht kontrolliert. Man hält sich im Ausland auf und kann mit dem gewohnten Euro bezahlen. Nur: Genau diese beiden Eckpfeiler geraten gegenwärtig in Gefahr.

Ein entscheidender Punkt bei der Aufhebung der Binnengrenzen ist die Verlagerung der Grenzkontrollen an die Außengrenzen. Seit einigen Jahren

bereits und nicht erst seit drei oder vier Monaten wissen wir indessen, dass diese Außengrenzen nicht so kontrolliert werden, wie es sein müsste. Die Aufhebung der Binnengrenzen hat nicht dazu geführt, dass eine verstärkte Kontrolle an den Außengrenzen der EU beziehungsweise des Schengen-Raums stattfindet. Das System ist an vielen Stellen löchrig, so etwa auf den griechischen Inseln oder auf Sizilien. Die dortigen Institutionen sind schlicht überfordert – und nicht erst, seitdem die Menge der Flüchtlinge ein kaum noch handhabbares Ausmaß erreicht hat.

Die Wirtschaftsunion basiert, so steht es im Maastricht-Vertrag, auf Prinzipien, auf Grundsätzen und Regeln: Dauerhafte wirtschaftliche Konvergenz als Voraussetzung, verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten. Dafür hat man Verfahren und Instrumente entwickelt, darunter die Nichtbeistandspflicht, die No-Bailout-Klausel, sprich: Kein Mitglied der Währungsunion kann erwarten, aus selbstverschuldeten Schwierigkeiten finanziell herausgepaukt zu werden. Dahinter stand die Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre Haushaltspolitik, zusätzlich untermauert durch den Stabilitätspakt. Und die Währungsunion zeichnet sich aus durch die Unabhängigkeit der Zentralbanken, durch die einheitliche Geldpolitik, durch das primäre Ziel der Preisstabilität und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Das heißt, die EZB darf nationale Haushalte nicht finanzieren, zumindest nicht über den Primärmarkt.

*“Gab es 2010 Alternativen? Selbstverständlich gab es sie, nämlich die Anwendung des Maastricht-Vertrages.”*

Und hier wird nun deutlich, was die Gemeinsamkeit zwischen Schengen und Maastricht ist: Es ist zur Regel geworden, die dort vereinbarten Regeln nicht einzuhalten. Es ist zur Regel geworden, Recht zu brechen. Wir haben spätestens seit 2010 in Europa einen fortgesetzten Rechtsbruch. Wir haben dabei natürlich nach wie vor einen EU-Vertrag, wir haben nach wie vor vertragliche Regelungen. Aber im Zuge des Krisenmanagements sind diese Verträge umgangen oder ausgehebelt worden. Das, was wir heute als Europäischen Stabilitätsmechanismus haben, hat mit dem Maastricht-Vertrag überhaupt nichts mehr zu tun, sondern basiert auf einer Vereinbarung zwischen den Regierungen. Wo aber war die Hüterin der Verträge, die EU-Kommission in Brüssel? Wie hat sie 2010 reagiert, als man Maastricht kurzerhand innerhalb von wenigen Stunden auf die Müllhalde der Geschichte geworfen hat? Sie hat das Spiel mitgemacht, ohne auf die Anwendung der vertraglichen Vorschriften zu pochen.

Angesichts dessen drängt sich eine weitere Frage auf: War und ist all das, was wir uns in der EU an Regeln und an Recht gesetzt haben, um das Zusammenwachsen voranzubringen, nur eine Schönwetterveranstaltung? Gilt der europäische Vertag nur so lange, wie kein Land in Schwierigkeiten gerät und keine Krise eintritt? Dem ist in der Tat so, und das Umschalten auf den Krisenmodus geschah reibungslos: Bei der Diskussion mit Kollegen in der Europäischen Zentralbank im Frühjahr 2010, als es darum ging, man müsse Griechenland herauspauken, sagte ich: Aber das ist gegen den Vertrag, wir haben eine No-Bailout-Klausel. Griechenland müsse, so sah ich es, das Währungsgebiet verlassen, um dann etwa durch eine Abwertung der Währung eine Schuldenrestrukturierung durchzuführen. Aber ich hörte unisono von meinen Kollegen: „Regeln? Aber wir befinden uns in einer Krise!“

Und ich hörte von nicht wenigen meiner damaligen Kollegen: Eigentlich haben wir nur auf eine solche Krise gewartet, um endlich die deutsche Dominanz über den Maastricht-Vertrag zu brechen. Das heißt: Man wollte ursprünglich eine andere Währungsunion, aber dort hätte man Deutschland nicht mit hineinbekommen. So hat man also die deutsche Position akzeptiert – jedoch mit dem unausgesprochenen Vorbehalt, die erste Krise werde hier zu einer Änderung führen.

Von 2010 zurück zum Deutschland von heute: eine explosionsartig anwachsende Zahl von Asylanträgen. Die Flüchtlingswelle konzentriert sich in erster Linie auf Deutschland, auf Schweden und auf Österreich. Frankreich hat signalisiert: Wir nehmen keine Flüchtlinge auf. Dasselbe gilt für das Vereinigte Königreich. Das heißt, Deutschland und Österreich werden auch in Zukunft am stärksten betroffen sein. Was die Bildung und Qualifikation der Flüchtlinge angeht, dürfte inzwischen jedem klar sein, dass die ursprüngliche euphorische Reaktion der deutschen Wirtschaft eine bunte Seifenblase war. Tatsächlich haben 60 Prozent der Asylsuchenden nach Erhebungen der UNESCO weniger als acht Jahre Schulbildung. Auch die Analphabeten-Rate ist hoch. Sie liegt im Durchschnitt zwischen 15 und 20 Prozent – bei den Männern. Bei den Frauen liegt sie bei 50 Prozent.

*„Wir haben die Regeln, die wir uns gegeben haben, bereits zu lax angewendet, bevor wir sie gebrochen haben."*

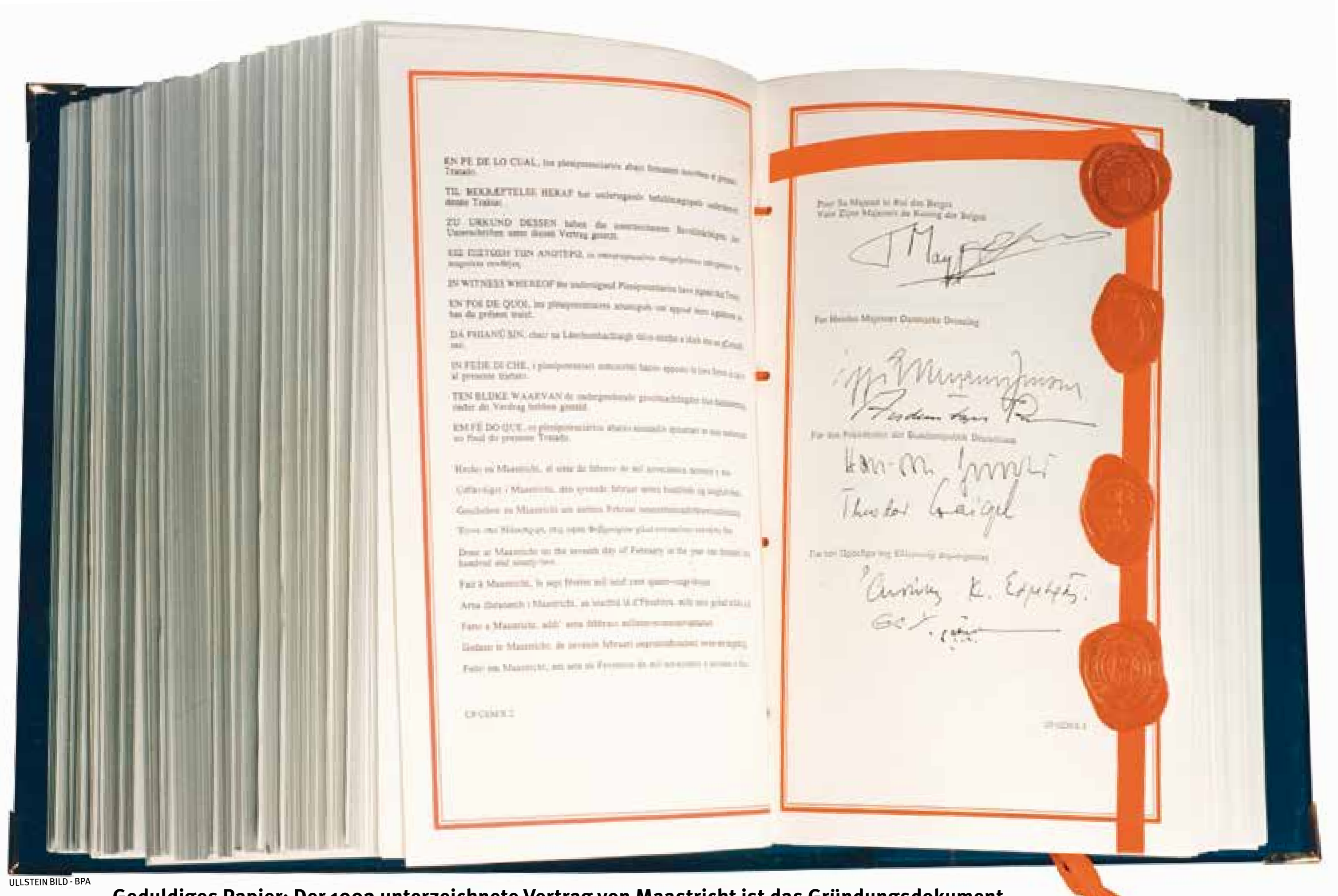
Wir haben uns – an Schengen und Maastricht vorbei – in eine prekäre Situation manövriert. Wir haben die Regeln, die wir uns gegeben haben, bereits zu lax angewendet, bevor wir sie gebrochen haben. Der Stabilitätspakt: bereits 2003 ausgehebelt. Die Geldpolitik des „One Size Fits All“: eine Illusion, basierend auf der Vermutung, die notwendige Anpassung werde bei den Mitgliedsstaaten auf der nationalen Ebene erfolgen – was nicht geschah. Da gab es Exzesse und Übertreibungen, etwa an den Immobilienmärkten. Da gab es Leistungsbilanzdefizite, befeuert durch das neue Regime der Geldpolitik. Da ist der fehlende politische Überbau – oder der politische Unterbau, je nachdem, wen man fragt. Da gab es die Erweiterung der Europäischen Union, die ein festeres Zusammenwachsen, sofern es denn politisch machbar gewesen wäre, nicht mehr zuließ.

Die Währungsunion, wie wir sie heute haben, basiert nicht mehr auf Maastricht, sie basiert auf der Rettungspolitik seit 2010. Ein Paradigmenwechsel, vollzogen innerhalb einiger weniger Stunden im Mai 2010. Griechenland, der Crash in den USA, dann Irland, dann Portugal. Eine Panik folgte auf die andere. Im August 2011 Alarmglocken aus Rom, dass Italien insolvent werden könnte. Darauf Panik, das Eurogebiet könne auseinanderbrechen – und die Parole von Mario Draghi: den Euro retten, „whatever it takes“. Dann eine völlig überzogene Diskussion über Deflationsgefahren in Europa, mit der Folge einer noch expansiveren Geldpolitik mit „Quantitative Easing“. Dass das so kommen würde war absehbar und für mich persönlich bereits 2011 der Anlass, dieses Spektakel zu verlassen.

Wir haben also heute eine Währungsunion, für die ganz nebenbei ein neues Konzept entwickelt wurde. Wir haben Bailout. Wir haben einen dauerhaften Rettungsmechanismus. Wir haben neue Haushaltsregeln. Und es ist, wenn von Europa die Rede ist, zunehmend vorrangig von Mechanismen die Rede. Damit wird glauben gemacht, es gehe eigentlich nur um ein technisches Problem, man habe nur ein wenig an der Automatik zu drehen – wo in Wahrheit höchst sensible politische Fragen dahinterstehen.

Gab es 2010 Alternativen? Selbstverständlich gab es sie, nämlich die Anwendung des Maastricht-Vertrages. Aber nun haben wir das „Quantitative Easing“, nun wird die mengenmäßige Lockerung der Geldpolitik praktiziert. Es wird zusätzlich Liquidität in die Märkte gegeben, weil man bereits nominal bei den Leitzinsen bei null ist. Die EZB kopierte damit das, was die Amerikanische Zentralbank, die Bank of England, die Bank of Japan auch taten.

Der Druck der Märkte auf die EZB war tatsächlich enorm groß. Endlich sollte auch sie das machen, was die anderen machen: Mainstream Monetary Policy, Mainstream-Geldpolitik. Es wurde dabei nicht berücksichtigt, dass die EZB bereits 2008/2009 durch andere Instrumente positive Ergebnisse erzielt und die Zinsen deutlich



ULLSTEIN BILD - BPA

**Geduldiges Papier: Der 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht ist das Gründungsdokument der Europäischen Union. Darin festgelegt ist unter anderem die Nichtbeistandspflicht, die No-Bailout-Klausel: Kein Mitglied der Währungsunion kann erwarten, aus Schwierigkeiten finanziell herausgepaukt zu werden. Festgelegt ist darin auch die Unabhängigkeit der Zentralbanken – seit 2010 sind diese und andere Bestimmungen nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie stehen.**

in die Richtung 2 Prozent gedrückt hatte.“ Die jetzige ultralockere Geldpolitik ist nicht gerechtfertigt. Und sie ist schon gar nicht effektiv.

Gibt es ein Deflationsrisiko? Meine Antwort ist: nein. Besteht eine Gefahr für die Inflationserwartungen? Meine Antwort auch hier: nein. Bei den Inflationserwartungen gibt es seit 2011/2012 einen engen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Ölpreises und den Inflationserwartungen. Die Inflationserwartungen sagen gar nicht mehr so viel wie aus wie einst. Wir haben eine ultralockere Geldpolitik, null Zinsen, wir haben mehr Liquidität – aber diese Liquidität kommt nicht in Form von Krediten in der Realwirtschaft an.

Warum? Die italienischen Banken haben auf ihren Bilanzen nach wie vor faule Kredite in einem Volumen von etwa 15 bis 16 Prozent des Kreditvolumens. In Portugal und Irland liegt es weit darüber, in Zypern liegt es bei 45 Prozent. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn der Kreditkanal verstopft ist. Und das kann die EZB nicht regeln, auch nicht mit noch so viel Liquidität, denn sie dringt nicht durch. Das ist Sache der nationalen Regierungen. Sie sind es, die die notwendigen Maßnahmen zu treffen haben: durch die Schaffung von „Bad Banks“, damit diese „Bad Loans“, die faulen Kredite, ausgelagert und die Bilanzen bereinigt werden.

In der Realwirtschaft kommt also relativ wenig an. Der Großteil der Liquidität bleibt im Finanzsystem hängen. Das spiegelt sich in den Immobilienpreise, in den Bondmärkten, den Anleihemärkten, bei den Regierungsanleihen, die profitieren. Die Rendite ist gedrückt worden. Und es ist, gelinde gesagt, ein Anachronismus, wenn ein Land, das einen Schuldenstand von 130 Prozent der Wirtschaftsleistung hat, dass ein solches Land

– wie kürzlich Italien – bei der Begebung einer zweijährigen Anleihe noch eine Prämie erhält. Das heißt, die italienische Regierung erhält eine Prämie, wenn sie sich zusätzlich verschuldet.

Das zeigt: Die Finanzmärkte sind völlig außer Kontrolle, sie sind total verzerrt durch die Aktivitäten der Zentralbanken. Wir schieben zahlreiche ungelöste Probleme vor uns her, um einige aktuelle Probleme einigermaßen unter Kontrolle zu halten. Aber die Probleme werden nicht geringer – und man muss klar sehen, dass die Gefahr des Auseinanderdriftens und der Desintegration besteht.

> *„Wir schieben zahlreiche ungelöste Probleme vor uns her, um einige aktuelle Probleme einigermaßen unter Kontrolle zu halten.“*

Ein „Brexit“, ein Ausstieg Britanniens aus der EU, wäre meiner Auffassung nach sowohl weitaus schwerwiegender als auch in seinen Folgen deutlich schwerer einzuschätzen als ein „Grexit“. Griechenland wäre verkraftbar. Aber wenn Großbritannien ausscheidet, dann haben wir es mit einer anderen Qualität zu tun. Das würde das Gleichgewicht in der EU empfindlich stören. Man sollte deshalb die aktuelle „Brexit“-Diskussion als Chance verstehen – und zwar nicht dazu, den Briten weit genug entgegenzukommen, damit sie sich in „cherry picking“, im Herauspicken der EU-Rosinen, ergehen können. Man sollte die Situation als Chance nutzen, um die Europäische Union neu zu erfinden und neu zu strukturieren, indem man Kompetenzen neu zuschneidet oder neu verteilt und das, was nach Brüssel gehört, nach Brüssel gibt, und das, was auf die nationale Ebene gehört, auf die nationale Ebene gibt.

In diesem Kontext ist auch die Rolle Deutschlands innerhalb der EU in Bewegung geraten. Deutschland hatte eine Führungsrolle. Deutschland galt als Garant für den Euro, gemeinsam mit Frankreich. Nun ist Deutschland mitverantwortlich für den Flüchtlingsandrang und Hauptsehnsuchtsland für einen Großteil der Asylsuchenden. Deutschland ist sehr daran gelegen, eine Weiterverteilung der Zuwanderer auf die ganze EU zu erreichen – angesichts des Flüchtlingsdramas droht die Führungsrolle Deutschlands in eine Bittstellerrolle umzuschlagen. Und gleichgültig, welche Einigung in der Frage einer europäischen Quote für die Unterbringung von Flüchtlingen erreicht werden wird: Es ist ein deutsches Problem und wird ein deutsches Problem bleiben.

Und das ist erst der Anfang von weiteren Flüchtlingswellen, die uns bevorstehen – Flucht vor Armut, vor politische Instabilität, vor regionalen Kriegen, in den Folgejahren aber auch verstärkt vor den Auswirkungen der Klimaveränderung. Es sind viele Faktoren, die zusammenwirken. Wir werden diesen Zustrom von Menschen auch weiterhin erleben. Dafür brauchen wir europäische Antworten – und wir brauchen sie bald, denn das kann ein Land nicht alleine lösen. ◆



Der Beitrag unseres Autors Jürgen Stark basiert auf einem Vortrag, den er am 20. November 2015 in Baden-Baden gehalten hat. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er ihn kondensiert.

**IMPRESSUM** Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Bruno Waltert | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Art Director: Paul Kern | Gestaltung und Layout: Mike Zastrow | Bildbearbeitung: Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling (Redaktion), Janine Kulbrok (Anzeigen), beide c/o Verlag

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin
Telefon 030 - 21 50 54 00 | Fax 030 - 21 50 54 47 | info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de

Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin | Redaktionsschluss: 9. Dezember 2015 | Wiedergabe von Beiträgen nach Genehmigung stets mit der Quellenangabe: © DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

DER HAUPTSTADTBRIEF erscheint mit acht Ausgaben im Jahr.

ISSN 2197-2761

PRESSEFREIHEIT VIELFALT TOLERANZ PRESSEFREIHEIT
GEDANKENFREIHEIT UNTERNEHMERISCHE FREIHEIT VIELFALT PLURALITÄT
TOLERANZ DEMOKRATIE PLURALITÄT VIELFALT MEINUNGSFREIHEIT
KUNSTFREIHEIT PRESSEFREIHEIT TOLERANZ
VIELFALT GEDANKENFREIHEIT RELIGIONSFREIHEIT VIELFALT
VIELFALT RELIGIONSFREIHEIT
RELIGIONSFREIHEIT KUNSTFREIHEIT GEDANKENFREIHEIT
TOLERANZ PLURALITÄT
KUNSTFREIHEIT PRESSEFREIHEIT PRESSEFREIHEIT
PLURALITÄT MEINUNGSFREIHEIT KUNSTFREIHEIT
MEINUNGSVIELFALT

# PRESSE FREIHEIT

PLURALITÄT
TOLERANZ RELIGIONSFREIHEIT
KUNSTFREIHEIT EUROPA
MEINUNGSFREIHEIT
RELIGIONSFREIHEIT KUNSTFREIHEIT MEINUNGSFREIHEIT
GEDANKENFREIHEIT PLURALITÄT
RELIGIONSFREIHEIT VIELFALT
MEINUNGSFREIHEIT KULTUR
KUNSTFREIHEIT WERTEGEMEINSCHAFT
RELIGIONSFREIHEIT GRUNDWERTE TOLERANZ
GEDANKENFREIHEIT PLURALITÄT
KUNSTFREIHEIT UNTERNEHMERISCHE FREIHEIT
TOLERANZ VIELFALT PRESSEFREIHEIT

Zeitschriftenverleger gemeinsam für Pressefreiheit




Verband Deutscher Zeitschriftenverleger



ANDRE FREUD 2013

**Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn** ist emeritierter Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologe und Publizist. Er war Gründer des Raphael-Lemkin-Instituts für Xenophobie- und Genozidforschung, Europas erstem Institut für vergleichende Völkermordanalyse. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wirtschaftlich nichts Gutes verheißt – und warum bedingungslose Zuwanderung alles nur noch schlimmer macht.

# Die Deutschen leben in einem abstiegsgefährdeten Land

Noch zählt Deutschland zu den wirtschaftlich global konkurrenzfähigen Ländern. Findet kein Kurswechsel bei der Zuwanderung statt, wird das nicht so bleiben | Von Gunnar Heinsohn

Auf den Weltmärkten sind heute nur zwei Gruppen von Ländern wirtschaftlich konkurrenzfähig. Zur ersten Gruppe gehören die Länder der Europäischen Union und die Nationen, deren Bevölkerung zu einem Großteil ehemals europäischen Ursprungs war: die USA und Kanada, Israel, Australien, Neuseeland. Rund 1,25 Milliarden Menschen leben in den Ländern dieser Gruppe. Die bevölkerungsmäßig etwas größere zweite Ländergruppe mit etwa 1,6 Milliarden Menschen besteht aus den chinesischen Gebieten Volksrepublik China, Taiwan, Hongkong-Macau, Singapur und aus Japan und Südkorea.

Bleiben rund 4,5 Milliarden Erdenbürger auf dem Rest des Globus. Sie leben in Wirtschaftsräumen, die im internationalen Wettbewerb praktisch chancenlos sind – oder die, wie etwa Brasilien (205 Millionen Einwohner), Malaysia (28 Millionen Einwohner) oder Indonesien (250 Millionen Einwohner) nach vielversprechender Entwicklung bereits wieder zurückfallen, weil ihnen der Übergang zu Hightech-Unternehmen nicht gelingt und sie zugleich die existierenden relativ anspruchslosen Industrien gegen die bessere und preiswertere Konkurrenz aus Ostasien nicht halten können.

*„Gebraucht werden qualifizierte Zuwanderer, denn knapp sind allein diese – kein Land der Welt klagt über einen Mangel an Ungelernten."*

Diese drei Länder haben zwar die massivsten Phasen ihrer Bevölkerungsexplosion hinter sich, dennoch wird aufgrund der mangelnden wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit eine maßgebliche Anzahl von Menschen aus diesen Ländern zu Migranten werden. Das gilt ebenso für Indien (1,23 Milliarden Einwohner): Der Subkontinent lag 1980 mit dem damals eben erst wirtschaftlich lospreschenden China beim Pro-Kopf-Einkommen beinahe gleichauf, schafft heute aber im Vergleich mit seinem nördlichen Nachbarn nur noch ein gutes Fünftel.

Anders als die wirtschaftlich nicht konkurrenzfähigen Regionen haben die beiden genannten konkurrenzfähigen Gruppen von Ländern mit Geburtenraten zu kämpfen, die auf Vergreisung und Schrumpfung hinauslaufen. In keinem Land in beiden Gruppen werden als Durchschnittswert mehr als 2,1 Kinder je Frau geboren. Und es sind nicht zuletzt kinderreiche Transferbezieher, die etwa in England, Frankreich oder den USA dafür sorgen, dass der Mittelwert überhaupt an die 2-Kinder-Marke herankommt.

Um die niedrigen Geburtenraten auszugleichen, bräuchte die EU, die jetzt gut 500 Millionen Ein-




FOTOLIA/JEANETTE DIETL

PICTURE ALLIANCE/ZB/WALTRAUD GRUBITZSCH

**Um die niedrigen Geburtenraten auszugleichen, bräuchte die EU bis zum Jahr 2050 rund 70 Millionen Zuwanderer. Gebraucht aber werden nur Qualifizierte, denn knapp sind allein diese – kein Land der Welt klagt über einen Mangel an Ungelernten. Die Jobmöglichkeiten für schlecht ausgebildete Zuwanderer werden sich im Gegenteil in Zukunft noch verschlechtern. Durch Bildungsmaßnahmen ist deren Qualifikationslücke auch in Generationen nicht zu schließen.**

wohner hat, bis zum Jahr 2050 rund 70 Millionen Zuwanderer (20 Prozent davon bräuchte allein Deutschland), und der Rest der westlichen Welt bräuchte noch einmal 30 Millionen Zuwanderer. Diese 100 Millionen würden die jetzige Bevölkerungszahl stabil halten. Geht man von rund 1,2 Milliarden Wanderungswilligen aus Schwarzafrika und dem Islambogen von Marokko bis Indonesien im Jahre 2050 aus, hätte also jeder Zwölfte eine Chance. Aber: Gebraucht werden nur Qualifizierte, denn knapp sind allein diese – kein Land der Welt klagt über einen Mangel an Ungelernten.

Ostasien bräuchte in den nächsten Jahtzehnten ebenfalls mindestens 100 Millionen Zuwanderer, um das Geburtendefizit bis 2050 auszugleichen. Tatsächlich gibt es in dieser Region die niedrigsten Geburtenraten – zwischen durchschnittlich 0,8 Kind je Frau in Singapur und 1,25 Kindern in Südkorea. Japan mit einem Mittelwert von 1,4 Kindern je Frau und China mit 1,6 stehen kaum besser da. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass der 1,4-Milliarden-Einwohner-Gigant China ein Durchschnittsalter der Bevölkerung von knapp 37 Jahren vorzuweisen hat – was die Deutschen, mit ihren knapp 47 Jahren Durchschnittsalter nur knapp hinter dem Überalterungs-Spitzenreiter Japan, alt aussehen lässt.

In Ostasien verfolgt man aufgrund der ähnlich gelagerten Problematik genau, wie Europa mit der Zuwanderung umgeht und wie sich diese auf die Wirtschaftskraft auswirkt. Es bleibt dabei nicht unbemerkt, dass Deutschland mit seinem Anteil von mehr als 20 Prozent Migranten in der Bevölkerung lediglich 900 Patente je 1 Million Einwohner (Stand von 2012) aufzuweisen hat, während es in Japan 2250 und in Südkorea fast 3000 Patente sind. Das ist einer der Gründe, warum man beispielsweise in Japan Deutschlands Sozialsystem und seinem Transfersektor keinerlei Vorbildfunktion beimisst.

Gälten in Japan vergleichbare Regelungen wie in Deutschland, hätte Japans alternde Bevölkerung zusätzlich 10 Millionen Bedürftige zu versorgen – die ihrerseits mitaltern, in Sachen Innovation jedoch nichts beizusteuern haben. Man beschäftigt in Japan etwa Altenpflegekräfte aus Südasien, dauerhaft angesiedelt oder eingebürgert aber werden diese nicht. Wer in Djakarta oder Kuala Lumpur, so das Kalkül dahinter, keine Initiative mit wirtschaftlicher Schubkraft auf die Beine stellt, keine Erfindung macht, keine eigene Firma aufbaut, dem wird das in Tokio ebenso wenig gelingen. Ähnlich sieht man das in Peking oder Seoul.

Auch Europas Hoffnung, durch steuerfinanzierte Bildungsmaßnahmen sei es möglich, Migranten zu Protagonisten des Wirtschaftswachstums zu machen, wird in Ostasien nicht geteilt. Zu klar ersichtlich ist, dass etwa in Deutschland Migrantenkinder zwar bereits ein Drittel des Nachwuchses stellen, jedoch in Mathematik – als dem am eindeutigsten nach messbaren Kriterien zu bewertenden Schulfach – zu über 50 Prozent mangelhaft, ungenügend oder gänzlich unbenotbar abschneiden, gegenüber „nur“ 30 Prozent bei den deutschstämmigen Deutschen.

In Ostasien wird nur willkommen geheißen, wer bereits vor Überschreiten der Grenze seine Fähigkeiten nachgewiesen hat. Ein Abweichen von dieser Regelung dürfte erst zu erwarten sein, wenn die Erstplatzierten bei internationalen Schülerwettbewerben nicht mehr aus Ostasien selbst, sondern aus deutschen Bildungseinrichtungen kommen – erst dann dürfte man den aktuellen Berliner Grenzverzicht als nachahmenswert erachten. Einstweilen aber werden die vielen Millionen Bildungsfernen, die in Deutschland und anderen Ländern der EU ihr Heil suchen, nicht nur sehr viel kosten, ohne viel zu leisten. Sie werden potentiell auch zur Gefährdung der inneren Sicherheit, wenn sie durch Gewaltbereitschaft und Fanatismus jene Würde und Wertigkeit erringen wollen, die sie über Leistung nicht zu erlangen imstande sind.

Von oben nach unten kann man alles lernen – der

## Erfunden wird vor allem in Ostasien

### Patentanmeldungen je eine Million Einwohner der zehn führenden Länder in 2012

| Land | Patentanmeldungen |
|---|---|
| Südkorea | 2.962 |
| Japan | 2.250 |
| Schweiz | 1.013 |
| Deutschland | 902 |
| USA | 856 |
| Finnland | 665 |
| Dänemark | 539 |
| Österreich | 489 |
| Niederlande | 444 |
| China | 396 |

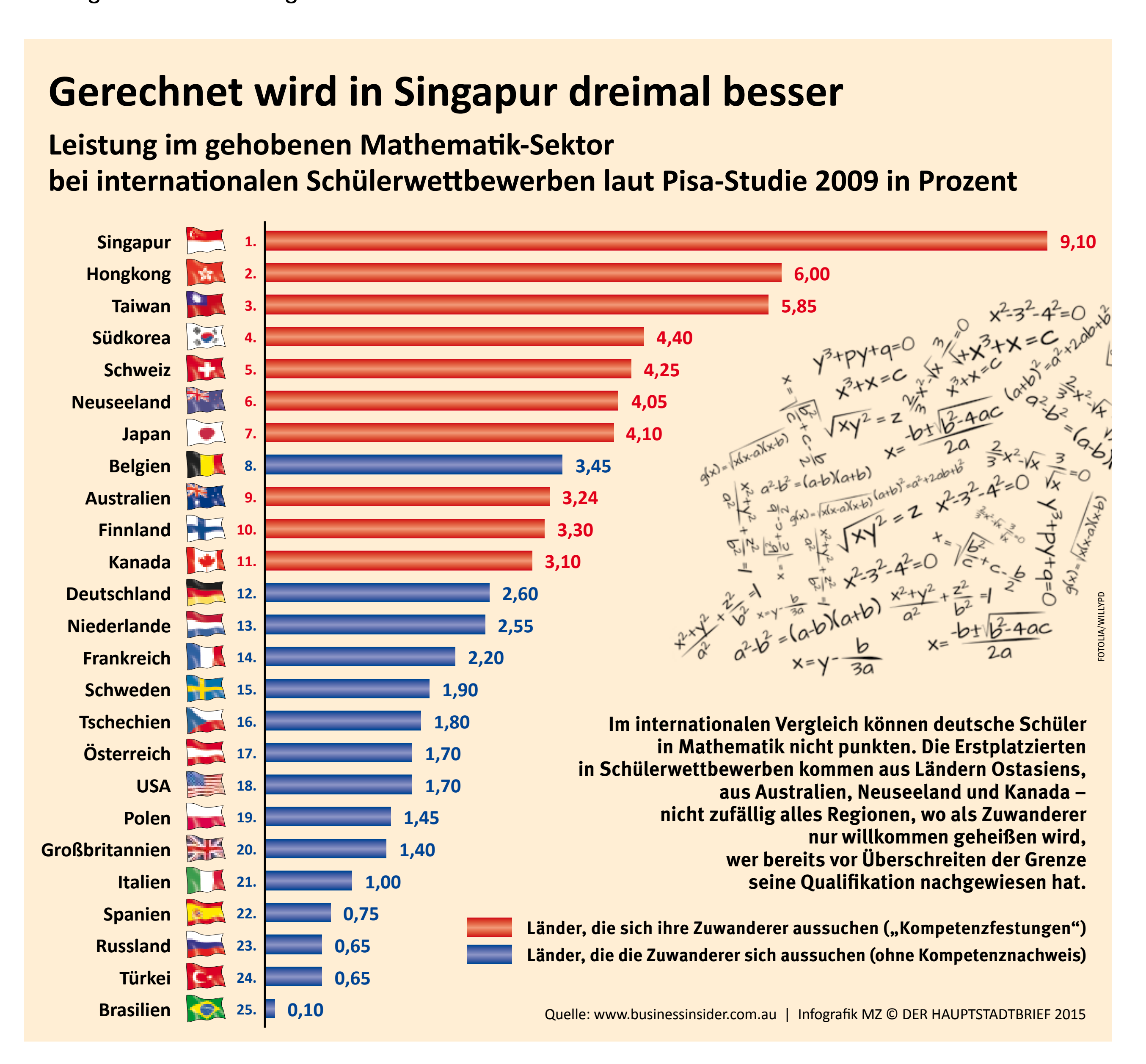
**Innovationskraft lässt sich in Patenten messen: Deutschland mit seinem hohen Anteil an Zuwanderern hat 900 Patente je eine Million Einwohner aufzuweisen, während es in Japan 2250 und in Südkorea fast 3000 Patente sind – einer der Gründe, warum man dort Deutschlands Zuwanderungspolitik nach wie vor keine Vorbildfunktion beimisst.**

Quelle: www.wipo.int | Infografik MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

FOTOLIA/SNYGGG.DE

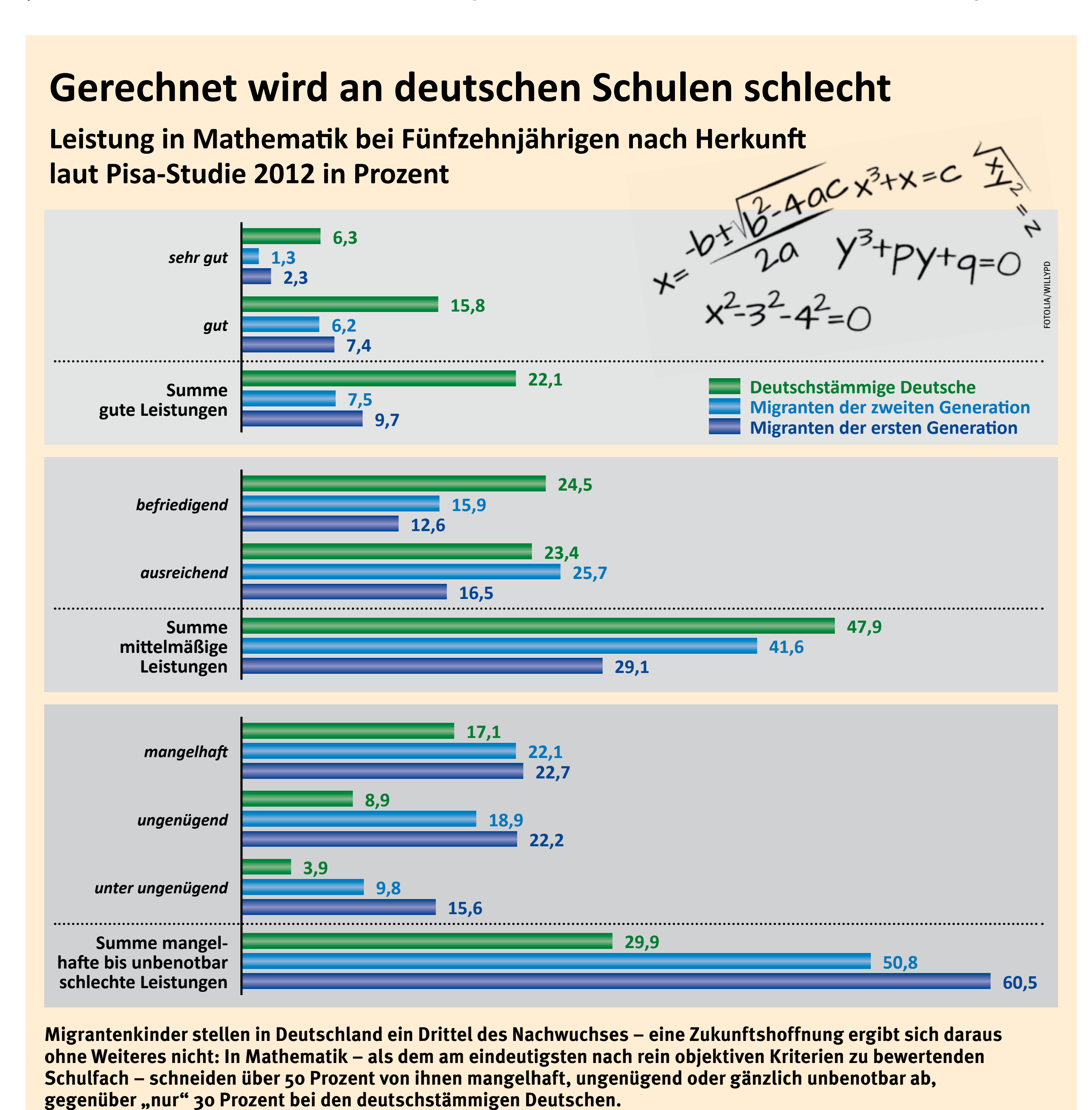
Mathematiklehrer kann sich zum Taxifahrer ausbilden lassen, umgekehrt geht das aber nicht. Deswegen sollte ein Land möglichst danach trachten, dass seine Zuwanderer im Durchschnitt sogar besser qualifiziert sind als die Einheimischen. Was aber passiert, wenn Dutzende geburtenarme Länder aktiv nach hochqualifizierten Zuwanderern Ausschau halten? Nach einer Prognose der Unternehmens- und Strategieberatung McKinsey werden im Jahre 2020 in den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) rund 36 Millionen Arbeitsplätze für ungelernte Beschäftigte nicht mehr vorhanden sein – sprich: ebenso viele Menschen ohne Ausbildung werden arbeitslos sein.

Für die rund 18 Millionen Spitzenpositionen, die 2020 gleichzeitig vakant sein werden, werden die gesuchten Arbeitskräfte jedoch nicht vorhanden sein. Alle heute am Weltmarkt konkurrenzfähigen Länder haben zu wenig Spitzenkräfte, und in der Spitzengruppe der konkurrenzfähigen Länder werden sich nur jene mit hochqualifizierten Bevölkerungen halten – wobei derzeit vorhandene Stellen nur von den bereits am Markt vorhandenen Firmen angeboten werden, während in der Zukunft ein Teil dieser Arbeits-



plätze von Unternehmen bereitzustellen sein wird, die erst noch gegründet werden müssen. Und Unternehmen, die irgendwann qualifizierte Stellen ausschreiben können, werden in der Regel nicht von Bildungsfernen aufgebaut.

Will ein Land also weiterhin vorne bleiben, muss es etwas anzubieten haben – und zwar positive Zukunftschancen und nicht unsinnige Belastungen. Den 18 Millionen im Jahr 2020 für eine anspruchsvolle Position Gesuchten – so es sie gäbe – stünden 36 Millionen bildungsferne Arbeitslose gegenüber. Im Durchschnitt kämen also auf einen qualifizierten Beschäftigten zwei Transferempfänger – für deren Versorgung man indessen im Normalfall vier vollbeschäftigte Nettosteuerzahler benötigt. Wer soll das leisten wollen, wenn es anderswo auch anders geht?




**Migrantenkinder stellen in Deutschland ein Drittel des Nachwuchses – eine Zukunftshoffnung ergibt sich daraus ohne Weiteres nicht: In Mathematik – als dem am eindeutigsten nach rein objektiven Kriterien zu bewertenden Schulfach – schneiden über 50 Prozent von ihnen mangelhaft, ungenügend oder gänzlich unbenotbar ab, gegenüber „nur“ 30 Prozent bei den deutschstämmigen Deutschen.**

Quelle: www.pisa.tum.de | Infografik MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

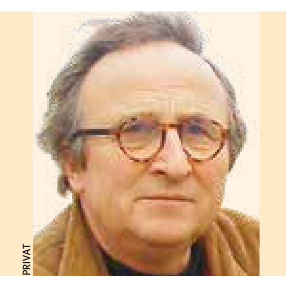
Denn es gibt Kompetenzfestungen, die genau das offerieren. Australien, Kanada, Neuseeland, aber auch Norwegen wissen, dass sie im großen Stil gut ausgebildete Fachkräfte für die Einwanderung gewinnen müssen, um das eigene Verbleiben im Topsegment der konkurrenzfähigen Länder zu sichern. Ihr Signal ist unmissverständlich: Pässe nur für Asse. Um die Asse von sich zu überzeugen, versuchen diese Länder eine optimale Balance zwischen Geben und Nehmen herzustellen. Junge Deutsche oder Österreicher etwa, deren Steuern und Sozialabgaben 50 Prozent des Bruttogehalts übersteigen, freuen sich zu hören, dass man ihnen anderswo 70 Prozent oder mehr als Nettoverdienst in der Tasche lässt. Dergestalt ermutigt, werden sich junge Talente in der neuen Heimat im Aufbau neuer Firmen engagieren, die dann weitere Leistungswillige anziehen.

Es gibt zahlreiche Länder da draußen in der Welt, die vor diesem Hintergrund durchaus Positives in der EU-Einwanderungspolitik erkennen – weil das planlose Willkommenheißen der zahllosen Bildungsfernen unter Europas Gebildeten, Tüchtigen und Beweglichen Kräfte freisetzt und sie dazu veranlasst, die eigene Auswanderung ins Auge zu fassen. Diese Unverzichtbaren und Zukunftsnötigen, sie gehen zumeist still und von der breiten Öffentlichkeit unbemerkt. Es macht ja auch keinen Sinn, sich vor dem Schritt in ein neues Leben mit den Unannehmlichkeiten zu belasten, die jede geäußerte Kritik an der aktuellen Zuwanderungspolitik derzeit nur allzu leicht nach sich zieht. ◆



Beiträge unseres Autors Gunnar Heinsohn finden Sie auch regelmäßig auf der Website „Die Achse des Guten". Seit 2004 online, zählt www.achgut.com zu den meist besuchten Medien für politische Analyse und Kritik in Deutschland. Gunnar Heinsohns Texte sind gesammelt unter www.achgut.com/dadgdx/index.php/author/gheinsohn

---


PRIVAT

**Max Thomas Mehr** ist freier Journalist. Im Jahr 1977 Mitbegründer der Tageszeitung *taz*, fühlt er dem grünroten Milieu seither den politischen Puls. Für den HAUPTSTADTBRIEF kritisiert er das große öffentliche Palaver, das sich nun seit Monaten durch die Talkshows zieht und Hoffnungen auf eine Bereicherung Deutschlands durch Flüchtlinge nährt, die illusorisch sind.

# Gestern blühende Landschaften, heute Willkommenskultur

Und wieder wird mit einfachen Weltbildern die Wirklichkeit geschönt. Die selektive Wahrnehmung der Flüchtlingskrise in der politischen Öffentlichkeit blendet beunruhigend vieles aus | Von Max Thomas Mehr

Die Flüchtlings- und die Terrorkrise haben nichts miteinander zu tun! Die Terrorkrise hat nichts mit dem Islam zu tun! Das französische Problem ist in den Banlieues hausgemacht! Die Grenzen lassen sich nun mal nicht mehr kontrollieren! Es kommen nicht zu viele Flüchtlinge nach Deutschland! Dass die meisten Muslime sind, ist kein Problem! Sie sind nur jetzt teuer, auf lange Sicht kosten sie uns nichts! Wir dürfen diesmal nur das mit der Integration nicht verschlafen! Wir schaffen das!

So hören wir es allenthalben. Und wir hören, wie sich in diesem großen öffentlichen Palaver, das sich nun seit Monaten insbesondere durch die Talkshows zieht, in Hoffnungen ergangen wird: dass die Flüchtlinge uns die demographische Misere der überalterten Gesellschaft werden lindern helfen, dass sie gar auf lange Sicht unser Renten- und Sozialsystem retten werden, dass ihre Zuwanderung Deutschland bunter und weltoffener machen wird – wie es Katrin Göring-Eckardt von den Grünen nicht müde wird zu betonen und offenbar nicht merkt, dass es klingt wie seinerzeit Helmut Kohls Versprechen von den blühenden Landschaften.

Die politische Öffentlichkeit im deutschen Herbst und Winter 2015, sie liebt die einfachen Weltbilder. Willkommenskultur versus Fremdenhass. Vielleicht dient die gängige selektive Wahrnehmung quer durch die Politik, von der Kanzlerin bis zu den Grünen, ja vorrangig der Selbstberuhigung. Derweil gerät nicht nur Angela Merkel unter Legitimationsdruck. Die politische Öffentlichkeit insgesamt, einschließlich der Medien, ist im Begriff, rapide an Glaubwürdigkeit zu verlieren – weil sie an einem Klischeebild der Wirklichkeit mitschreiben, das mit der Realität immer weniger zu tun hat. Das böse Wort von der „Lügenpresse“ klingt auch in den Ohren aufgeklärter Citoyens bereits nicht mehr diffamierend.

> *„Die Integration von 80 000 diesjährigen Flüchtlingen in einer Stadt wie Berlin wird scheitern.“*

Sicher, wir Journalisten neigen dazu, das Besondere und Griffige dem Ungeformten und Vagen vorzuziehen. So gerieten etwa die vielzitierten syrischen Ärzte und Ingenieure unter den Flüchtlingen fast wie von selbst ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit – sie lassen sich interessanter und gefälliger porträtieren als Analphabeten. Aber bildet sich darin die breite Wirklichkeit der Flüchtlingskrise ab – oder ihre Ausnahme? Die Medien selbst stärken ihre Sicht der Dinge durch die gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, es sei vor allem die Mittelschicht, die aus den Kriegsgebieten flieht.




PICTURE ALLIANCE/DPA/HORST GALUSCHKA

**Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf Dauerwerbesendung für Willkommenskultur: Am 1. Dezember 2015 war das Thema der Maischberger-Sendung „Die Stunde der Flüchtlinge: Jetzt reden wir!“ Doch einige der vermeintlichen Flüchtlinge leben schon seit Jahren in Deutschland und sind gut integriert. Aus der aktuellen Realität wird eine Welt als Wunsch und Illusion.**

Da wird mit Prozentzahlen hantiert, wonach über 30 Prozent der asylsuchenden Syrer mindestens Abitur, wenn nicht gar ein Studium vorzuweisen haben – Mediziner, Lehrer, Ingenieure, die nur noch Deutsch lernen müssen, bevor sie deutsche Steuerzahler werden. Woher die entsprechenden Zahlen kommen, ist unklar, denn registriert wurden bisher die Schul- und Ausbildungswege der Flüchtlinge nicht, zumindest nicht in Berlin.

Allein in der Hauptstadt sind in diesem Jahr bei Redaktionsschluss 65 750 Flüchtlinge registriert worden. Bis Jahresende werden es wohl 80 000 sein, und 2016 werden weitere hinzukommen. Rechnet man den sonstigen Zuzug von rund 40 000 Personen pro Jahr nach Berlin hinzu, kommt man nicht umhin, sich zu fragen: Wo sollen diese 100 000 bis 120 000 Neuberliner eigentlich wohnen – angesichts eines bereits jetzt überhitzten Wohnungsmarktes? Selbstverständlich wird es Banlieues, diese schrecklichen Vorstadthochhaussiedlungen von Paris, Lyon und Brüssel, in der einen oder anderen Form auch in Berlin geben – wer dies für vermeidbar hält, ist einfach nur zynisch. Die Flüchtlinge können nicht ewig auf dem Tempelhofer Feld in Hangars, Zelten oder in der ehemaligen Stasizentrale wohnen. Man wird Wohnblöcke bauen müssen. Und wo wird man sie bauen müssen? Am Rande der Stadt.

Wir werden Wohnghettos bekommen. Wir werden Wohnumfelder bekommen, in denen die Parallelwelten gedeihen, die in Paris und Brüssel die Migrantenkinder einer früheren Generation zu Terroristen haben heranwachsen lassen. Im Rahmen des großen öffentlichen Palavers war

bisher nicht die Rede davon, wie das in Berlin und in anderen Städten in Deutschland verhindert werden kann. Das ist beunruhigend.

Nicht minder beunruhigend ist, gerade hier in Berlin, ein weiterer Aspekt: die Frage nach der antisemitischen Grundeinstellung, die nicht wenige der muslimischen Flüchtlinge mitbringen. Dem großen öffentlichen Palaver fiel auch befremdlich wenig zu der Tatsache ein, dass die Anschläge von Paris vom 13. November 2015, insbesondere der auf den Konzertsaal Bataclan, bei dem 90 zumeist junge Menschen erschossen worden sind, auch einen antisemitischen Hintergrund haben. Die Besitzer waren Juden, sie organisierten Solidaritätsveranstaltungen für Israel und hatten das Bataclan erst kürzlich verkauft, um nach Israel auszuwandern. Bereits vor Jahren waren mit Palästinensertüchern vermummte junge Männer vor dem Club aufmarschiert und hatten mit Anschlägen gedroht – man kann sich das auf YouTube ansehen.

*“Wir werden Wohnghettos bekommen, in denen die Parallelwelten gedeihen.”*

Die rund 1 Million Flüchtlinge, die in diesem Jahr nach Deutschland gekommen sind, sind nicht nur sehr überwiegend Muslime – sie kommen auch aus Kulturen, in denen der Antisemitismus zum Weltbild gehört. Dass sich dies, gelinde gesagt, als ein Integrationshemmnis erweisen könnte – auch darüber schweigt man sich beim großen öffentlichen Palaver aus. Wer sich dazu äußert, wird flugs als rechts abgestempelt oder gar als Rassist beschimpft, wie es kürzlich Josef Schuster, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland widerfahren ist, nachdem er mit Sorge darauf hingewiesen hat, dass sehr viele der Flüchtlinge aus Kulturen zuwandern, in denen Hass auf Israel und auf Juden prägend ist.

Die Integration von 80 000 diesjährigen Flüchtlingen in einer Stadt wie Berlin wird scheitern. Es kommen zu viele in zu kurzer Zeit. Sie wird scheitern aus einer Gemengelage von Wohnungsknappheit und Bürokratieversagen gepaart mit überhöhter Fürsorge, von mangelnden Sprachkenntnissen und Integrationsverweigerung, von rückständigen, patriarchalischen Strukturen und Frauenverachtung, von Islamismus, Antisemitismus und Homophobie.

Man hört dieser Tage so manches – häufig eher zwischen den Zeilen, denn viele der ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätigen sind penibel tolerante Leute –, was bereits unmissverständlich in diese Richtung weist. Da will ein afghanischer Vater aus einem Berliner Flüchtlingsheim nicht, dass seine Tochter zur Schule geht, der Sohn indessen schon. Der Ehrenamtliche, der davon erzählt, findet, darüber solle öffentlich lieber nicht berichtet werden. Da ist die Rede von Hochzeitsvereinbarungen für minderjährige Mädchen mit deutlich älteren Männern. Da stehen Abgesandte Berliner Moscheen vor den Türen von Flüchtlingsunterkünften und fordern die Frauen auf, sich zu verschleiern. Da gibt es den aus Syrien geflohenen Lehrer, der in einer Willkommensklasse sofort tätig werden könnte – gäbe es da nicht den Einwand, dass zum normalen Erziehungsauftrag in syrischen Schulen die Prügelstrafe gehört.

Da erzählt ein Freund, der dieser Tage in Berlin in einer Flüchtlingsunterkunft ehrenamtlich Essen verteilte, er habe sich dort vorsichthalber nicht als schwuler amerikanischer Jude zu erkennen gegeben, sondern nur gesagt, er sei aus New York – andernfalls hätte gewiss ein Teil der Flüchtlinge es abgelehnt, sich von ihm mit Frühstück versorgen zu lassen. Er berichtet dies lachend. Und er findet es schändlich, dass Amerika nicht deutlich mehr syrische Flüchtlinge aufzunehmen bereit ist.

Da erzählt ein anderer Freund von seinem Sohn und dessen schwarzer Freundin. Die trauen sich nicht, nach Dresden zu fahren. Willkommen im Spannungsfeld der Integration 2.0. Eine Spielart des Terrors ist längst da. NSU und brennende Asylunterkünfte gehören dazu. Die andere braucht noch ein Weilchen, um zu reifen. ◆


LANDKREIS ERDING

**Martin Bayerstorfer** ist seit 2002 Landrat im Landkreis Erding in Bayern. Der Landkreis liegt nordwestlich von München und umfasst neben der Großen Kreisstadt Erding 25 weitere Städte, Märkte und Gemeinden. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er, was seine Verwaltung unternimmt, um den Zustrom von Asylbewerbern zu handhaben, und welche Hindernisse es dabei gibt – durch übergeordnete Behörden wie durch die Flüchtlinge selbst.

# Wie sich mein Landkreis in Bayern um Flüchtlinge kümmert

Trotz guten Willens und hochmotivierten Einsatzes vor Ort ist die Herausforderung nicht zu meistern, wenn sowohl von oben wie von unten, durch die Flüchtlinge selbst, quergeschossen wird | Von Martin Bayerstorfer

Seit nunmehr vier Jahren beherbergt der Landkreis Erding Asylbewerber. Die Zahl der Schutzsuchenden ist in dieser Zeit auf 1300 Personen angewachsen, davon 321 Kinder. 59 Personen gelten nach Abschluss des Asylverfahrens mittlerweile als anerkannte Flüchtlinge. Die meisten Asylbewerber stammen aus Afghanistan, gefolgt von Syrien, Nigeria, Eritrea und Pakistan. Zur Orientierung: Der Landkreis Erding, nordwestlich von München gelegen, hat knapp 135 000 Einwohner in 26 Städten, Märkten und Gemeinden – 2014 waren rund 11 500 davon ausländischer Herkunft.

Als Landrat des Landkreises Erding bin ich stolz darauf, dass bis dato keine Turnhallen oder ähnliche Gebäude zur dauerhaften Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber herangezogen werden mussten. Das ist nicht zuletzt der unermüdlichen Akquise von Unterkünften durch die Mitarbeiter des Landratsamtes und der Zusammenarbeit innerhalb des Landkreises zu verdanken. Zusätzlich zur dezentralen Unterbringung wurde bereits im Spätherbst 2014 und in diesem Jahr 2015 von August bis Oktober eine vorübergehende Not-Erstaufnahmeeinrichtung für die Regierung von Oberbayern in den Räumen der Berufsschulturnhalle betrieben. Dort wurden bis zu 250 Flüchtlinge für die Zeit von der Erstregistrierung bis zur Unterbringung in dezentrale Unterkünfte beherbergt.

*„Die Einrichtung des Warteraumes für 5000 Flüchtlinge wurde vom Bundesinnenministerium ohne Einbeziehung der örtlichen Politik beschlossen."*

Im Unterschied zur dezentralen Unterbringung wurden diese Flüchtlinge von einem Caterer versorgt; alle anderen erhalten einen festen Betrag pro Monat für Lebensmittel. Alle Flüchtlinge bekommen überdies ein monatliches Taschengeld ausbezahlt und erhalten im Fall eines nötigen Arztbesuches schnelle Hilfe über die Ausgabe von Krankenscheinen. Wir geben in Erding Bekleidungsgutscheine aus, sie ermöglichen den Asylsuchenden eine breite Auswahl in den Modegeschäften des Landkreises, und der für Kleidung vorgesehene Betrag wird so zweckgebunden verwandt. Auf dieses Verfahren habe ich mich mit den Fraktionsvorsitzenden des Kreistages von Erding verständigt, und es wird seit Mai 2015 erfolgreich praktiziert. Es erscheint mir nicht sinnvoll, mit Bargeldzahlungen möglicherweise falsche Anreize für diejenigen zu schaffen, die




**Der Warteraum für Flüchtlinge „Camp Shelterschleife" wird betrieben durch das Deutsche Rote Kreuz und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Entscheidung, den Warteraum unweit Erdings einzurichten, traf das Bundesinnenministerium ohne vorherige Absprache mit der örtlichen Verwaltung – Willkommenshaltung und Hilfsbereitschaft der Erdinger sind dennoch groß, im Bild das Willkommensschild der Einheimischen für die Flüchtlinge.**

nur aus wirtschaftlichem Interesse um Asyl in der Bundesrepublik Deutschland bitten.

Im Bereich des Fliegerhorstes Erding wurde überdies seit Oktober 2015 ein Warteraum für zunächst 2000 Flüchtlinge eingerichtet, der schrittweise auf eine Kapazität von bis zu 5000 Personen erweitert werden wird. Er dient zur vorübergehenden Unterbringung Schutzsuchender, bis die Erstregistrierung durch die Bundespolizei abgeschlossen ist und die Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung erfolgen kann. Der Betrieb des Warteraums erfolgt durch eine Kooperation zwischen dem Deutschen Roten Kreuz und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF). Allerdings: Die Entscheidung über die Einrichtung des Warteraumes wurde von Seiten des Bundesinnenministeriums ohne Einbeziehung der örtlichen Politik getroffen.

*„Seit der Inbetriebnahme am 19. Oktober 2015 haben über 4000 Flüchtlinge den Warteraum ohne Registrierung auf eigene Faust verlassen."*

Zunächst wurde von den dort Verantwortlichen die Situation so dargestellt, dass sowohl die Stadt Erding als auch der Landkreis wenig bis gar nicht von dieser Einrichtung betroffen sein würden. Mit der weitergehenden Planung ergaben sich allerdings auch Fragestellungen wie etwa die Trinkwasserbeprobung – eine zur Sicherstellung der Wasserqualität vorgeschriebene Maßnahme –, die Kostentragung für Einsätze des Rettungsdienstes und die anschließenden Behandlung im Krankenhaus und nicht zuletzt die Betreuung und Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. All dies hätte der Landkreis Erding ohne Vorwarnung schultern müssen. Nur mit Hartnäckigkeit und langwierigen Verhandlungen mit den jeweils zuständigen Behörden konnte mittlerweile der Großteil der strittigen Punkte in einer für den Landkreis Erding praktikablen Weise geklärt werden.

PICTURE ALLIANCE/DPA/ARMIN WEIGEL

**Seit der Inbetriebnahme des „Camp Shelterschleife“ am 19. Oktober 2015 haben über 4000 Flüchtlinge die Einrichtung ohne Registrierung auf eigene Faust und mit unbekanntem Ziel verlassen. Die meisten wandern an der B 388 zum Erdinger Bahnhof. Eine Bushaltestelle musste aufgrund des großen Andrangs zahlungsunwilliger Fahrgäste gesperrt werden, das Unfallrisiko ist erhöht, entlang der Strecke liegengelassener Unrat wird von Ehrenamtlichen beseitigt.**

Im laufenden Betrieb ergeben sich nun jedoch weitere Probleme. Seit der Inbetriebnahme am 19. Oktober 2015 haben über 4000 Flüchtlinge ohne jegliche Registrierung den „Camp Shelterschleife“ genannten Warteraum verlassen und sind auf eigene Faust weitergezogen. Die Verantwortlichen schreiten hier nicht ein, denn rechtlich gesehen kann niemand zum Verbleib gezwungen werden. Die Bundesregierung sollte jedoch größtes Interesse daran haben, zu erfahren, wer sich in unserem Land aufhält und wohin er gehen möchte. Bereits seit längerem fordere ich daher eine Pflicht zur Registrierung und im Falle einer Nichtmitwirkung auch die Beauftragung der Bundespolizei, um die Betreffenden gegebenenfalls festzuhalten.

Die Flüchtlinge, die sich unregistriert auf eigene Faust von der Warteeinrichtung auf den Weg zum Bahnhof machen, nehmen häufig den direkten Weg auf der Bundesstraße. Das Unfallrisiko ist, besonders jetzt in der dunklen Jahreszeit, trotz zahlreicher Schutzmaßnahmen sowohl für die Flüchtlinge als auch für den Autoverkehr extrem gestiegen. Eine an der Strecke gelegene Bushaltestelle musste aufgrund des hohen Aufkommens an wartenden Flüchtlingen geschlossen werden. Unrat und lose Gepäckstücke werden einfach entlang der Straße weggeworfen und müssen von ehrenamtlichen Helfern regelmäßig entfernt werden.

Wesentliche Schritte zur Verbesserung der allgemeinen Situation wurden mit dem Koalitionsbeschluss zur Flüchtlingspolitik Anfang November 2015 bereits getan. Um den Flüchtlingen vor Ort aber wirklich helfen zu können und ebenso um den Ansässigen vermeidbare Belastungen zu ersparen – so meine Erfahrung aus der Praxis –, sollte unbedingt darauf geachtet werden, immer die Situation der jeweils betroffenen Kommunen direkt einzubeziehen. ◆



Informationen über den Landkreis Erding, dem unser Autor Martin Bayerstorfer als Landrat vorsteht, finden Sie unter www.landkreis-erding.de






**Boris Palmer** ist seit 2007 für die Grünen Oberbürgermeister von Tübingen. Im HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er, welche enorme Anstrengung es bedeuten wird, in einer Stadt wie Tübingen geschätzte tausend Flüchtlinge pro Jahr mit Wohnraum zu versorgen und möglichst reibungslos zu integrieren. Sein Plädoyer lautet: „Wir müssen unsere begrenzten Kräfte auf die Kriegsflüchtlinge konzentrieren."

# Wir werden in den Kommunen an unsere Grenzen stoßen

Blick aus dem Tübinger Rathaus auf Deutschland in der Flüchtlingskrise | Von Boris Palmer

„Wir schaffen das." Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit diesem schon jetzt historischen Satz den Maßstab für den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland gesetzt. Der Satz ist so einfach, dass es unnötig schien, ihn zu hinterfragen. „Für Asyl gibt es keine Obergrenze" – der zweite historische Satz der Kanzlerin. Und tatsächlich: Welcher fühlende Mensch würde sich nicht wünschen, der tote Junge am Strand einer griechischen Insel hätte Asyl in Deutschland erhalten? Wer wäre nicht stolz auf das Deutschland, das der Welt mit seiner Willkommenskultur ein so freundliches Gesicht zeigte? Noch nie wurde die CDU-Vorsitzende so oft und so wohlwollend von meinen grünen Parteifreunden zitiert wie in diesen Tagen.

Und doch muss ich, vom Rathaus aus auf die Stadt Tübingen blickend, meine Zweifel artikulieren und einige bohrende Fragen stellen. Wie genau schaffen wir das? Und was genau schaffen wir? Die Flüchtlinge hier unterzubringen auf Feldbetten, in leeren Gewerbehallen und Häusern, in Turnhallen? Ja, natürlich, das schaffen wir. Wenn Länder wie Jordanien oder der Libanon Millionen unterbringen können, dann können wir das auch.

Aber wenn sich die Frage in die Zukunft richtet, wenn es also um Integration geht – Integration in den Arbeitsmarkt, in den Wohnungsmarkt, in das Bildungssystem – dann fehlt uns bereits die Vorstellung von der Größenordnung der Aufgabe. Geht es um 800 000 Flüchtlinge in diesem Jahr? Werden auch in den kommenden Jahren so viele Menschen kommen? Sollen auch die Familienangehörigen nachziehen? Reden wir von einer, von zwei – oder von fünf Millionen Flüchtlingen?

> *„Wenn Deutschland 1 Million Flüchtlinge im Jahr aufnimmt, dann müssen in meiner Stadt 1000 Flüchtlinge untergebracht werden."*

Die Antwort darauf ist entscheidend für alles Weitere. So wie ich es verstehe, ist es wahrscheinlich, dass Deutschland mehrere Jahre lang bis zu einer Millionen Flüchtlinge aufnimmt. Auf Tübingen mit seinen 85 000 Einwohnern entfällt proportional ziemlich genau ein Tausendstel der Bevölkerungszahl der Republik. Das hieße dann, jedes Jahr müssten in meiner Stadt 1000 Flüchtlinge untergebracht werden. Das ist eine Aufgabe, die ich – anders als die abstrakten Millionenzahlen – auf Machbarkeit und Konsequenzen untersuchen kann.

Der Wohnungsmarkt ist in Tübingen schon lange leer gefegt. Trotz immenser Anstrengungen in meiner fast zehnjährigen Amtszeit hält der Neu-

bau von jährlich etwa 400 Wohnungen leider nicht mit der Nachfrage mit. Tübingen gehört in einigen Rankings zu den zehn teuersten Städten im Land. Das hat mich bewogen, mit sehr viel Energie den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben. Gefördert wird der in Baden-Württemberg erst wieder seit dem Jahr 2010. Im ersten Förderjahr konnten wir die Hälfte der gesamten Landesförderung nach Tübingen holen. Mittlerweile bauen wir 100 Sozialwohnungen für 200 Menschen pro Jahr – ein Spitzenwert im Land.

Von den 1000 Flüchtlingen, die pro Jahr zusätzlich in Tübingen unterkommen müssen, wenn der Zustrom auf dem aktuellen Niveau bleibt, werden manche abgelehnt werden und zurückreisen. Doch mit 500 Menschen, die zusätzlich auf öffentlich geförderten Wohnraum angewiesen sind, muss man wohl rechnen. Maximal 18 Monate verbleiben Flüchtlinge in den Unterkünften des Landkreises, die derzeit vornehmlich Notbehelfe sind und eigentlich zuerst durch Wohngebäude ersetzt werden müssten. Mir bleiben also anderthalb Jahre, um zusätzlich zu geplanten und benötigten 100 Sozialwohnungen für 200 Personen weiteren Wohnraum für 500 Flüchtlinge zu schaffen.

*„Tübingen würde mit 10 Millionen Euro Fördermittel nur Wohnraum für 1 Prozent der Flüchtlinge im Land schaffen können."*

Das geht nur unter folgenden Bedingungen: Große Einheiten von 50 bis 100 Personen an einem Ort. Nicht 30 bis 40 Quadratmeter je Person wie für Sozialwohnungen, sondern 15 bis maximal 20 Quadratmeter. Weitgehender Wegfall von Genehmigungshindernissen, Nachbareinsprüchen und ähnlichen Restriktionen. Rückgriff auf Systembauten und Container. Und: 10 Millionen Euro Fördermittel von Bund und Land.

Es bedürfte eines gewaltigen Kraftakts, um alle diese Voraussetzungen gleichzeitig zu erfüllen. Container kann man nur mit Glück kaufen, die Kapazitäten reichen nicht aus. Der Bund hat gerade 500 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung gestellt, Baden-Württemberg zusätzlich 30 Millionen Euro aus dem eigenen Haushalt. Das heißt, für das ganze Bundesland können 80 bis 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Gebraucht würde aber das Zehnfache, denn Tübingen würde mit 10 Millionen Euro Zuschüssen nur Wohnraum für 1 Prozent der Flüchtlinge im Land schaffen. Vom Bund würden also 5 Milliarden Euro benötigt. Ob Herr Schäuble das schon weiß?

Mittelfristig kommen weitere gravierende Veränderungen auf meine Stadt zu. Wir sind umgeben von schöner Natur. Ich bin stolz darauf, dass wir unser Wachstum komplett ohne Neubaugebiete realisieren konnten. Für einen Zuwachs von 500 Flüchtlingen jährlich haben wir aber nicht mehr die Flächen. Das bedeutet, wir müssen in die freie Landschaft ausgreifen und Trabantensiedlungen errichten. Die Gefahr einer Gettobildung ist dabei groß, denn kleine Einheiten mit sozialer Mischung sind in diesem Tempo nicht zu machen. Die Stadtentwicklung wird dadurch ganz anders ausfallen, als von mir erstrebt und bisher erfolgreich umgesetzt – sicher kein zu hoher Preis, um Leben zu retten. Aber eine gravierende und auf Jahrzehnte wirksame Veränderung der Stadt. Hat die Bundeskanzlerin das alles im Blick?

So weit der Wohnungsbau. Zur Integration gehören aber Sprache, Kultur, Arbeit, Bildung. Alles wird in den Kommunen geleistet. Ein idealisiertes Bild der Flüchtlinge hilft dabei nicht. Es kommen auch Ärzte und Ingenieure, aber die Zahl der Analphabeten ist größer, und sie werden als Konkurrenz im Niedriglohnbereich in den Arbeitsmarkt eintreten. Über 70 Prozent sind junge Männer, die meisten haben ganz andere Vorstellungen von der Rolle der Religion, der Frauen, der Sexualität, des Staates als wir. Damit kann man umgehen. Das Grundgesetz ist der Maßstab für Integration. Aber es erfordert Ausdauer, Zeit und sehr viel Arbeit. Wie viele




**Der Tübinger Wohnungsmarkt – hier ein Blick auf die Altstadt – ist bereits seit längerem mehr als angespannt. Unter Oberbürgermeister Boris Palmer wurde engagiert in Neubau- und Sozialwohnungen investiert, größtenteils bewusst auf innerstädtischen Brachflächen. Der hohe zusätzliche Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge aber wird nur zu decken sein, wenn schnell und billig Trabantensiedlungen entstehen – mit dem Risiko der Gettobildung.**

Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Erzieherinnen, Polizisten und freiwillig Engagierte werden dafür in Tübingen benötigt? Es gibt da keinerlei Planung.

Kürzlich habe ich einen Abend mit Anwohnern im Bürgertreff eines Wohnquartiers verbracht. Dort war früher ein sozialer Brennpunkt. Noch immer leben viele Menschen aus dem arabischen Sprachraum in günstigen Wohnblöcken. Wir haben durch Neubau und Sanierung bewusst die Mittelschicht ins Quartier geholt. Die saß mir nun gegenüber, klagte über eine Vielzahl von sehr konkreten Problemen und forderte die Stadt auf, Abhilfe zu schaffen. Die Grundaussage: Das Zusammenleben funktioniert nicht – und das in Tübingen, einer Stadt die im Hinblick auf Toleranz, Bildung, Infrastruktur und Integrationserfolg sicherlich an der Spitze in Deutschland liegt. Wenn in einem Viertel wie dem erwähnten ein bestimmter Anteil an Migrationshintergrund und an Niedrigeinkommen überschritten ist, gibt es Probleme, die man nur noch ganz schwer lösen kann. Das muss man bedenken bei der Frage, wie viele Flüchtlinge wir integrieren können.

Eine Stadtmauer haben wir nicht mehr. Aber jede Stadt hat eine Grenze, innerhalb derer sie zurechtkommen muss. Ihre Ressourcen sind begrenzt. Das Asylrecht ist prinzipiell nicht begrenzt. Und diese beiden Sätze muss ich in der Praxis zusammenbringen. Es muss der Politik gelingen, das Asylrecht in seinem Wesenskern zu erhalten und doch die Grenzen der Aufnahmefähigkeit in den Kommunen zu beachten. Auch

wenn ich sie nicht konkret beziffern kann, weiß ich doch, dass wir dieser Grenze bereits sehr nahe gekommen sind. Das hängt nicht zuletzt auch an der Bereitschaft von Menschen, Veränderungen in ihrem Lebensumfeld zu tolerieren. Auch dies ist eine begrenzte Ressource. Das muss man ernst nehmen, denn es handelt sich dabei nicht nur um unbegründete Ängste, sondern echte Herausforderungen und Probleme, die aus einer so großen Zahl von Flüchtlingen resultieren.

Wenn wir in den Kommunen an unsere Grenzen kommen, dann muss die Bundespolitik uns nicht nur unterstützen, sie ist auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass nicht mehr Menschen in den Städten und Gemeinden integriert werden müssen, als leistbar ist. Wir müssen uns klar werden, wie viele Flüchtlinge wir zu welchen Standards aufnehmen und integrieren wollen. Dazu braucht es eine öffentliche Debatte, die bislang gemieden wurde.

*„Um genügend Wohnraum zu schaffen, müssen wir Trabantensiedlungen errichten. Die Gefahr einer Gettobildung ist dabei groß.“*

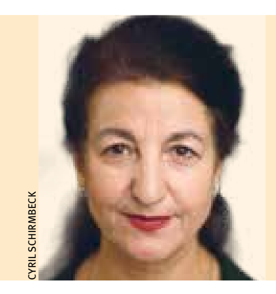
In jedem Fall sind die Flüchtlingszahlen absehbar so hoch, dass die Gesellschaft überfordert wäre, wenn wir zusätzlich zu den Menschen, die vor Krieg fliehen, auch noch die aufnehmen sollen, die ein besseres Leben suchen. Es macht einen Unterschied, ob jemand vor der Arbeitslosigkeit auf dem Balkan flüchtet oder vor den Fanatikern des IS aus Aleppo. Wir müssen unsere begrenzten Kräfte auf die Kriegsflüchtlinge konzentrieren. Das sind so viele, dass wir damit mehr als gefordert sind. Das heißt: Wir müssen Zuwanderungskorridore für den Balkan in den Arbeitsmarkt schaffen. Wer hier einen Arbeitsplatz hat, soll die Chance haben, zu kommen.

Das ist für mich als Oberbürgermeister vor allem deshalb von Belang: Wenn wir Menschen in der Kommune aufnehmen, dann wollen wir sie so schnell wie möglich integrieren. Gelingt das zunächst, nach ein, zwei Jahren aber müssen sie ausreisen, weil sie kein Asyl erhalten, bringt das immer menschliche Dramen hervor. Das lässt sich vermeiden, wenn nur die Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt werden, die auch mit großer Sicherheit bleiben dürfen. Dafür müssen die Asylverfahren nicht nur sehr viel schneller sein, sie müssen auch komplett in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder abgeschlossen werden. Das bedeutet eine Trennung im Verfahren. Und die kann nur anhand der sicheren Herkunftsländer durchgeführt werden: Wer aus einem Bürgerkriegsland kommt, darf nach wenigen Wochen in eine Stadt oder Gemeinde. Wer aus einem sicheren Herkunftsland kommt, verbleibt bis zum Abschluss des Verfahrens in der Landeseinrichtung.

Wir Grüne haben uns immer als Anwälte der Schwachen in der Gesellschaft und ganz besonders der Asylsuchenden begriffen. Das zeichnet uns aus. Dennoch zwingt die massiv ansteigende Zahl von Flüchtlingen auch uns dazu, viele alte Forderungen aufzugeben. Wir müssen auch hier, um einen Begriff des Soziologen Heinz Bude zu verwenden, den Übergang vom Idealismus zum Pragmatismus in der Flüchtlingspolitik schaffen. Dazu gehört es, einzusehen, dass für jene 15 Prozent unserer Gesellschaft, die heute schon im Niedriglohnsektor arbeiten, eine riesige Zahl von Konkurrenten ins Land kommt. Tiefe soziale Konflikte sind nahezu vorprogrammiert – wenn man sie nicht von Beginn an erkennt und bearbeitet. Dennoch gibt es meiner Meinung nach keinen Grund zu lamentieren, denn Deutschland hat es geschafft, zu einer offenen Einwanderungsgesellschaft zu werden. ◆



Der Text von Boris Palmer ist ein Auszug aus seinem Beitrag „Zeitenwende der Asylpolitik“ in dem jüngst erschienenen Buch *Ins Offene. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge*, herausgegeben von Jens Spahn im Herder Verlag, München November 2015 (208 Seiten, 19,99 Euro). Welche namhaften Autoren noch vertreten sind und wie sie die Flüchtlingskrise nach allen Seiten ausleuchten, finden Sie – mit der Möglichkeit, in das Buch hineinzublättern – auf der Website www.herder.de


CYRIL SCHIRMBECK

**Dr. Necla Kelek** lebt und arbeitet als freie Autorin in Berlin. Sie hat Volkswirtschaft und Soziologie studiert und über „Islam im Alltag" promoviert. 2005 bis 2009 war sie Mitglied der Islamkonferenz. Sie ist Vorstandsmitglied bei *Terre des Femmes*. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt sie dar, warum die Idee, islamische Interessenverbände mit der Integration muslimischer Flüchtlinge zu betrauen, nur die Parallelgesellschaft stärkt.

# Die deutschen Islamverbände sind keine guten „Integrationslotsen"

Wer die hiesigen islamischen Vereine in die Integration muslimischer Flüchtlinge einbezieht, verfestigt langfristig die Parallelgesellschaft | Von Necla Kelek

Die Bundesregierung sucht händeringend nach Hilfskräften und Freiwilligen, die die Betreuung der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge aus muslimischen Ländern übernehmen und deren Integration fördern sollen. Initiativen und Vereine aller Art, Bürgerinnen und Bürger haben sich auf wunderbare Weise der Heimatlosen angenommen, sie haben geholfen und versorgt – und ohne sie wären die staatlichen Institutionen hoffnungslos überfordert. Vor diesem Hintergrund erscheint es auf den ersten Blick als eine gute Idee, die Moscheevereine und Islamverbände in die Betreuung der überwiegend muslimischen Einwanderer aktiv einzubeziehen. Denn, so das Argument, sie kennen die Bedürfnisse und Sensibilitäten ihrer Glaubensbrüder und -schwestern am besten.

„Wir sollten Integrationslotsen und Scouts heranbilden, die die arabische Sprache beherrschen und denselben Glauben wie die Flüchtlinge haben", so der Sprecher des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, in der Welt. Wie er sich diese Hilfe vorstellt, sagte der Verbandssprecher auch: „Deshalb sind unsere Gemeindemitglieder auch schon in vielen Kommunen vom Bürgermeister gebeten worden, im Flüchtlingsheim zu dolmetschen, Imame dort Freitagsgebete abhalten zu lassen oder einfach nur den Bedarf an Koranen und Gebetsteppichen zu stillen."

> *„Die Islamvereine schirmen – außer am Tag der offenen Moschee – ihre Mitglieder vom Kontakt mit der deutschen Gesellschaft ab."*

Auch wenn die muslimischen Verbände ihre Koran-Verteilaktionen tatsächlich als Beitrag zur Integration verstehen sollten – in erster Linie und auf der politischen Ebene geht es ihnen bei ihrem Engagement vorrangig um die Anerkennung ihrer Position als religiöse Körperschaften. Sie versuchen seit Jahren, wie die Kirchen als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt zu werden, um ihren Einfluss als Vertreter der Muslime in der Politik zu institutionalisieren. Zwar vertreten die Verbände nur maximal 15 Prozent der rund 4 Millionen Muslime in Deutschland, die Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts aber würde ihren Einfluss in allen gesellschaftlichen Bereichen stärken.

Die Deutsche Islamkonferenz (DIK) war unter dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble 2006 angetreten, Integration durch Transparenz zu erreichen. Die Moscheen sollten heraus aus den Hinterhöfen, die Muslime sich zum Grundgesetz bekennen. Dafür wurde


IMAGO/JENS JESKE

**Die Politik erwägt, die in Deutschland tätigen islamischen Verbände aktiv in die Integration muslimischer Flüchtlinge einzubeziehen. Diese Verbände waren in den letzten fünf Jahrzehnten indessen vor allen darin erfolgreich, für ihre Klientel eine geschlossene parallelgesellschaftliche Infrastruktur zu schaffen. Sie sind es, die – außer am alljährlich am 3. Oktober stattfindenden „Tag der offenen Moschee" – ihre Mitglieder vom Kontakt mit der deutschen Gesellschaft abschirmen. Im Bild die Sehitlik-Moschee in Berlin am 3. Oktober 2014.**

der Status der beteiligten muslimischen Verbände und Interessenvertretungen aufgewertet. Inzwischen geht es nur noch darum, den Verbänden die Pflege der Herkunftskultur zu ermöglichen und sie institutionell zu stärken.

Der Bundesregierung ist vor allem daran gelegen, sich mit einem Mix aus Staatsgeld und Statusaufwertung Loyalität zu erbitten: wie derzeit diskutiert durch Subventionen aus den Mitteln der Ablösungsleistungen für Kirchen, mit Gewährung von Einfluss auf die Berufung von Universitätsprofessoren für islamische Theologie, mit Sitzen in den Rundfunkräten und durch Berufung von Imamen in der Bundeswehr bis hin zum Zugang zu Mitteln der Wohlfahrtspflege. Die Politik möchte sich eines institutionellen Partners auf Seiten der Muslime versichern. Es gibt aber wesentliche Gründe, warum eben diese Islamverbände keine verlässlichen Partner bei der Integration sein können.

Einer der Gründe ist, dass die Islamverbände nur einen geringen Teil der in Deutschland lebenden Muslime vertreten. Deren Mehrheit ist nicht organisiert und hat nicht vor, sich zu organisieren. Insbesondere säkulare Muslime wünschen auch nicht, dass durch die Verbände in ihrem Namen gesprochen wird. Ein weiterer Grund ist, dass die Islamverbände in der Mehr-

heit eine religiöse Richtung vertreten, die der Islamwissenschaftler Tilman Nagel als „Scharia-Islam“, als Gesetzesreligion, bezeichnet.

Der Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM) als Dachverband der vier größten islamischen Organisationen, während der Islamkonferenz 2007 gegründet, hat in seiner Satzung den Bezug auf „Koran und Sunna“ als Richtschnur – von der deutschen Öffentlichkeit unhinterfragt – festgeschrieben. Das ist kein Fall von sprichwörtlich geduldigem Papier, sondern diese Auffassung von Koran und Sunna als Richtschnur des Lebens in Deutschland kommt immer wieder zum Tragen, wenn es beispielsweise um die Berufung von Professoren für die Ausbildung von islamischen Religionslehrern geht. Freie Forschung und Lehre trifft auf den Widerstand der Islamverbände. Sie wollen bestimmen, was als islamkonform gilt.

> *Die Mehrheit der muslimischen Bürger ist nicht organisiert und möchte von den Verbänden auch nicht repräsentiert werden.*

Die islamische Sozialethik und Sozialpraxis kennt so etwas wie Wohlfahrtspflege nicht. Das kommt unter anderem daher, dass die Nächstenliebe, wie sie sich in der Feindesliebe oder dem Barmherzigkeitsgebot der Bibel ausdrückt, im Islam keine moralische Kategorie ist. Im Koran ist einzig von Gottes Barmherzigkeit die Rede. Organisationen etwa wie die Caritas sind in der islamischen Welt bisher weitgehend unbekannt. In traditionellen muslimischen Gemeinschaften findet die Betreuung von Kindern, Alten und Pflegebedürftigen in der Familie statt – überwiegend durch die Frauen. Traditionell muslimische Frauen sind stark ans Haus gebunden. Sie dürfen fremde Männer weder anfassen noch mit ihnen sprechen.

Dementsprechend findet auch die Jugendbetreuung in den Moscheen nach Geschlechtern getrennt statt – falls die Mädchen nicht ohnehin zu Hause gehalten werden. Würde es zugelassen, dass die Moscheeverbände dieses Prinzip in Deutschland auf ihrem angestrebten künftigen Arbeitsfeld Wohlfahrtspflege übernehmen, hieße das staatlich geförderte Geschlechterapartheid. In einer von der Islamkonferenz in Auftrag gegebenen Studie über soziale Dienstleistungen der religiösen Dachverbände wurde festgestellt, dass es bisher eine rein soziale Arbeit in den über 2400 Moscheen in Deutschland nicht oder nur in Ansätzen gibt. Es findet religiöse Betreuung statt, die sich nebenbei auch um soziale Belange kümmert, wenn überhaupt.

Der entscheidende Punkt aber ist, dass die Islamverbände und Moscheevereine in Deutschland von ihrer Struktur und ihrem Habitus her in erster Linie politische Vereine und Organisationen sind. Sie sind in ihrer Ausrichtung und in ihrer Arbeit von ausländischen Regierungen, insbesondere der türkischen, und einer Finanzierung aus den Ölstaaten abhängig. Am Beispiel des Dachverbandes der türkischen Moscheevereine (DITIB) lässt sich das deutlich erkennen: Der Dachverband ist eine Gründung der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Die 875 in den angeschlossenen Vereinen predigenden Imame werden vom türkischen Staat für meist vier Jahre nach Deutschland geschickt und bezahlt. Sie erhalten die Vorlagen ihrer Freitagspredigten aus Ankara.

Auch politisch sind die Bande in die Türkei eng, und die Abgrenzung zur Regierungspartei AKP wird immer fadenscheiniger. Anlässlich der letzten Parlamentswahlen in der Türkei – bei der die in Deutschland lebenden Türken wahlberechtigt waren – predigten in DITIP-Moscheen Imame für die AKP, wurden dort Wahlplakate aufgehängt und Moscheegänger mit Bussen zu den Konsulaten gefahren, damit sie ihre Stimme abgeben konnten. Besonders aktive Moscheen wurden dafür von einer AKP-nahen Organisation mit Dankurkunden bedacht. Die AKP erhielt bei den Parlamentswahlen am 1. November 2015 von den in Deutschland lebenden Türken 59,7 Prozent der Stimmen. Präsident Recep Tayyip Erdogan selbst betonte bei früheren  Auftritten in Deutschland immer wie-

der, dass „Assimilation ein Verbrechen“ sei und dass er erwarte, die in Deutschland lebenden Türken vergäßen nicht, Türken und Muslime zu sein.

Wie also sollen Vertreter eines Verbandes, dessen Angestellte kaum Deutsch sprechen, die in erster Linie der „Pflege der Herkunftskultur“ verpflichtet und sowohl politisch wie finanziell von der türkischen Regierung abhängig sind, loyale „Integrationslotsen“ in die deutsche Gesellschaft sein können? Eine komplett in die Gegenrichtung weisende Tatsache ist vielmehr, dass die DITIB, der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR), der Zentralrat der Muslime in Deutschland und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) in den letzten fünf Jahrzehnten vor allem darin erfolgreich waren, für ihre Klientel eine geschlossene Infrastruktur zu schaffen, die vom Hochzeitssalon bis zum Beerdigungsreisebüro alles Nötige im Leben der Muslime anbietet. Die Islamvereine sind diejenigen, die – außer am Tag der offenen Moschee – ihre Mitglieder vom Kontakt  mit der deutschen Gesellschaft abschirmen.

> *“Die Islamverbände können den Flüchtlingen nicht den Weg in die Freiheit, sondern höchstens in die Moschee weisen.”*

Eine Offenheit oder Loyalität gegenüber der deutschen Gesellschaft sucht man vergebens, eher machen Abgrenzung, Vorurteile und Verschwörungstheorien die Runde. Diese Vereine können den Flüchtlingen nicht den Weg in die Freiheit, sondern höchstens in die Moschee weisen. Dessen ungeachtet, sahen sich die Islamverbände im Bestreben nach Anerkennung bisher nicht nur von den Parteien der Regierungskoalition, sondern auch von der grünen Opposition unterstützt.

Die erste öffentliche Abgrenzung von dieser Haltung war unlängst auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen vom 20. bis 22. November 2015 in Halle zu erleben. Dort gaben der Parteivorsitzende Cem Özdemir und der Bundestagsabgeordnete Volker Beck ein Statement ab, das zeigt, dass die Grünen die Islamverbände nicht (mehr) als Religionsgemeinschaften sehen. Sie formulierten, die vier großen Islamverbände seien „national, politisch und sprachlich, aber nicht bekenntnisförmig geprägt“. Diese Klarheit auf politischer Seite habe nicht nur ich lange vermisst; sie sollte nun die Bundesregierung und die Verantwortlichen bei CDU und SPD anregen, ihr Verhältnis zu den Islamverbänden zu überdenken.

Es gibt eine große Zahl von muslimischen Frauen und Männern, die Wertvolles in der Integrationsarbeit leisten – aus eigenem Entschluss, geleitet durch bürgerschaftliches Engagement und ohne dass die Mission des Islam im Vordergrund steht. Die Islamverbände aber, wie jetzt von Familienministerin Manuela Schwesig geplant, institutionell in die  Wohlfahrtspflege einzubinden, wäre ein Fehler, der weitere parallelgesellschaftliche Strukturen begünstigen würde.

Was sind die Alternativen? Ich plädiere für ein interkulturelles und interreligiöses Konzept, das einerseits die bestehenden Institutionen der Wohlfahrtspflege nutzt und andererseits auf die besonderen Bedürfnisse einer muslimischer Klientel eingeht – gleichzeitig aber eine Abgrenzung eben jener Klientel verhindert. Das braucht zunächst einmal eine Ausbildung von islamischen Theologen in der Sozialarbeit. Gleichzeitig sollten interreligiös geschulte Sozialarbeiter in den bestehenden Institutionen der Wohlfahrtspflege arbeiten, nach gemeinsam entwickelten Konzepten. Der Ansatz sollte sein, religiösen und ethnischen Besonderheiten Rechnung zu tragen – immer aber mit dem Ziel der Integration in die deutsche Gesellschaft und der klaren Absage an jede Form der Abgrenzung. ◆



Unsere Autorin Necla Kelek hat 2012 mit *Chaos der Kulturen. Die Debatte um Islam und Integration* ein viel beachtetes Statement abgegeben. Ihre Bücher *Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland* (Köln 2005) und *Verlorene Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes* (Köln 2006) sind mittlerweile Klassiker.




**Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld** ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Universität München, Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg) und Autor zahlreicher Europa-Bücher. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, wie angesichts von Flüchtlingswelle und Terrorgefahr die deutsche wie die europäische Politik in antwortloser Erstarrung versinkt, notdürftig kaschiert durch punktuelle politische Machtspiele.

# Die wankende Republik

Deutschland erlebt eine Zeit der neuen Komplexität und der neuen Konfusion. Die deutsche wie die europäische Politik üben sich derweil unverdrossen in strategischer Sprachlosigkeit | Von Werner Weidenfeld

Ein merkwürdiger Wahrnehmungsteppich legt sich über die Republik. Wo früher Zufriedenheit, Zuversicht, Selbstgewissheit dominierten, sind nun Verunsicherung, Besorgnis – ja Angst festzustellen. Das Krisenmanagement der letzten Jahre in Sachen Schuldenkrise, Griechenlandkrise, Eurokrise wirkt im Rückblick vergleichsweise harmlos zu den Befürchtungen, die mit den dramatischen Terror-Attacken und den großen Migrationsbewegungen einhergehen.

Die Erinnerung, dass Völkerwanderungen immer wieder zur Menschheitsgeschichte gehörten und nun zur aktuellen Mega-Herausforderung werden, geht tief unter die Haut. Dies geschieht ebenso im Blick auf den immer näher gerückten Terror. Der Terror im Großformat ist praktisch auch bei uns angekommen: hoch professionell, bestens ausgerüstet, finanziell sehr gut grundiert, mit dem Ziel des Mordens an Symbolorten, wo die Wirkung multipliziert wird. Der islamische Terror will die Welt vernichten, die in seinen Augen eine Welt des Unglaubens ist. Er definiert Terrorismus als Gottesdienst, und dabei wird der Selbstmord zur höchsten Form der Erlösung. Der sogenannte Islamische Staat ist nun wirklich und real in Europa – und auch in Deutschland – angekommen.

*„Die wankende Republik wird von Vertrauensverlust angenagt. Der bisherige Zauber der Stabilität ist der Ratlosigkeit gewichen."*

Die wankende Republik wird von Vertrauensverlust angenagt. Der bisherige Zauber der Stabilität ist der Ratlosigkeit gewichen. Die Wirklichkeit entzieht sich dem Zugriff durch aufgeregte Politikversuche. Was die Republik ins Wanken gebracht hat, ist tektonischen Verschiebungen vergleichbar. Die alten Erklärungsmuster tragen nicht mehr, die alten Deutungsversuche scheitern. Die bisherigen Interpretationshilfen von „rechts" und „links", von „konservativ" und „progressiv" helfen nicht mehr weiter in diesem Zeitalter der neuen Komplexität und der neuen Konfusion.

Die verschwundene Übersichtlichkeit mündet zunächst in Sorge und Distanzierung, dann in Protest und Wut – „Wutbürger" mutieren zu Hassbürgern. Der Spiegel findet dafür die Formel von der „enthemmten Republik". Und täglich wird dieser Sorgehorizont unterfüttert mit neuen Bildern des Dramas – Mordfotos, Panik-Szenen, Festnahmen von Tätern, Bekenneraktionen, Elendsfotos der Migranten, Todeskämpfe der Ertrinkenden, Gefühlsstürme an den Grenzzäunen, gegen die die Körper der Flüchtigen anbranden. Und dann sieht sich Deutschland erfasst von der Symbolik der Willkommenskultur – die jedoch bereits Tage darauf ihre Wirkung wieder einbüßt.




**Angesichts von Flüchtlingswelle und Terrorgefahr droht die Politik in antwortloser Erstarrung zu versinken, notdürftig kaschiert durch punktuelle politische Machtspiele und mediale Inszenierung – die letztlich auch nur der persönlichen Profilierung der Beteiligten dient. Im Bild deutsche Talkrunden zum Thema Terror in der Woche vom 16. bis 23. November 2015: Plasberg, Will, Illner, Maischberger, Jauch und wieder Plasberg (von oben links nach rechts unten).**

Die Megathemen liegen auf der Hand. Die Fragen sind gestellt. Aber die Antworten bleiben aus. Situatives Krisenmanagement wird zelebriert. Es werden Flüchtlingszahlen diskutiert – obwohl man weiß, dass keine stimmt. Es werden Auffang-Registrierungslösungen diskutiert. Es wird über die Länder-Verteilung gestritten. Heute wird der Familienzuzug erörtert, morgen die Schnelligkeit der Rückführung. Dann zwingt der nächste Terroranschlag zur vorrangigen Erörterung von Sicherheitsdetails. Biographien einzelner Terroristen werden erörtert. Geheimdienstaktionen werden kritisiert. Militärische Aktionen werden erörtert.

Diese punktuelle Sprunghaftigkeit im politischen und medialen Umgang mit den Megathemen geht einher mit den üblichen politischen Machtspielen. Wenn schon keine Klärung der Grundfragen ansteht, will man immerhin Punktgewinne im Wettkampf der Parteien oder der Kandidaten verbuchen können. Die Regierungsparteien diskutieren intern und bilateral sowie trilateral kontrovers und bezeichnen dann selbst die Vorgänge als „Chaos“. Die Oppositionsparteien versuchen sich davon abzusetzen – und praktizieren selbst ähnliche Kontroversformen. Als Gewinner profilieren sich dabei zunächst nur die Protestparteien – auch wenn sie sich intern

zerfleischen. Der öffentliche Stimmungsschub bewegt sich im Zorn auf jene Kräfte zu, die mit den Traditionsparteien nichts zu tun haben.

Die Traditionsparteien praktizieren derweil routiniert ihre traditionellen Machtspiele, da gehören Sticheln und Punktepokern zum Geschäft. Sprachkämpfe werden ausgetragen. Da wird die Einrichtung von Transitzonen vehement abgelehnt, um dann als Kompromiss die Einrichtung von Registrierzentren zu begrüßen. Da spekulieren die Medien nach solchen Begriffskrämpfen, ob es nun zum „Putsch“ gegen die Bundeskanzlerin kommen werde. Leichthin ist auch vom „Herbst“ der Kanzlerin die Rede. Und der Kurztrip eines Ministers nach Mallorca wird zum medialen Mammutereignis von historischer Bedeutung emporboulevardisiert. Deutlich erkennbar haben im Regierungsablauf ein Kontrollverlust über die Entscheidungsprozesse und damit ein gesellschaftlicher Gestaltungsverlust stattgefunden. Auch kleine administrative Details verschieben sich in die Spitzenetagen der Politik, alles wird zur Kanzlerfrage.

*„Im Regierungsablauf ist ein um sich greifender Kontrollverlust über die Entscheidungsprozesse unübersehbar.“*

Die Republik ist verwirrt und verunsichert. Und: Die Republik ist strategisch sprachlos. Diese Zeit der Konfusion und der verlorenen Übersichtlichkeit geht einher mit der Sehnsucht nach Transparenz, der Hoffnung auf Antwort, dem Wunsch nach vertrauenswerter geistiger Zuverlässigkeit – kurz: der Notwendigkeit strategischer Klarheit. Eben diese Klarheit bleibt aber bis heute aus. Hinter den punktuellen politischen Machtspielen verbergen sich keine strategischen Konzepte, die verbindliche Antworten für den Umgang mit den hochkomplexen aktuellen Aufgabenstellungen zu liefern imstande wären. Das „Wir schaffen das“ der Bundeskanzlerin hätte der unmittelbaren Ergänzung durch einen tragfähigen strategischen Entwurf zu allen anderen Problemfeldern der Migration bedurft. Das aber blieb aus – und damit war jeder Form der Verunsicherung und des Protests Tür und Tor geöffnet.

Und nun ist ein solches Versäumnis erneut zu erleben bei der Beantwortung der Fragen, die mit der neuen Dimension des Terrors einhergehen. Politische Stabilität verlangt mehr Anstrengungen, Antworten und Perspektiven als die, die die deutsche Politik derzeit zu liefern imstande scheint.

Nun könnte man einwenden: Kein Land kann die Völkerwanderung allein stemmen, kein Land kann allein den Terror bekämpfen – da ist Europa gefordert. Das stimmt, in gewisser Weise. Die aktuellen Megathemen fordern die Kommunen wie die Bundesländer, die Staaten wie die EU. Nur: Auch die EU bleibt strategisch sprachlos. Die Sicherung der Außengrenzen wird erörtert, die Bekämpfung krimineller Schlepper wird erörtert, eine Verteilquote wird erörtert – aber eine strategische Antwort der Europäischen Union bleibt aus, auch Europa als Ganzes übt sich in strategischer Sprachlosigkeit.

Der Europäischen Union ist das Narrativ ausgegangen. Der Begründungskontext zerfällt – und ohne ihn fehlt der europäischen Gemeinschaft die politisch-kulturelle Vitalität. Die Erfolgsgeschichte des geeinten Europas gerät in Vergessenheit, die geistige und politische Not der ratlosen Normalität macht sich breit. Skeptische Zweifel nagen tief an den Europäern. Wozu überhaupt eine europäische Union? Was hält Europa zusammen? Der Kontinent der Achtundzwanzig ist aus seiner früheren Erfolgsgeschichte über die Dauerkrise nun in die Sinnleere abgestürzt. Die Brisanz der Lage ist nicht zu unterschätzen: Die Strategiekrise der wankenden Republik verbindet sich auf fatale Weise mit der Sinnkrise des ganzen Kontinents. ◆



Der Autor des vorstehenden Essays, Prof. Werner Weidenfeld, ist Autor zahlreicher Europa-Bücher. Im Dezember 2015 erscheint das *Jahrbuch der Europäischen Integration 2015*, herausgegeben von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels im Nomos Verlag, Baden-Baden, 578 Seiten, 69 Euro.




MS EUROPA 2
DIE GROSSE FREIHEIT:
Unendlich viel Platz, um
sich ganz nah zu sein.
Mit der EUROPA 2 erleben Sie Größe wie noch
nie. Schließlich finden Sie auf keinem anderen
Schiff mehr Platz pro Passagier. Und mit
maximal 500 Gästen einen entspannten
Luxus, der unvergleichlich ist: 5-Sterne-plus*.
Hapag-Lloyd
Kreuzfahrten
*Lt. Berlitz Cruise Guide 2016.
www.mseuropa2.de


ARGUM/FALK HELLER

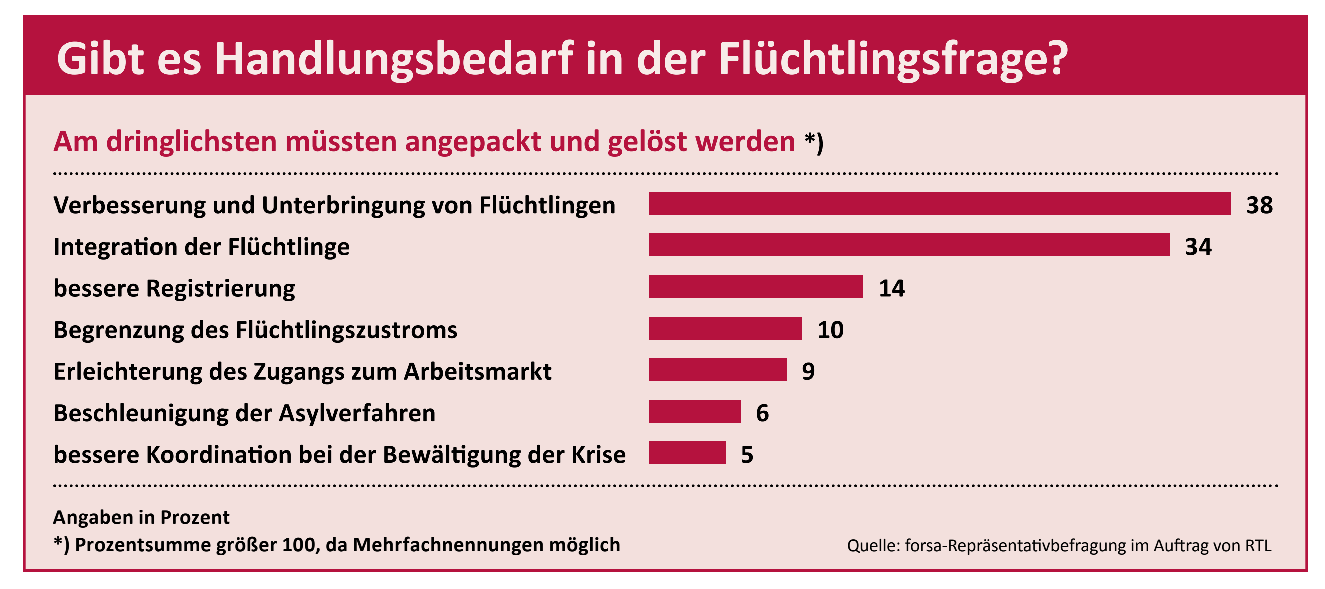
**Prof. Manfred Güllner** ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa, aus dessen Dienst „Aktuelle Parteipräferenzen" DER HAUPTSTADTBRIEF regelmäßig zitiert. Mittlerweile ein Standardwerk ist Güllners Buch *Die Grünen. Höhenflug oder Abstieg?* Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt und bewertet er die jüngste forsa-Befragung, wie die Deutschen auf den Terror reagieren.

# Die „staatstragenden" Kräfte legen zu

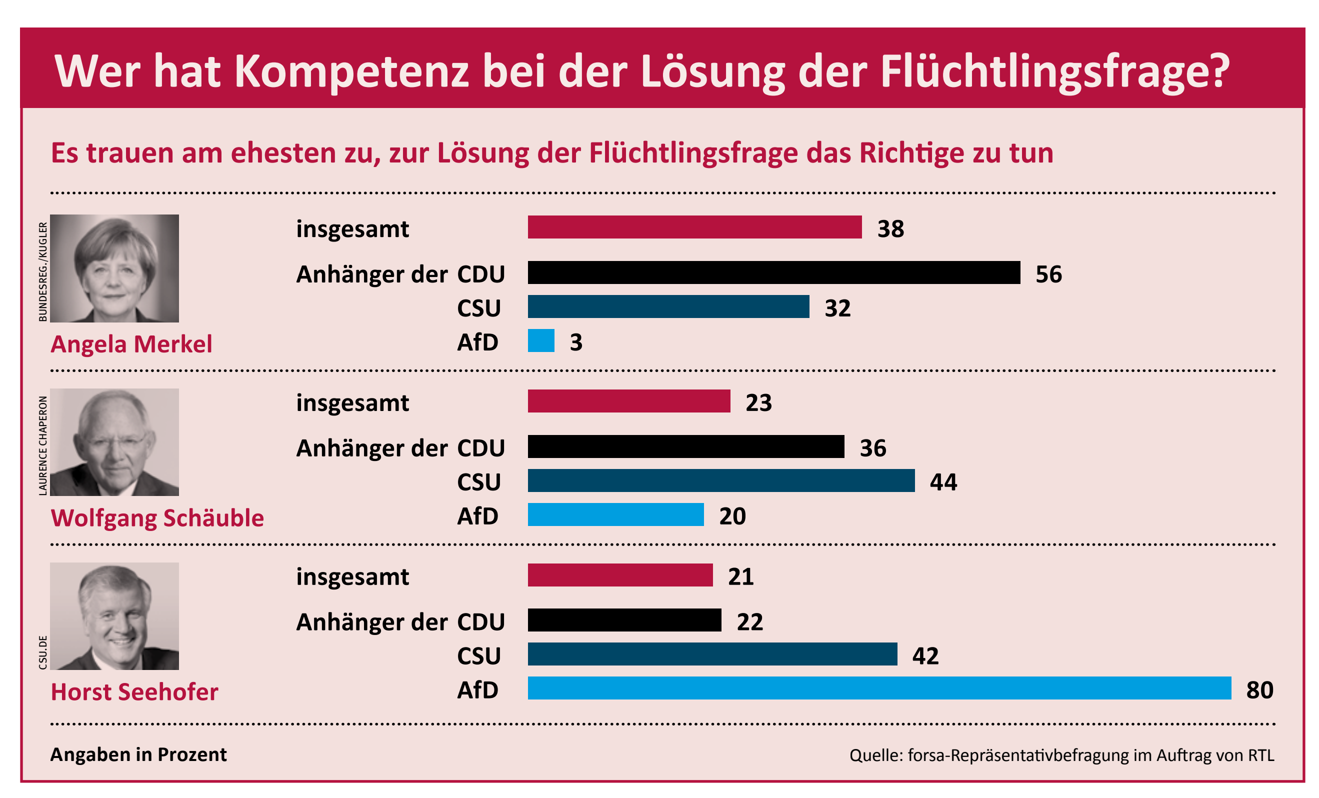
## Die politische Stimmung in Deutschland nach den Terroranschlägen in Paris lässt die Zustimmung zu den etablierten Parteien steigen | Von Manfred Güllner

Wie alle vorangegangenen Terroranschläge haben auch die Anschläge in Paris wieder spürbare Auswirkungen auf die politische Stimmung in Deutschland. Zunächst haben die Terroranschläge und die daraufhin wieder intensiver geführte Diskussion über die Bekämpfung des internationalen Terrors die Flüchtlingsproblematik relativiert, sodass die Auswirkungen der von Horst Seehofer angezettelten heftigen Kontroverse mit Angela Merkel auf die Zustimmungswerte zur Union weniger spürbar wurden: Die Union steigt in der Wählergunst wieder um 2 bis 3 Prozentpunkte. Diese Sympathiezunahme entspricht früheren Beobachtungen, wonach sich nach Terroranschlägen die Menschen eher den „staatstragenden" Kräften zu- und von Parteien am Rande des politischen Spektrums abwenden.

Unabhängig von diesen Auswirkungen der Terroranschläge sind aber auch die Einstellungen der meisten Bundesbürger zur Flüchtlingsfrage weniger emotional, als die politischen Diskussionen es erwarten lassen. So hat beispielsweise die zwischen den Parteien umstrittene Obergrenze für den Zuzug von Flüchtlingen keine hohe Priorität: Nur 10 Prozent aller Bürger halten die Einführung einer Begrenzung des Flüchtlingszustroms für die Maßnahme, die



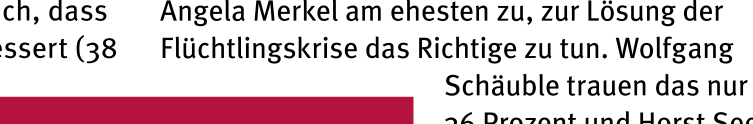

**Die Einstellungen der meisten Bürger zur Flüchtlingsfrage sind weniger emotional, als es die politischen Diskussionen erwarten lassen. Die Bürger halten es für erforderlich, dass die Unterbringung der Flüchtlinge verbessert und mehr für die Integration der Flüchtlinge getan wird. Auch eine bessere Registrierung hat eine höhere Priorität als die Festlegung einer Obergrenze für den Zuzug von Flüchtlingen.**

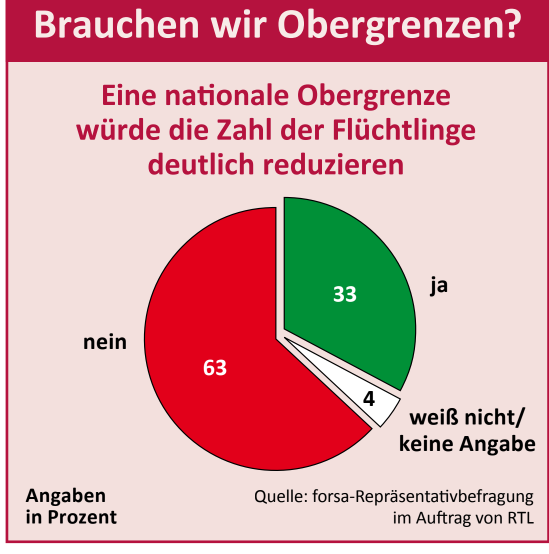



**Trotz der heftigen Konflikte zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU und deutlicher Kritik auch innerhalb der CDU traut eine Mehrheit der CDU-Anhänger Angela Merkel am ehesten zu, zur Lösung der Flüchtlingskrise das Richtige zu tun. Wolfgang Schäuble trauen das nur 36 Prozent und Horst Seehofer nur 22 Prozent der CDU-Anhänger zu. Lediglich bei den AfD-Anhängern genießt Seehofer in dieser Frage das höchste Vertrauen.**

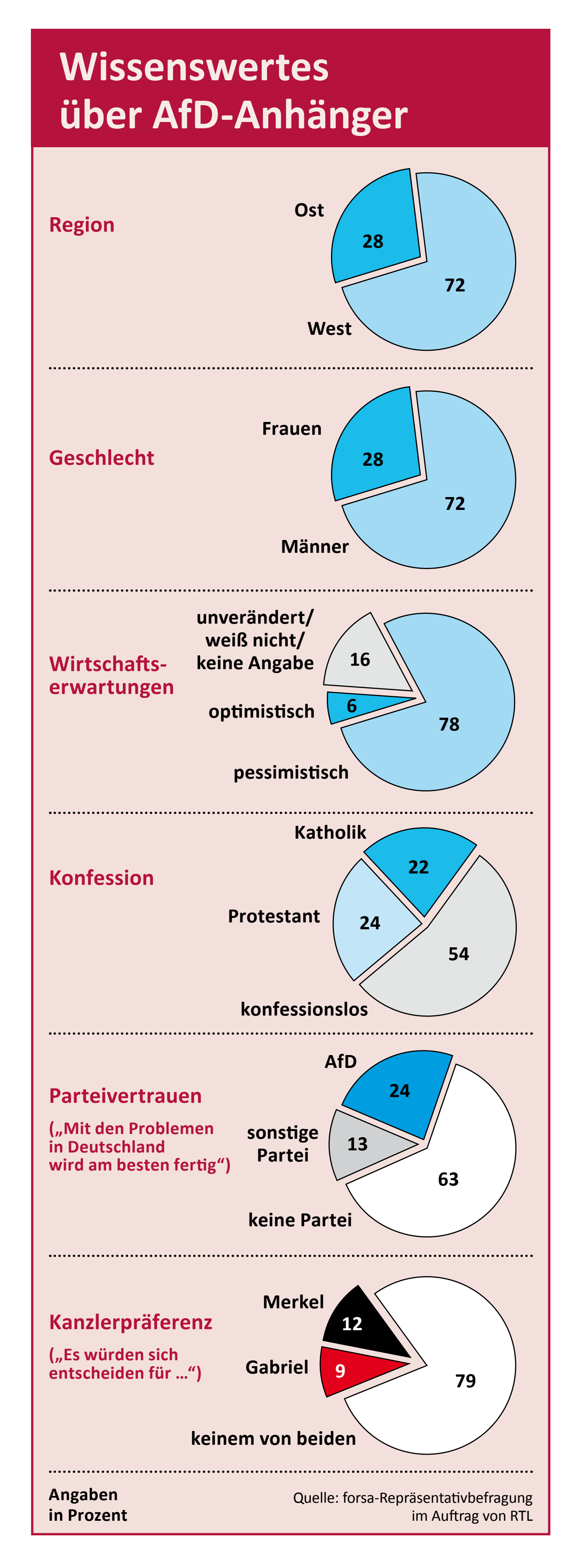
vordringlich angegangen werden müsste. Deutlich mehr Bürger halten es für erforderlich, dass die Unterbringung der Flüchtlinge verbessert (38 Prozent) und mehr für die Integration der Flüchtlinge (z.B. durch Sprachkurse) getan wird (34 Prozent). Auch eine bessere Registrierung hat eine höhere Priorität als die Festlegung einer Obergrenze für den Zuzug von Flüchtlingen, die nach Meinung der Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) ohnehin die Zahl der Flüchtlinge nicht reduzieren würde.

Trotz der heftigen Konflikte zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU und deutlicher Kritik auch innerhalb der CDU traut eine Mehrheit der CDU-Anhänger (56 Prozent) Angela Merkel am ehesten zu, zur Lösung der Flüchtlingskrise das Richtige zu tun. Wolfgang Schäuble trauen das nur 36 Prozent und Horst Seehofer nur 22 Prozent der CDU-Anhänger zu. Selbst von den CSU-Anhängern billigen nur 42 Prozent Seehofer die größte Kompetenz bei der Bewältigung der Flüchtlingsfrage zu. Lediglich bei den AfD-Anhängern genießt Seehofer in dieser Frage das höchste Vertrauen. Damit bestätigt sich, dass Horst Seehofer mit seinen Attacken gegen Angela Merkel das rechte Lager stärkt und nicht – wie manche fälschlicherweise glauben – schwächt.






**Von der zwischen den Parteien umstrittenen Obergrenze für den Zuzug von Flüchtlingen halten die Bürger wenig: Nur ein Drittel aller Befragten ist der Auffassung, eine Obergrenze würde zu einer Begrenzung des Flüchtlingszustroms führen.**




Die Sympathiewerte für die AfD steigen nach den Terroranschlägen von Paris nicht weiter, sondern stagnieren oder sinken sogar, weil kaum jemand dieser politischen Gruppierung zutraut, einen Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrors leisten zu können. AfD-Werte von über 10 Prozent, wie von einem Institut behauptet, dürften mit der Realität wenig zu tun haben. Wenn einige Medien – so auch die öffentlichen TV-Sender – der AfD aber eine Plattform liefern oder sie wie der SWR als eine ganz normale Partei einstufen, nützt das der Akzeptanz dieser Bewegung. Dabei gibt es etliche Anzeichen, dass es sich bei der AfD-Anhängerschaft ähnlich wie bei der von Pegida keineswegs um „normale“ Bürger aus der „Mitte der Gesellschaft“ handelt, die aufgrund der Flüchtlingszuwanderung besorgt sind.

Die derzeitigen AfD-Anhänger weisen vielmehr alle Merkmale auf, die für Unterstützter rechtsradikaler Bewegungen typisch sind und auch schon für die NSDAP in ihrer Entstehungsphase in den 1920er-Jahren zutrafen. So sind fast drei Viertel der AfD-Anhänger Männer. Die AfD-Anhänger haben wenig kirchliche Bindungen: 54 Prozent von ihnen sind konfessionslos. Sie sind extrem systemkritisch: Nur 13 Prozent trauen den traditionellen Parteien zu, mit den Problemen in Deutschland fertigzuwerden; 24 Prozent billigen der AfD, 63 Prozent keiner Partei politische Kompetenz zu. AfD-Anhänger halten weder Angela Merkel noch Sigmar Gabriel für kanzlertauglich.

Fast 80 Prozent der AfD-Anhänger haben pessimistische wirtschaftliche Erwartungen, obwohl es ihnen objektiv ökonomisch gut geht, da sie aus einem Segment der deutschen Mittelschicht stammen. Darin drückt sich eine für Rechtsradikale aus der Mittelschicht typische Statusangst aus: Man fühlt sich zerrieben zwischen dem globalen Kapitalismus und dem Proletariat. Außerdem stammen überproportional viele AfD-Anhänger (28 Prozent) aus Ostdeutschland.

Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass die AfD-Anhänger dem rechtsradikalen Milieu angehören und die Partei deshalb nicht als bloße Ansammlung besorgter Bürger verharmlost werden darf. ◆

## Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

# Die AfD stabilisiert sich als feste Größe unter den kleinen Parteien

Umfrage-Werte in Woche ...

Alle Angaben in Prozent

| | | CDU/CSU | SPD | Die Linke | Grüne | FDP | AfD | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 2015 | **49. (30.11.-4.12.)** | **38** | **24** | **9** | **10** | **4** | **8** | **7** |
| | 48. (23.11.-27.11.) | 39 | 24 | 9 | 10 | 5 | 6 | 7 |
| | 47. (16.11.-20.11.) | 39 | 24 | 9 | 10 | 5 | 7 | 6 |
| | 46. (9.11.-13.11.) | 36 | 25 | 9 | 10 | 5 | 8 | 7 |
| | 45. (2.11.-6.11.) | 38 | 25 | 8 | 10 | 5 | 7 | 7 |
| | 44. (26.10.-30.10.) | 36 | 24 | 9 | 11 | 5 | 7 | 8 |
| | 43. (19.10.-23.10.) | 36 | 24 | 9 | 11 | 6 | 6 | 8 |
| | 42. (12.10.-16.10.) | 38 | 24 | 10 | 11 | 4 | 7 | 6 |
| | 41. (5.10.-9.10.) | 38 | 25 | 9 | 10 | 5 | 7 | 6 |
| | 40. (28.9.-2.10.) | 39 | 25 | 9 | 9 | 5 | 7 | 6 |
| | 39. (21.9.-25.9.) | 40 | 24 | 10 | 10 | 5 | 5 | 6 |
| | 38. (14.9.-18.9.) | 40 | 24 | 10 | 10 | 5 | 4 | 7 |
| | 37. (7.9.-11.9.) | 41 | 24 | 10 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 36. (31.8.-4.9.) | 41 | 24 | 10 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 35. (24.8.-28.8.) | 40 | 24 | 11 | 11 | 5 | 3 | 6 |
| | 34. (17.8.-21.8.) | 41 | 23 | 11 | 10 | 4 | 4 | 7 |
| | 33. (10.8.-14.8.) | 43 | 23 | 10 | 10 | 4 | 3 | 7 |
| | 32. (3.8.-7.8.) | 43 | 23 | 9 | 10 | 5 | 3 | 7 |
| | 31. (27.7.-31.7.) | 41 | 24 | 9 | 10 | 5 | 3 | 8 |
| | 30. (20.7.-24.7.) | 42 | 23 | 10 | 10 | 4 | 3 | 8 |
| | 29. (13.7.-17.7.) | 41 | 24 | 10 | 10 | 5 | 4 | 6 |
| | 28. (6.7.-10.7.) | 42 | 23 | 10 | 11 | 4 | 4 | 6 |
| | 27. (29.6.-3.7.) | 42 | 23 | 10 | 11 | 5 | 4 | 5 |
| | 26. (22.6.-26.6.) | 42 | 23 | 10 | 10 | 5 | 4 | 6 |
| | 25. (15.6.-19.6.) | 41 | 23 | 10 | 10 | 5 | 4 | 7 |
| | 24. (8.6.-12.6.) | 41 | 23 | 9 | 11 | 5 | 5 | 6 |
| | Bundestagswahl * | 41,5 | 25,7 | 8,6 | 8,4 | 4,8 | 4,7 | 4,0 |

* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2013 (Zweitstimmen)

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa


BDST

**Reiner Holznagel** ist Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V. (BdSt). Für den HAUPTSTADTBRIEF stellt er Beispiele aus dem aktuellen Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2015“ vor, in dem der Bund der Steuerzahler über 130 konkrete Fälle aufzeigt, in denen von öffentlichen Institutionen unsachgemäß mit Steuergeldern umgegangen wird. Vorschläge gegen die Vergeudung liefert das Schwarzbuch gleich mit.

# Wo der Staat Steuergeld verschwendet

Das Schwarzbuch 2015 listet die Vergeudung von Steuergeld auf – bietet aber auch konstruktive Vorschläge, um solcherlei Verschwendung zukünftig zu verhindern | Von Reiner Holznagel

Aktuelle Beispiele aus unserem Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2015“ sorgen auch diesmal wieder für deutschlandweites Kopfschütteln. Da werden 548 000 Euro für eine Friedhofs-App ausgegeben, 11 000 Euro für Verdienst-Medaillen aus purem Gold verprasst oder 10 000 Euro für leuchtende Gullydeckel verjubelt. Fragen Sie sich nicht auch, warum für solche skurrile Projekte Steuergeld verschwendet wird?

Dann fahren Sie besser nicht ins nordrhein-westfälische Hamm. Um den Freizeitwert im Hammer Westen aufzuwerten, will die Stadt zwei Brücken über die Lippe und den Datteln-Hamm-Kanal errichten – Kostenpunkt 6 Millionen Euro. Dieses Projekt ist aber komplett überflüssig, da in der näheren Umgebung bereits Brücken existieren. Allein wäre die Stadt Hamm wohl auch nie auf die Idee gekommen, zwei zusätzliche Brücken zu bauen. Da Bund und Land aber 80 Prozent der Kosten übernehmen, saß das Geld in Hamm wohl besonders locker. Der „Hammer Brückenschlag“ ist ein typisches Beispiel für eine staatliche Mischfinanzierung.

*„Mischfinanzierung erhöht die Bereitschaft für Ausgaben, die bei alleiniger Zuständigkeit nicht oder geringer getätigt würden.“*

Doch was ist eigentlich Mischfinanzierung? Stellen Sie sich Folgendes vor: Weihnachten steht vor der Tür und Ihr fünfjähriger Sohn wünscht sich sehnlichst ein Fahrrad. Sie beschließen, ihm diesen Wunsch zu erfüllen. Doch das Geschenkebudget ist knapp. Daher bitten Sie Ihre Verwandtschaft um einen Zuschuss. Alle sind sofort bereit, sich an dem Geschenk zu beteiligen. Nur haben alle auch genaue Vorstellungen, wie das Fahrrad aussehen und ausgestattet sein soll. Der rennsportbegeisterte Onkel schlägt ein 18-gängiges Mountainbike vor. Opa schwelgt in Nostalgie und empfiehlt ein gebrauchtes „Diamant“. Oma sieht für ihren Enkel etwas Praktisches vor, am besten mit Fahrradkorb und Gepäckträger. Jetzt steht Ihnen zwar ein stattliches Sümmchen zur Verfügung, Sie müssen es aber auch allen recht machen – ungeachtet dessen, dass Sie selbst am liebsten ein simples Einsteigerfahrrad für Kinder gekauft hätten. Um den Familienfrieden zu bewahren, kaufen Sie ein Mountainbike in Retro-Optik, das sie zusätzlich noch mit einem Gepäckträger ausstatten lassen. Letzten Endes geben Sie viel mehr Geld aus, als für ein Anfängerfahrrad nötig gewesen wäre.

Genau diese Alltagsprobleme tauchen auch bei öffentlichen Haushalten auf. Das Hauptproblem von Mischfinanzierung sind Fehlanreize. Bei Mischfinanzierungen trägt jede staatliche Ebene nur eine Teilverantwortung, muss also



PICTURE ALLIANCE/DPA/INGO WAGNER

Illuminierte Gullydeckel: Im niedersächsischen Wallenhorst gab man rund 10 000 Euro Steuermittel für fünf LED-beleuchtete Gullydeckel auf einem neu errichteten Verkehrskreisel aus – im Volksmund wegen der aus Sorge um die Verkehrssicherheit betont geringen Leuchtkraft bald der „Glühwürmchen-Kreisel“ genannt.




PICTURE ALLIANCE/DPA/ARNE DEDERT

Überflüssige Friedhofs-App: Das Haus von Kulturstaatsministerin Monika Grütters fand, die deutschen Smartphone-Nutzer benötigten eine App namens „Wo sie ruhen“, mit der sich rund 1000 Gräber berühmter Persönlichkeiten anschauen lassen. Kostenpunkt: 548 000 Euro Steuergeld. Nutzer des digitalen Sightseeings hinterließen Bewertungen wie „nicht funktionell“, „langsam“, und „wenig Inhalt“.

nur einen Teil der Gesamtsumme aus eigenen Mitteln finanzieren. Daher ist die Bereitschaft gerade für solche Ausgaben groß, die bei alleiniger Zuständigkeit nicht oder nur in geringerem Umfang durchgeführt worden wären – wie eben bei dem Weihnachtsgeschenk, das am Ende viel größer ausfällt, als vorgesehen.

Ein Paradebeispiel für Mischfinanzierung finden wir im Bundesfernstraßenbau. Im Auftrag des Bundes verwalten die Länder das Straßennetz von Autobahnen und Bundesstraßen. Den Ländern obliegen die Planung und die Vorbereitung von Baumaßnahmen sowie der Betrieb und die Unterhaltung der Straßen. Häufig planen die Länder jedoch fehlerhaft oder überdimensioniert oder sie missachten wesentliche Vorgaben des Bundesverkehrsministeriums.

Die entstehenden Mehrkosten hat in der Regel der Bund zu tragen. Das lässt sich auch mit Zahlen belegen: Zwischen 2009 und 2014 wurden 241 Neubauprojekte des Bundes für den Verkehr freigegeben. Diese wurden in klassischer Eigenregie durch die Länder realisiert,


GEORG OLIGMUELLER (WWW.OLIGMUELLER-FOTODESIGN.DE)

**Teurer Brückenschlag in Hamm: Um den Freizeitwert im Hammer Westen aufzuwerten, will die Stadt für 6 Millionen Euro zwei Brücken über die Lippe und den Datteln-Hamm-Kanal errichten – unweit bereits existierender Brücken. Bund und Land sind mit 80 Prozent Kostenübernahme dabei, ein typisches Beispiel für durch staatliche Mischfinanzierung verursachte Verschwendung.**

nicht in Form von Public Private Partnerships. Also waren die Länder für die Planung zuständig. Sie taxierten die anfänglichen Neubaukosten auf 7,2 Milliarden Euro. Am Ende musste der Bund 10,5 Milliarden Euro berappen, da 90 Prozent aller Maßnahmen teurer wurden.

Um solche Kostenexplosionen künftig zu vermeiden, fordert der Bund der Steuerzahler eine umfassende Reform der Bund-Länder-Strukturen beim Fernstraßenbau. Tatsächlich tut sich nun auch etwas: Eine Woche nach der Schwarzbuch-Veröffentlichung befassten sich die Verkehrsminister von Bund und Ländern mit dem Problem dieser Mischfinanzierung. Auch wenn die Bundesregierung noch kein abgeschlossenes Reformkonzept vorgelegt hat, ist die Marschroute klar: Der Bund will die Auftragsverwaltung zurückfahren und in einem ersten Schritt Planung, Finanzierung, Bau und Erhalt der Autobahnen unter dem Dach einer neu zu gründenden Bundesfernstraßengesellschaft zusammenzuführen. Dann lägen Aufgabenwahrnehmung und Finanzierungsverantwortung in einer Hand. Fehlanreize können so vermieden werden. Dass den Verkehrsministerien der Länder diese Pläne nicht gefallen, bedarf kaum der Erwähnung – schließlich fürchten sie um ihre Straßenbauverwaltungen.

Das führt uns zum nächsten Problem von Mischfinanzierungen, nämlich der Bürokratie. Konkret: Mehrfachzuständigkeiten erfordern Doppelstrukturen. Um Entscheidungen herbeizuführen, sind zeitaufwendige Abstimmungsprozesse erforderlich. Zudem arbeiten mehrere Behörden parallel an den gleichen Projekten. Dadurch entstehen unnötige Zusatzkosten, ohne dass auch nur ein Cent in den Straßenbau geflossen ist. Diese Abstimmungserfordernisse gleichen denen, wenn Sie im Auftrag der Familie Weihnachtsgeschenke kaufen.

Unser aktuelles Schwarzbuch widmet sich aber nicht nur dem Thema Mischfinanzierung, sondern listet Steuergeldverschwendung auch auf etlichen anderen Feldern auf. Mit 133 Beispielfällen auf 159 Seiten ist das Schwarzbuch 2015 außergewöhnlich umfangreich. Das liegt daran, dass es uns wichtig war, nicht nur Beispiele aufzuführen, bei denen unser Steuergeld bereits verschwendet worden ist, sondern in der Rubrik „Verschwendung droht!“ auch Fallbeispiele zu nennen, bei denen noch nicht alles zu spät ist.

Damit entfaltet das Schwarzbuch auch eine Präventivwirkung. So warnen wir zum Beispiel ausdrücklich vor Projekten wie der Errichtung einer fränkischen Weinlounge in München, die 1 Million Euro

Steuergeld kosten soll. Nur zur Verdeutlichung: Für 1 Million Euro könnte man 10 000 Kindern das Frühschwimmerabzeichen „Seepferdchen“ finanzieren oder 30 Krankenschwestern oder Krankenpfleger ein Jahr lang in Lohn und Brot bringen. Mit unserem Schwarzbuch bieten wir den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung also auch eine Reihe von konstruktiven Vorschlägen, um die Verschwendung von Steuergeld zukünftig zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund sind die Erfolge des jährlich neu vorgelegten Schwarzbuchs besonders erfreulich. Etliche in früheren Ausgaben beanstandeten Fälle von Steuergeldverschwendung sind mittlerweile abgestellt: Der kommunale Erlebnispark Sturmflutenwelt „Blanker Hans“ in Büsum war so ein Millionengrab für die Steuerzahler. Damit ist jetzt Schluss. Die Sturmflutenwelt wurde am 1. November 2015  geschlossen. In Potsdam sucht man für die kommunale Tropenhalle nach einem neuen Investor, und im saarländischen Völklingen wurde die hochdefizitäre kommunale Meeresfischzucht im Sommer 2015 verkauft.

Diese drei Beispiele aus dem Erfolgskapitel des diesjährigen Schwarzbuchs veranschaulichen die Bedeutung der Arbeit des Bundes der Steuerzahler. Wenn Sie zu Weihnachten also noch ein paar Euro übrig haben, werden Sie doch Mitglied beim Bund der Steuerzahler. Dann können wir auch in der Zukunft Steuergeldverschwendung wirksam bekämpfen. ◆






Der Bund der Steuerzahler (BdSt), dessen Präsident unser Autor Reiner Holznagel ist, ermittelt die Verschwendung von Steuergeldern, verteidigt die Rechte der Steuerzahler und setzt sich für den Abbau der Staatsverschuldung ein. Alljährlich veröffentlicht er ein Schwarzbuch zur öffentlichen Verschwendung. Die Ausgabe 2015 erschien am 30. September 2015. Mehr dazu unter www.schwarzbuch.de und über die Arbeit des BdSt im Allgemeinen unter www.steuerzahler.de.



PRIVAT

**Prof. Dr. Dietrich Murswiek** ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Er ist Prozessvertreter von Peter Gauweiler in den Verfahren gegen die Staatsanleihenkaufprogramme der EZB vor dem Bundesverfassungsgericht. Für den HAUPTSTADTBRIEF erläutert er Kernpunkte der neuesten Klage Gauweilers.

# QE-Staatsanleihenkäufe – noch eine Kompetenzüberschreitung der EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft Staatsanleihen für weit über tausend Milliarden Euro. Das ist rechtswidrig | Von Dietrich Murswiek

Seit März 2015 läuft das Staatsanleihenkaufprogramm der EZB. Mit gigantischen Summen kauft die Europäische Zentralbank Staatsanleihen der Eurostaaten – jeden Monat für rund 60 Milliarden Euro. Am 3. Dezember 2015 hat die EZB beschlossen, das Ankaufprogramm, das ursprünglich mindestens bis September 2016 laufen sollte, bis mindestens März 2017 zu verlängern. Notfalls könne das Programm auch danach noch weiterlaufen, verkündete EZB-Präsident Mario Draghi.

Zweck des Programms ist nach den Bekundungen der EZB die „geldpolitische Lockerung“ (Quantitative Easing – QE). Damit will die EZB die Inflation anfeuern, um ihrem Inflationsziel von 2 Prozent näher zu kommen. Nach Ansicht der Kritiker dient dieses Programm jedoch in erster Linie dazu, die Finanzierungsbedingungen der Eurostaaten zu verbessern. Vor allem auf Kosten der Sparer und der Alterssicherungssysteme wird es den überschuldeten Eurostaaten ermöglicht, weiterhin bequem auf Pump zu leben.

Was immer man ökonomisch von den Staatsanleihenkäufen der EZB halten mag – sie sind jedenfalls rechtswidrig. Es ist üblich geworden, dass EU-Organe und Regierungen rechtliche Regeln einfach außer Acht lassen, wenn sie ihnen

## Die Sache mit dem QE

In dem Kürzel QE – Quantitative Easing, „geldpolitische Lockerung“ – bündeln sich mehrere EZB-Programme: Am 22. Januar 2015 hat der EZB-Rat ein „Erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten“ („Expanded Asset Purchase Programme“ – EAPP) angekündigt. Dieses besteht aus den schon seit Herbst 2014 laufenden Programmen zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen und zum Ankauf von Asset Backed Securities (ABS) sowie dem neu hinzukommenden Staatsanleihenkaufprogramm (Secondary Markets Public Sector Asset Purchase Programme – PSPP), das den weitaus größten Teil des Gesamtvolumens (im Dezember 2015 auf 1,5 Billionen Euro erhöht) ausmacht.

Die Staatsanleihenkäufe werden überwiegend von den nationalen Zentralbanken durchgeführt, die nach einem bestimmten Schlüssel Anleihen ihres eigenen Staates kaufen. Das Ausfallrisiko liegt gemäß dem Programm zu 80 Prozent bei den nationalen Zentralbanken, für 20 Prozent gilt Gemeinschaftshaftung. Zum ABS-Ankaufprogramm siehe HAUPTSTADTBRIEF 127, S. 22-26.

politisch nicht passen. Die Öffentlichkeit nimmt dies mit einem Gleichmut hin, der zu größten Sorgen Anlass gibt. Denn die Beachtung des Rechts ist kein Selbstzweck und kein leerer Formalismus. Das gilt auch für die Währungsunion. Die rechtlichen Regeln für Haushaltsdisziplin, das Verbot der monetären Staatsfinanzierung und die Kompetenzgrenzen der EZB dienen dazu, einerseits die Währungsunion als Stabilitätsunion und nicht als Weichgeldunion zu organisieren, andererseits die Bedingungen zu sichern, unter denen die demokratische Legitimation der Europäischen Union und der Eurostaaten gewahrt bleibt. Beides gerät durch das QE-Staatsanleihenkaufprogramm in Gefahr.

Schon mit ihren speziell für die Krisenstaaten aufgelegten Staatsanleihenkaufprogrammen hatte die EZB ihr Mandat überschritten, weil Euro-Rettungspolitik Wirtschafts- und nicht Geldpolitik ist, wie das Bundesverfassungsgericht zutreffend festgestellt hat (HAUPTSTADTBRIEF 120, S. 26-29). Der Europäische Gerichtshof (EuGH), der sich als politischer Akteur versteht und praktisch immer zugunsten der EU-Zentrale entscheidet, hat dies anders gesehen (HAUPTSTADTBRIEF 130, S. 15-17); die Reaktion des Bundesverfassungsgerichts hierauf ist erst im nächsten Frühjahr zu erwarten. Nun überdehnt die EZB mit dem QE-Programm ihr Mandat noch weiter.

> *„Was immer man ökonomisch von den Staatsanleihenkäufen der EZB halten mag – sie sind jedenfalls rechtswidrig."*

Immerhin verfolgt die EZB mit diesem Programm wenigstens vordergründig ein geldpolitisches Ziel, nämlich die Anhebung des Preisniveaus. Allerdings kann von einer Gefährdung der Preisstabilität, die ein so drastisches Ankaufprogramm rechtfertigen könnte, überhaupt keine Rede sein. Wir haben im Jahresverlauf 2015 ein stabiles Preisniveau, also genau das, was wir uns immer gewünscht haben. Dass der Inflationsindex kurzfristig leicht unter null Prozent absinkt, begründet keine ernstzunehmende Deflationsgefahr. Dass die Inflationsrate in letzter Zeit auf null Prozent und etwas weniger gesunken ist, liegt zum einen an den sehr stark gesunkenen Erdölpreisen, zum anderen an den Preissenkungen in den Krisenländern.

Beides sind erfreuliche Entwicklungen: Das billige Öl wirkt wie ein kostenloses Konjunkturprogramm. Und die Krisenländer waren gerade auch deshalb in der Krise, weil sie in den Jahren nach der Euro-Einführung zu teuer geworden sind und deshalb an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Die Restrukturierungsprogramme, denen sie sich im Rahmen der „Euro-Rettung" unterworfen haben, hatten Kosteneinsparungen und Preissenkungen zur Folge, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöht haben.

Die Absenkung des Preisniveaus in diesen Ländern ist keine geldpolitisch schädliche Deflation, sondern sie ist ein notwendiges und angestrebtes Ziel der Rettungspolitik. Die Inflationsrate in den Nichtkrisenländern ist zwar mäßig, aber keineswegs deflationär. Es ist unverständlich, dass die EZB diesen wirtschaftspolitisch erwünschten Entwicklungen mit einem massiven Interventionsprogramm entgegenwirken will.

Abgesehen hiervon hat die EZB ihr Inflationsziel eigenmächtig auf 2 Prozent festgesetzt. Durch den Vertrag von Maastricht (jetzt AEUV – Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ist ihr als Ziel aber „Preisstabilität", also null Prozent, vorgegeben. Sie darf im Rahmen ihres Mandats zwar Inflation bis zu 2 Prozent dulden, nicht jedoch aktiv ansteuern.

Im Übrigen sind Staatsanleihenkäufe zur massiven Ausweitung der Geldmenge – die EZB will im Rahmen des laufenden Programms die Zentralbankgeldmenge um ein Drittel vergrößern – vom Mandat der EZB nicht gedeckt. Die EZB darf im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik zwar auch Staatsanleihen kaufen und verkaufen. Solche




PICTURE ALLIANCE/ULRICH BAUMGARTEN

**Am 3. Dezember 2015 verkündete die Europäische Zentralbank (im Bild EZB-Präsident Mario Draghi), das Ankaufprogramm für Staatsanleihen der Eurostaaten bis mindestens März 2017 zu verlängern – notfalls darüber hinaus. Damit will die EZB die Inflation anfeuern, um ihrem Inflationsziel von 2 Prozent näher zu kommen. Dieses Inflationsziel hat die EZB aber eigenmächtig festgesetzt. Gemäß EU-Verträgen ist ihr „Preisstabilität“ vorgegeben, also null Prozent.**

Käufe dienten traditionell nur der Zinsglättung, keinesfalls aber der langfristigen Übernahme der Gläubigerposition durch die Zentralbank.

Legt man die EZB-Satzung in ihrem historischen Kontext aus, dann ist klar, dass die Mitgliedstaaten gar nicht daran dachten, die EZB zu Ankaufprogrammen zu ermächtigen, durch welche sie Gläubiger der Eurostaaten wird und damit ihre Unabhängigkeit gefährdet. Denn mit den Staatsanleihenkäufen übernimmt sie gigantische Ausfallrisiken. Wenn künftig zur Vermeidung von Inflation die Erhöhung der Leitzinsen nötig wird, steht die EZB vor dem Problem, dass die Zinserhöhung zur Zahlungsunfähigkeit einzelner Eurostaaten führen könnte, die der EZB viel Geld schulden. Der EZB drohen dann große Verluste, wenn sie das geldpolitisch Richtige tut. Mit dem Ankaufprogramm setzt sie für sich selbst Anreize, im Problemfall das Falsche zu tun.

Vor allem verstößt die EZB mit ihrem QE-Staatsanleihenkaufprogramm gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Artikel 123 Absatz 1 AEUV verbietet seinem Wortlaut nach zwar nur Staatsanleihenkäufe am Primärmarkt. Die EZB darf also nicht direkt den Staaten ihre Anleihen abkaufen, während Käufe bei den Banken oder an den Börsen nicht prinzipiell ausgeschlossen sind. Doch durch solche Käufe an den Sekundärmärkten darf das Verbot nicht umgangen werden.

Eine verbotene Umgehung liegt vor, wenn Sekundärmarktkäufe Käufen am Primärmarkt „funktional äquivalent“ sind, wenn sie also – bezogen auf den Zweck des Verbots – eine ökonomisch gleiche Wirkung haben. Und genau das trifft hier zu: Die EZB senkt mit ihren QE-Staatsanleihenkäufen massiv die Renditen der Staatsanleihen und damit das Zinsniveau für Neuemissionen. Die EZB erleichtert auf diese Weise den Eurostaaten das Schuldenmachen ganz erheblich.

Finanziert werden die Käufe von der EZB durch frisch gedrucktes Geld. Das ist monetäre Staatsfinanzierung, deren Verbot gerade den Zweck hat, dass die Staaten sich nur zu Marktkonditionen verschulden können – und so zur Haushaltsdisziplin angehalten werden – und nicht zu Zinssätzen, die weit unter den Marktpreis gedrückt worden sind. Das QE-Programm führt dazu, dass die Eurostaaten sich praktisch zum Nulltarif verschulden können. Es erzeugt den falschen Anreiz, Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu unterlassen und stattdessen die Staatsverschuldung auszuweiten.

> *„Die EZB hat ihr Inflationsziel eigenmächtig auf 2 Prozent festgesetzt. Ihr ist aber ‚Preisstabilität‘ vorgegeben, also null Prozent.“*

Seine Ansicht, das ältere OMT-Programm verstoße nicht gegen das Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung, hatte der EuGH auch damit begründet, dass die EZB ihre Staatsanleihenkäufe und deren Volumen nicht vorher öffentlich ankündige, sodass die Marktteilnehmer sich nicht darauf einstellen könnten. Dies aber ist beim QE-Programm anders. Hier hat die EZB Umfang und Zeitplan der Anleihenkäufe im Voraus offiziell angekündigt. Daher müsste auch der EuGH dieses Programm jetzt als Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung beurteilen.

In der öffentlichen Debatte wird oft darauf hingewiesen, dass auch die Zentralbanken der USA, Großbritanniens und Japans umfangreiche QE-Staatsanleihenkaufprogramme durchgeführt hätten. Deshalb geht man wie selbstverständlich davon aus, dass auch die EZB zu einem solchen Programm befugt sei. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, dass schon die Kompetenzgrundlagen der nationalen Zentralbanken dieser Staaten mit denen der supranationalen EZB nicht vergleichbar sind und dass die EZB in einem ganz anderen rechtlichen Rahmen arbeitet.

Vor allem gilt – was in der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wird – für keine der großen Zentralbanken außerhalb der Europäischen Währungsunion ein Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung. Für die Zentralbank einer Währungsunion im Unterschied zu nationalen Zentralbanken ist dieses Verbot von großer Bedeutung im Hinblick auf die demokratische Legitimation der öffentlichen Gewalt. Denn anders als im Rahmen von Staaten mit eigener Währung führt die monetäre Staatsfinanzierung in einer Währungsunion zur Umverteilung von Haushaltsrisiken zwischen den Mitgliedstaaten.

Ferner steht die Zentralbank eines Staates unter der Kontrolle des jeweiligen nationalen Parlaments, das jederzeit korrigierend eingreifen kann, wenn es die Politik der Zentralbank nicht mittragen will. Das ist in der Europäischen Währungsunion nicht möglich, zumal die Unabhängigkeit der EZB auf Verfassungsebene garantiert ist. Die fehlende demokratische Legitimation der EZB bedarf der Kompensation durch strikte Bindung an ihr eng zu verstehendes Mandat und durch uneingeschränkte Beachtung des Verbots der monetären Staatsfinanzierung. ◆



Die Gutachten, Vorträge und Veröffentlichungen zur Eurokrise und die Schriftsätze unseres Autors Prof. Dietrich Murswiek zu den Prozessen gegen die EZB finden Sie auf seiner Website: www.dietrich-murswiek.de




Berlin Partner | Ludwig Erhard Haus | Fasanenstraße 85 | 10623 Berlin | Tel +49 30 46302-500
netzwerk@berlin-partner.de | www.berlin-partner.de | Die Abbildung stellt die Berlin-Partnerschaften zum 1. November 2015 dar.


LUDWIG VON MISES INSTITUTE

**Prof. Dr. Philipp Bagus** lehrt Volkswirtschaft an der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid. Der Geld- und Konjunkturtheoretiker legte 2011, nach einem Jahr Eurokrise, seine grundlegende Studie *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* vor. Für den HAUPTSTADTBRIEF analysiert er die Wirtschaftspolitik in Spanien und beantwortet die Frage, ob die dortigen Wahlen am 20. Dezember 2015 den Euro erneut in Turbulenzen stürzen könnten.

# Jetzt stimmen die Spanier ab – auch über den Euro

## Am 20. Dezember ist Wahltag in Spanien. Dann könnte es kommen wie in Griechenland und die Eurokrise würde wieder aufleben | Von Philipp Bagus

Nach den Regierungswechseln in Griechenland und Portugal stehen am 20. Dezember 2015 Wahlen in Spanien an. Wird es auch dort einen Linksruck geben? Es gibt durchaus Parallelen. Die Krise traf alle drei Länder hart. Konservative Regierungen verfolgten einen Stabilisierungskurs. Mit Podemos (auf Deutsch „Wir können") existiert in Spanien sogar eine Schwesterpartei der griechischen Syriza (ein Kürzel für „Koalition der Radikalen Linken"). Podemos-Chef Pablo Iglesias unterstützte Syriza-Chef Alexis Tsipras im griechischen Wahlkampf. Und als Tsipras mit seinem Konfrontationskurs im Sommer 2015 für Aufruhr in der Eurozone sorgte, war es vor allem die spanische Regierung, die sich den griechischen Forderungen nach einem Schuldenschnitt und einer Umkehr der Reformpolitik kompromisslos entgegenstellte. Denn hätte Syriza Erfolg gehabt, hätte Podemos, das die gleichen Forderungen stellt, einen enormen Auftrieb erhalten.

> *„Gab es überhaupt staatliche Sparsamkeit in Spanien? Das ist ein Ammenmärchen. Vielmehr kam es zu expansiver Ausgabenpolitik."*

Wie Syriza fordert auch Podemos eine Abkehr von der Austeritätspolitik. Aber gab es überhaupt staatliche Sparsamkeit in Spanien? Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. In jedem Jahr von 2008 bis 2014 gab der spanische Staat mehr aus, als er mit Steuern einnahm. Insgesamt werden bis Ende des Jahres 2015 weit über 600 Milliarden Euro zusätzliche Schulden angelaufen sein. Das sind gute 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch die Staatsausgaben wurden nicht wirklich gesenkt. Einsparungen bei öffentlicher Gesundheit und Bildung wurden durch höhere Ausgaben beim Schuldendienst und bei der Arbeitslosenhilfe kompensiert.

Anstatt die Ausgaben konsequent zurückzufahren, wurden seit 2008 die Steuern drastisch erhöht. Derzeit hofft die spanische Regierung, dass sich das Staatsdefizit durch den stetigen Abbau der Arbeitslosigkeit sozusagen von selbst eliminiert. Aktive Unterstützung von der Ausgabenseite kommt seit 2012, seit Mario Draghis legendärem „Whatever it takes", keine mehr. Und so gab im Endeffekt der spanische Staat 2014 sogar knappe 10 Prozent mehr aus als 2007, dem letzten Vorkrisenjahr.

Dass eine Sparpolitik stattgefunden hätte, ist also ein Ammenmärchen. Vielmehr kam es zu einer expansiven Ausgabenpolitik. Diese ist einigen aber nicht expansiv genug. Die Politiker von Podemos, die in dem sozialistischen Volkswirt und Bestsellerautor Thomas Piketty („Das



PICTURE ALLIANCE/DPA/MICHAEL KAPPELER

**Ein Herz und eine Seele: Mit Podemos (auf Deutsch „Wir können“) existiert in Spanien eine Schwesterpartei der griechischen Syriza (ein Kürzel für „Koalition der Radikalen Linken“). Im Bild, aufgenommen im Januar 2015 in Athen, Podemos-Chef Pablo Iglesias (rechts) beim gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit Syriza-Chef Alexis Tsipras.**

Kapital im 21. Jahrhundert“) einen prominenten Berater aus Frankreich gefunden haben, wollen genau genommen kein Ende der Austerität. Denn die gab es nicht. Sie wollen die Ausgaben noch stärker erhöhen und die moderaten Kürzungen in einzelnen Bereichen rückgängig machen.

Die Podemos-Ökonomen berufen sich dabei auf Pikettys keynesianisches Gedankengut. Sie betrachten die Ankurbelung der „aggregierten Nachfrage“, gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach inländischen Gütern, als den Weg aus der Krise. Nur ist das Problem in Spanien und anderswo nicht die Nachfrage. Die Menschen fragen immer Güter nach. Manchmal verfügen sie jedoch nicht über die nötige Kaufkraft, um die gewünschten Güter zu kaufen, da sie selbst Güter am Markt vorbei produzieren, mit denen sie dann auch kein Geld verdienen. Wie der französische Ökonom Jean-Baptiste Say bereits Anfang des 19. Jahrhunderts darlegte, produzieren Menschen Güter, um andere Güter nachzufragen. Der Bauer produziert Tomaten, um damit Schuhe, Autos oder Immobilien nachzufragen. Und der Schuster produziert Schuhe, um damit Tomaten, Autos oder Immobilien nachzufragen. Ein allgemeines Überangebot an allen Gütern ist mithin nicht möglich.

Möglich ist jedoch eine Verzerrung der Angebotsstruktur, beispielsweise durch geldpolitische Fehlanreize. Dann möchte der Tomatenbauer nicht die angebotenen Schuhe, Autos oder Immobilien, sondern andere Güter nachfragen. Und dem Schuster fehlt dann die Kaufkraft, um Tomaten zu kaufen. Das Problem ist mithin nicht die aggregierte Nachfrage, sondern die Zusammensetzung des Angebots. Die Struktur des Angebots stimmt nicht mit der Struktur der Nachfrage überein. In Spanien drückte sich das 2007 dahingehend aus, dass 800 000 neue Wohnungen an den Markt kamen, für die es aber keine (kaufkräftige) Nachfrage gab.

Die Anpassung der Produktion an die Nachfrage ist mühsam und langwierig. Eine flexible Wirtschaft kann die Anpassung beschleunigen. Fehlinvestitionen müssen berichtigt und neue Investitionen an ihre Stelle treten. Austerität, also Sparsamkeit des Staates, kann diesen Prozess unterstützen. Gibt der Staat weniger aus, muss er keine Steuern erhöhen und entzieht dem Privatsektor weniger Ressourcen. Damit wird der Umbau der Produktionsstruktur erleichtert. Wenig ist geholfen, wenn der Staat die aggregierte Nachfrage stützt und damit eine überkommene Angebotsstruktur subventioniert, indem er beispielsweise die 800 000 Wohneinheiten aufkauft. Die Politikempfehlungen von Podemos und Syriza sind also ökonomischer Unfug.

Trotz der ideologischen Ähnlichkeit ist Podemos mit Syriza in einer Hinsicht nicht zu vergleichen: Beim politischen Erfolg. In Umfragen ist Podemos von über 20 Prozent im Frühjahr auf etwa 14 Prozent abgesackt. Dafür gibt es drei Gründe.

**Erstens** scheiterte Syrizas Strategie in Griechenland kläglich. Die Bilder von griechischen Bankkunden, die kein Geld mehr aus den Automaten bekamen, schrecken ab.

**Zweitens** wächst die spanische Wirtschaft im Jahr 2015 um 3 Prozent und Unternehmer schaffen 600 000 neue Jobs. Um den Aufschwung auszukosten, hat Ministerpräsident Mariano Rajoy den Wahltermin so weit wie möglich hinausgezögert. Ein weiterer Grund für den Termin ungewöhnlich kurz vor Weihnachten könnte sein, dass die Regierung den Staatsbediensteten kurz vor dem Wahltermin 25 Prozent des 2012 gestrichenen Weihnachtsgeldes nachzahlt. So soll anscheinend die eine oder andere zusätzliche Stimme der drei Millionen Staatsbediensteten erworben werden.

**Drittens** ist die Korruption in der öffentlichen Wahrnehmung fast noch bedeutender als die Wirtschaftskrise. Da kommt es für Podemos unpassend, dass die ersten eigenen Skandale ans Tageslicht kommen, darunter das Bekanntwerden finanzieller Unterstützung durch die Regierung Venezuelas. Zudem hat sich mit der bürgerlichen Mittepartei Ciudadanos eine weitere Option etabliert, sodass gemäßigte Wähler der sozialistischen PSOE und der konservativen PP einen Denkzettel verpassen können, ohne die populistische Podemos wählen zu müssen.

**Ein Euro in den Farben Spaniens: Wenn am 20. Dezember 2015 in dem Land gewählt wird, steht auch der Euro zur Abstimmung, indirekt. Denn die konservative Regierung verfolgte einen Stabilisierungskurs, der wenig Wachstum und viel Unzufriedenheit brachte. Nach den Regierungswechseln in Griechenland und Portugal könnte es bei den Wahlen in Spanien ebenfalls einen Linksruck geben. Dann würde sich im Großen wiederholen, was die Eurozone aus Griechenland schon kennt.**

FOTOLIA/LUZITANIJA

## Austerität sähe anders aus

### Austerität wäre Sparsamkeit des Staates: weniger ausgeben als einnehmen

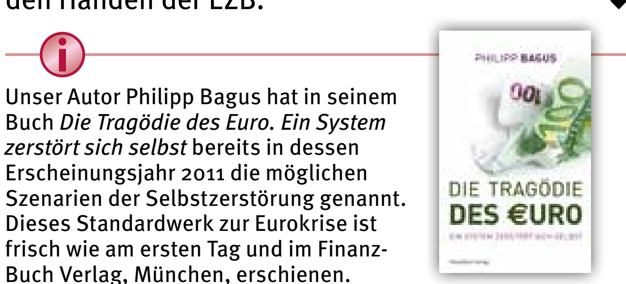
| Jahr | Staatseinnahmen | Staatsausgaben | Gesamtschulden |
|---|---|---|---|
| 2008 | 403 | 459 | 439 |
| 2009 | 364 | 493 | 568 |
| 2010 | 412 | 493 | 649 |
| 2011 | 395 | 489 | 743 |
| 2012 | 352 | 499 | 890 |
| 2013 | 388 | 464 | 966 |
| 2014 | 394 | 461 | 1033 |

Quelle: datosmacro | Infografik MZ © DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

**Wie man es auch dreht und wendet: Der spanische Staat gibt Jahr für Jahr mehr aus, als er einnimmt – und die Staatsschulden wachsen und wachsen. Der Vorwurf der spanischen Linkspopulisten und ihrer Anhänger in Griechenland und ebenso in Deutschland, der Staat würde sich kaputtsparen, entbehrt jeder Grundlage. Austerität ist Sparsamkeit: Wer heute weniger ausgibt, als er einnimmt, kann sich morgen etwas leisten.**

In den Umfragen liegt Ciudadanos (zu Deutsch „Staatsbürger“) hinter PP (Volkspartei) fast gleich auf mit PSOE (Sozialdemokraten) auf dem zweiten Rang. Letztlich könnte es zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen einem Linksbündnis von PSOE-Podemos-IU (Izquierda Unida = Vereinigte Linke) und den Mitte-Rechts-Parteien PP und Ciudadanos kommen. Gewinnen die Linken, könnten Reformen zurückgedreht, die Staatsfinanzen strapaziert und damit andere Regierungen in Europa vom Reformkurs abgebracht werden. Der Euro könnte erneut destabilisiert werden.

Wie weit die neue Regierung letztlich geht, hängt auch von der Europäischen Zentralbank (EZB) ab. Mit einer Abkehr von der Nullzins- und What-Ever-It-Takes-Politik könnte sie die spanische Fiskalpolitik an die Ketten legen. Sie könnte bei einer Reformumkehr durch das Einschränken der Liquidität für spanische Banken oder den Verkauf von spanischen Anleihen die Regierung disziplinieren. So liegt die Zukunft des Euro vor allem in den Händen der EZB. ◆




Unser Autor Philipp Bagus hat in seinem Buch *Die Tragödie des Euro. Ein System zerstört sich selbst* bereits in dessen Erscheinungsjahr 2011 die möglichen Szenarien der Selbstzerstörung genannt. Dieses Standardwerk zur Eurokrise ist frisch wie am ersten Tag und im Finanz-Buch Verlag, München, erschienen. 205 Seiten, gebunden 17,99 Euro, Kindle Edition 13,99 Euro.



PRIVAT

**Dr. Wolfgang Glomb** ist Mitglied des Kuratoriums des liberalen Thinktanks Institut Thomas More in Paris. Er war Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen und der seinerzeit zuständige Fachbeamte für die Konzeption und Einführung des Euros. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt und belegt er die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs, die auch die von Frankreich forcierte Beteiligung Deutschlands an der Euroschulden-Vergemeinschaftung nicht stoppen kann.

# Frankreich – Dominostein der Eurozone

Die Terroranschläge in Paris dürfen kein Vorwand sein, nun erst recht der französischen Defizitpolitik freien Lauf zu lassen | Von Wolfgang Glomb

Die Terroranschläge in Paris vom „schwarzen" Freitag, dem 13. November 2015, haben eine Welle der Solidarisierung mit Frankreich ausgelöst. Die Kanzlerin bot der französischen Regierung jedwede Unterstützung an, Deutschland wird sich mit einer Militäraktion am Krieg gegen den Islamischen Staat beteiligen. Völlig ausgeblendet bleiben jedoch die europa- und finanzpolitischen Kollateralschäden des Kampfes gegen den islamistischen Terror.

Die wirtschaftliche Erosion von Binnenmarkt und Eurozone ist bereits jetzt konkret greifbar. In der Eurozone haben sich in den letzten Jahren massive außenwirtschaftliche Ungleichgewichte aufgetürmt – besonders in Frankreich und Deutschland, den beiden Pfeilern der europäischen Währungsunion. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss erreicht fast 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während umgekehrt in Frankreich das Defizit in der Leistungsbilanz laut jüngster Prognose der Kommission auf 2,2 Prozent ansteigen wird.

Die Ursachen für die Fehlentwicklung in Frankreich sind bekannt: mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, verkrustete Arbeitsmärkte und überbordende Staatsverschuldung. Während in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Löhne im verarbeitenden Gewerbe in den letzten 20 Jahren durchschnittlich so stark wie die Produktivität gestiegen sind, die sogenannten Lohnstückkosten also konstant blieben, sind in Frankreich die Lohnkosten stärker gestiegen als die Produktivität, die Lohnstückkosten also gestiegen.

Deutschland hat damit entgegen anderslautender Behauptungen in In- und Ausland eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik betrieben. Dementsprechend hat die deutsche Industrie ihren Anteil am BIP bei 22 Prozent konstant gehalten, während in Frankreich der Industrieanteil am BIP auf 11 Prozent gesunken ist. Die EU liegt bei 15 Prozent im Durchschnitt. Frankreich ist kein Industrieland mehr. Auch die Ursachen für das schwache Produktivitätswachstum sind bekannt: Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, flächendeckender Mindestlohn und mangelnde Flexibilität der Arbeitsmärkte.

> *„Das Wort von Frankreich als dem ‚kranken Mann' Europas und dem Dominostein der Eurozone macht in Frankreich die Runde."*

Ebenso ist die Finanzpolitik für die wirtschaftliche Schwäche Frankreichs verantwortlich. Die Staatsausgaben absorbieren 58 Prozent des BIP, die gesamten Staatseinnahmen liegen bei 54 Prozent mit einer Steuerquote an der Spitze aller Euroländer. Die Rückführung des Haushaltsdefizits


IMAGO/PANORAMIC

**Die toten Bürger waren noch nicht identifiziert, da wurden sie schon instrumentalisiert: Am 17. November 2015, nur vier Tage nach den Pariser Attentaten, ließ Frankreichs Ministerpräsident Manuel Valls (im Bild während der Sitzung der Nationalversammlung am 17. November) die politischen Entscheidungsträger der Eurozone wissen, dass angesichts des Terrors und der Kosten seiner Bekämpfung keine Rede mehr davon sein könne, dass Frankreich sein Staatsdefizit eindämmen und die Schuldenobergrenze des Fiskalpakts einhalten werde.**

von 3,8 Prozent des BIP auf den Höchstwert von 3 Prozent wurde Jahr um Jahr verschoben, derzeit auf 2017. In dem Jahr der Präsidentschaftswahl sollen die Ausgaben gekürzt und die Steuern erhöht werden! Wer glaubt das denn? Jetzt, da der Front National aus den Regionalwahlen am 6. Dezember 2015 als stärkste Partei hervorging und den Franzosen Milch und Honig verspricht.

Zudem weist Frankreich den höchsten Negativsaldo in der sogenannten Primärbilanz auf, d.h. bei der Betrachtung der Haushaltausgaben ohne Zinszahlungen. Laufende Ausgaben und nicht nur Zinsen müssen durch erneute Verschuldung finanziert werden. Die Staatsverschuldung steuert in Frankreich auf 100 Prozent des BIP zu (in Deutschland auf 65 Prozent) mit steigender Tendenz, während sie in den überschuldeten Euroländern und Italien rückläufig ist. Das Wort von Frankreich als dem „kranken Mann“ Europas und dem Dominostein der Eurozone macht in Frankreich die Runde. Die in der Eurozone aufgestauten Ungleichgewichte und Gegenläufigkeiten werden sich früher oder später eruptiv entladen. Das politische Dogma der Kohärenz der Eurozone steht auf einem sehr dünnen Eis.

Eine strikte Stabilitäts- und Reformpolitik ist in Frankreich nicht erkennbar. Selbst die sogenannten Peripherieländer ziehen inzwischen an Frankreich vorbei. Statt mit einer überzeugenden Stabilitätspolitik zu beginnen, flüchtet sich die reformunfähige Regierung in abenteuerliche Vorwürfe an die deutsche Adresse und in haltlose

Forderungen an die EU. Deutschland betreibe eine Beggar-thy-Neighbour-Politik: Es erwirtschafte seinen Wohlstand auf Kosten seiner Nachbarn – durch seinen beständigen Außenhandelsüberschuss und durch Lohndumping. Die schon genannten Zahlen stützen diese Anschuldigungen, Deutschland versuche, „den Nachbarn auszuplündern", nicht.

Unter dem Deckmantel der institutionellen Weiterentwicklung der Eurozone verlangt der französische Finanzminister eine Fiskalunion, eine europäische Arbeitslosenversicherung und letztlich eine Transferunion. Das heißt im Klartext: Der deutsche Arbeitnehmer und Steuerzahler soll die französischen Defizite finanzieren. In die gleiche Richtung geht der jüngste und von Frankreich vehement unterstützte Vorschlag von Kommissionspräsident Juncker für eine europäische Einlagensicherung. Letztlich sollen die Kunden deutscher Kreditinstitute für die Einlagen bei maroden Banken in Frankreich und den anderen Euroländern haften.

*„Der deutsche Arbeitnehmer und Steuerzahler soll letztlich die französischen Defizite finanzieren."*

Diese Vorschläge und Forderungen stehen in krassem Gegensatz zu deutschen Grundvorstellungen zur Wirtschafts- und Währungsunion. Das Grundprinzip von Gemeinschaftshaftung und Gemeinschaftskontrolle stößt in Frankreich auf Ablehnung und taube Ohren. Die nationalen Risiken sollen vergemeinschaftet werden, ohne dass der Gemeinschaft entsprechende Kontrollrechte übertragen werden.

Frankreich wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jede weitere Einschränkung seiner nationalen Souveränität. Bei der Ratifizierung des „gehärteten" Stabilitätspaktes erklärte der französische Regierungschef im Januar 2013 in der Nationalversammlung, für Frankreich werde sich dadurch nichts ändern. So kam es denn auch. Der Europäische Fiskalpakt, die „EU-Schuldenbremse", ist inzwischen zu einem zahnlosen Tiger verkommen. Man kann davon ausgehen, dass 2016 auch die französische Forderung erfüllt werden wird, die erhöhten Ausgaben zur Bekämpfung des islamistischen Terrors nicht auf die Haushaltsdefizite anzurechnen.

Die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Berlin gefährden schließlich auch einen Grundstein deutscher Außenpolitik, das politische Dogma der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit. Dabei wird völlig übersehen, dass sich der Graben zwischen beiden Ländern in zentralen wirtschafts- und finanzpolitischen Auffassungen in den letzten Jahren eher noch vertieft hat. Das deutsch-französische Tandem ist zum Stehen gekommen.

Frankreich nähert sich stattdessen zunehmend den Vorstellungen der mediterranen Schuldnerstaaten an, wie sich im Sommer 2015 bei den chaotischen Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket für Griechenland gezeigt hat. Auf Ebene der Finanzminister der Eurozone hatten sich neben Zypern nur die Vertreter Frankreichs und Italiens für einen erneuten Solidaritätsakt zugunsten des bankrotten hellenischen Staates ausgesprochen. Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone beschlossen dann allerdings einstimmig das neue Hilfsprogramm. Der deutsche Finanzminister wurde von der Bundeskanzlerin überstimmt. Auch das Dogma der unumkehrbaren deutsch-französischen Zusammenarbeit hängt an einem seidenen Faden.

So unbequem manchen Politikern nicht nur in Deutschland die Erkenntnis sein mag, dass kein politischer Wille über dem ökonomischen Gesetz steht, so gilt ohne Einschränkung weiterhin, was vor 100 Jahren der österreichische Nationalökonom Eugen von Böhm-Bawerk feststellte: „Macht allein kann sich eine Zeit lang durchsetzen, letztlich wird sich aber das ökonomische Gesetz durchsetzen." Diese Erkenntnis gilt gerade auch heute – für Frankreich und für das Gelingen oder Scheitern der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. ◆


FRANK PETERS

**Stephan Kohler** ist Gesellschafter der TU Campus Euref gGmbH, einem An-Institut der TU Berlin, das auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg Masterstudiengänge zu „Stadt und Energie“ durchführt. Er war von 2000 bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum staatliche Planung und Lenkung dazu geeignet sind, der deutschen Energiewirtschaft ein DDR-Schicksal zu bereiten.

# Mit noch mehr Staat gibt es gar keine Klimawende

Stattdessen benötigen wir passende Rahmenbedingungen für eine innovative Energiedienstleistungswirtschaft, die eine effiziente Systemoptimierung durchführt | Von Stephan Kohler

Welches Ergebnis die 21. UN-Klimakonferenz in Paris vom 30. November bis 11. Dezember, auf der eine neue Klimaschutzvereinbarung in Nachfolge des Kyoto-Protokolls aus dem Jahr 1997 auf der Tagesordnung steht, letztlich haben wird, lässt sich bei Redaktionsschluss noch nicht sagen. Es steht indessen zu hoffen, dass sie ihr gesetztes Ziel erreicht, nämlich die Festlegung eines weltweiten CO2-Reduzierungspfades, der die Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf einen Zuwachs von 2 Grad Celsius beschränkt.

Aber auch wenn dem so ist, wird es nicht genug sein. Die Klimakonferenz ist alljährlich für viele Regierungen, Politiker und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die maßgebliche Veranstaltung, um höchstmögliche Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz zu erreichen – nicht zuletzt auch, um sich selbst darzustellen und für die eigene Klientel Lobbyarbeit zu leisten. Deutschland präsentiert sich dabei als Musterschüler – kein anderes Land hat schließlich so hohe CO2-Reduktionsziele und eine so radikale Energiewende beschlossen wie die Bundesrepublik.

> *„Deutschland täte besser daran, sich was den Klimaschutz angeht weniger in der Rolle des Besserwissers zu gefallen.“*

Der Zeitpunkt bietet sich also – unabhängig davon, was in Paris tatsächlich herauskam – für eine Bestandsaufnahme darüber, wo wir bei der Umsetzung der Energiewende als dem zentralen Vorhaben zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung tatsächlich stehen. Denn – kaum nötig, darauf hinzuweisen – nur wenn sich die Erreichung dieser Ziele auch tatsächlich nachweisen lässt, können und sollten wir uns der Welt als nachahmenswertes Vorbild präsentieren. Um das Ergebnis dieser Bestandsanalyse gleich vorweg zu nennen: Wir sollten in Paris nicht auftrumpfen. Wir sollten im Gegenteil sehr bescheiden auftreten; denn die Fakten sind ernüchternd.

Zur Überprüfung der erreichten Fortschritte bei der Umsetzung der Energiewende werden von der Bundesregierung jährliche Monitoring-Berichte vorgelegt, die dann nochmals von einer Expertenkommission bewertet und kommentiert werden. Rechtzeitig zum Klimagipfel wurde dieser Expertenkommission am 5. November 2015 der Entwurf des vierten Monitoring-Berichts vorgelegt. Das Urteil und die Ergebnisse dieser hochdekorierten Expertenkommission sind spannend. Sie stimmen sehr



In Sachen Klimawandel ist $CO_2$ der zentrale Faktor. Gelingt es, den weltweiten Ausstoß von Kohlendioxid zu reduzieren, wird sich die Erderwärmung verlangsamen. Zentrale Großveranstaltungen wie die UN-Klimakonferenz erbringen allerdings mehr hehre Worte als greifbare Ergebnisse – eine sinnvollere Strategie könnte in der dezentralen Förderung wirkungsvoller Technologien zur Energieeffizienz liegen.

FOTOLIA/FRENTA

nachdenklich, und sie legen den Schluss nahe, Deutschland täte besser daran, sich – zumindest was den Klimaschutz angeht – weniger in der Rolle des Besserwissers zu gefallen.

Der zentrale Satz der Experten lautet nämlich wie folgt: „Festzustellen ist, dass das zentrale Ziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, erheblich gefährdet ist.“ Betrachtet man die Fakten, so lässt sich mit Fug und Recht sogar behaupten, dass das Ziel nicht erreicht wird. Für eine Zielerreichung müssten wir bis 2020 alljährlich die CO2-Emissionen um 27 Millionen Tonnen reduzieren – was gegenüber dem bisher Erreichten eine Verdreifachung bedeuten würde. Gleichzeitig ist der Ausstieg aus der Atomenergie zu kompensieren, weshalb der weitere Ausbau der regenerativen Stromerzeugung bis zum Jahr 2022 zu keiner zusätzlichen CO2-Reduktion beiträgt.

Dieses Ergebnis ist ernüchternd – besonders wenn man bedenkt, welche immensen Anstrengungen und wie viel Geld wir in Deutschland in die Umsetzung der Energiewende stecken und welche Systemverwerfungen wir verursachen. So müssen aufgrund des fehlenden Netzausbaus in Deutschland Windkraftwerke im Norden abgeregelt, gleichzeitig aber konventionelle Kraftwerke im Süden und im Ausland betrieben werden, um den Strommarkt zu stabilisieren. Die anfallenden Kosten für den Stromverbraucher sind ungerechtfertigt hoch, das ganze Verfahren ist inakzeptabel und hat mit der effizienten Umsetzung der Energiewende nichts zu tun. Auch die Kosten für die direkte Förderung von Solar- und Windstromerzeugung haben inzwischen eine Höhe von jährlich über 20 Milliarden Euro erreicht, zu denen noch die Kosten für den Netzausbau und die Systemkosten hinzu addiert werden müssen.

Das alles ist beklagenswert. Doch darüber zu lamentieren, reicht nicht aus. Eine derzeit verbreitete Reaktion in der Politik und bei Vertretern von NGOs ist es, immer radikalere Forderungen stellen, ihre Umsetzung aber auch immer weiter in die Zukunft zu verschieben nach dem Motto: Wenn wir die Ziele für 2020 schon nicht erreichen, dann beschließen wir eben eine vollständige dekarbonisierte Weltwirtschaft für das Jahr 2100.

Doch das ist eine grundfalsche Reaktion. Es ist im Gegenteil dringend erforderlich, dass Veranstaltungen wie die jährliche Klimakonferenz konzentriert dazu genutzt werden, die bisherige Herangehensweise zu hinterfragen und die gängigen Instrumente zum Klimaschutz auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen – kurz: auf Selbstdarstellung und utopistisches Geplänkel zu verzichten und stattdessen die Hausaufgaben zielorientiert zu erledigen.

*„Die Kosten für den Stromverbraucher sind ungerechtfertigt hoch, das derzeitige Verfahren ist als Umsetzung der Energiewende inakzeptabel."*

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit dem der Ausbau von Windkraftwerken und Photovoltaikanlagen gefördert wird, umfasst mittlerweile mehrere tausend unterschiedliche Fördertatbestände und führt dazu, dass wir den so erzeugten Strom bereits gar nicht mehr effizient nutzen können. Auf der anderen Seite sind wir in spätestens fünf Jahren darauf angewiesen, Leistung aus Kohle- und Atomkraftwerken von unseren europäischen Nachbarn zu importieren, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das kann und darf nicht sein, weshalb jetzt dringend Kurskorrekturen vorgenommen werden müssen. Wind- und Solarkraftwerke dürfen nur noch dort und in einem Umfang hinzugebaut werden, wie sie auch ins Netz und in den Markt zu integrieren sind. Um dies zu erreichen, sind weit mehr als kosmetische Korrekturen an dem heutigen EEG erforderlich – gefragt ist ein innovativer Systemansatz, der die Realisierung tatsächlich effizienter Konzepte ermöglicht und fördert, nicht das Abregeln von Windkraftwerken.

Dafür benötigen wir nicht noch mehr Staat – dafür benötigen wir passende Rahmenbedingungen für eine innovative Energiedienstleistungswirtschaft, die eine effiziente Systemoptimierung durchführt. Dafür seien exemplarisch zwei Beispiele genannt: Auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg, auf dem ich selbst tätig bin, ist heute bereits realisiert, was bei den Klimazielen der Bundesregierung noch für Utopie gelten kann – durch hocheffiziente Bürogebäude, durch eine intelligente Systemsteuerung und durch eine hocheffiziente Kraft-Wärme- und -Kältekopplung auf Basis von Biogas in einem Blockheizkraftwerk. In das System mit eingebunden ist auch das Thema Elektromobilität, das ebenfalls über Smart-Grid-Systeme optimal mit der regenerativen Stromerzeugung verknüpft wird. Reinhard Müller, der Initiator und Chef des Euref-Campus, stellt dazu nüchtern fest, dass er nichts Neues erfunden hat, sondern nur die heute auf dem Markt verfügbaren Technologien und Verfahren in Kooperation mit innovativen Unternehmen in einem System realisiert hat – ohne staatliche Zuschüsse.

Ein weiteres Beispiel ist die Firma Getec aus Magdeburg, die – als eines der größten Contracting- und Energiedienstleistungsunternehmen in Deutschland – ihr Geld mit Energieeffizienz verdient. Kernpunkt des Geschäftsmodells ist, dass beispielsweise für Industriebetriebe nach einer individuellen Analyse der Prozessabläufe und des Energieverbrauchs konkrete Vorschläge zur Effizienzsteigerung entwickelt werden. Die Getec realisiert daraufhin die vorgeschlagenen Maßnahmen und übernimmt den künftigen Betrieb der Anlagen für den Kunden. Energieeinsparungen von 30 bis 50 Prozent als Ergebnis sind keine Seltenheit.

Auf diesem Geschäftsfeld sind heute bereits zahlreiche, insbesondere kleine Unternehmen aktiv, die ihr Geld mit der Realisierung von effizienten und innovativen Systemen verdienen.

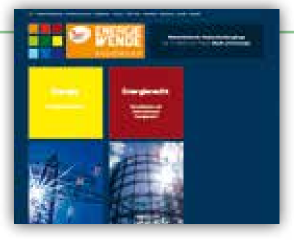
PICTURE ALLIANCE/ZB/KARLHEINZ SCHINDLER

**Der Euref-Campus ist deutschlandweit, aber nur indirekt dadurch bekannt geworden, dass in dem früheren Gasometer auf dem einstigen Gasag-Gelände in Berlin-Schöneberg bis 29. November 2015 vier Jahre lang die Talkshow von Günter Jauch stattfand. Weniger bekannt, wenngleich klimapolitisch nachhaltiger ist, dass es sich bei dem auch von der Technischen Universität Berlin genutzten Gebäudeensemble um ein energieeffizientes Vorzeigeprojekt handelt, das in privatwirtschaftlicher Initiative betrieben wird.**

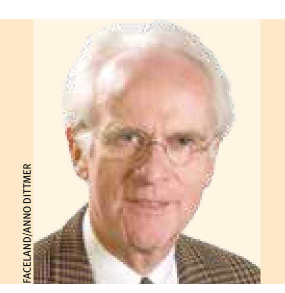
Die Marktchancen genau solcher Unternehmen zu stärken, wäre die dringende und vornehmliche Aufgabe der Politik – was indessen tatsächlich geschieht, ist häufig genug genau das Gegenteil. Die Politik ist der Auffassung, die drohende Zielverfehlung bei der $CO_2$-Reduktion sei damit zu verhindern, dass sie immer mehr staatliche Programme und Instrumente entwickelt. Freilich haben diese bereits heute eine Komplexität, Unüberschaubarkeit und Undurchsichtigkeit erreicht, dass die Akteure, ebenso wie die Verbraucher, mehr verwirrt sind, als zu klimaschutzgerechtem Handeln motiviert.

Das führt nicht zuletzt auch zu dem fatalen Effekt, dass ein Großteil der Bevölkerung heute der Meinung ist, für den Klimaschutz sei in erster Linie die Politik zuständig und verantwortlich – der Staat wird's schon richten. Dass er dazu ohne die aktive Mitwirkung vieler Bürger auf ihrer jeweiligen Handlungsebene nicht imstande ist, liegt auf der Hand. Es ist daher dringend an der Zeit, von offizieller Seite alles dafür zu tun, die Energiewende als etwas zu vermitteln, das alle angeht. Nur durch eine positive Besetzung des Themas Energie- und Ressourceneffizienz und die Vermittlung der Tatsache, dass sie individuelle Vorteile für alle mit sich bringt, lassen sich die Klimaschutzziele verwirklichen – andernfalls wird das nichts bis zum Jahr 2020, und auch nicht bis 2050. ◆





Auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg, auf dem unser Autor Stephan Kohler tätig ist, bietet die Technische Universität Berlin drei Master-Studiengänge an: Energieeffizientes Bauen und Betreiben von Gebäuden, Energieeffiziente urbane Verkehrssysteme und Urbane Versorgungsinfrastrukturen. Nähere Auskunft finden Sie auf der Website energiewende-studieren.de


FACELAND/ANNO DITTMER

**Dr. Volker Hassemer** ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin. Er war Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, später Senator für kulturelle Angelegenheiten in West-Berlin und 1996 bis 2002 Geschäftsführer der Hauptstadt-Marketing-Gesellschaft Partner für Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF fühlt er einer Stadt den Puls, die seit einem Vierteljahrhundert im Aufbruch ist – und deren Standortvorteil auch künftig die produktive Unruhe sein wird.

# Die Unfertigkeit ist die alles beherrschende Attraktion Berlins

Eine „runde Sache“ ist die Hauptstadt nicht – und will es auch nicht werden. Gerade deshalb zieht sie Menschen mit Ideen magisch an | Von Volker Hassemer

Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach dann noch ’nen zweiten Plan – so heißt es in Bertolt Brechts „Dreigroschenoper“. Münzt man diese Worte auf die Hauptstadt um, möchte man fortfahren: und ’nen dritten Plan, und ’nen vierten. Berlin hat seit dem Mauerfall eine spannende Zeit hinter sich und vieles erreicht.

Zugegeben: Mit Unfertigem haben wir ein Problem, gerade wir Deutschen. Uns stört, wenn etwas noch nicht so weit ist, wie es sein sollte und könnte. Denn das bedeutet ja: Es wird noch weiter Arbeit machen. Auch ist da immer ein Restzweifel, ob es denn überhaupt je richtig zum Abschluss kommen wird. Lieber ist es uns jedenfalls, wenn etwas fertig ist. Aber ausgerechnet und unbestreitbar ist Berlin nun einmal – unfertig.

*„Berlin hat in einem spannenden Vierteljahrhundert viel erreicht. Aber fertig ist die Stadt noch lange nicht.“*

In der Stadt ist etwas los, die Stadt bewegt sich. Aber man spürt, dass nichts schon wirklich zu einem Ende gekommen ist. Überall gibt es noch Lücken. Was da heute im Gange ist, ist spürbar erst der Anfang von etwas oder bestenfalls eine Station auf dem Weg dahin. Eine „runde Sache“ ist Berlin nicht, in keiner Hinsicht. Eher möchte man den Eindruck haben, es sträube sich regelrecht dagegen, eine runde Sache zu werden. Kann man das akzeptieren?

Man wird es müssen – denn die Unfertigkeit ist die alles beherrschende Attraktion des heutigen Berlin. Schon immer war der Mai der schönste Monat in dieser Stadt, wenn alles neu beginnt und aufblüht. Heute ist das Binnenklima Berlins wie ein in die Länge gezogener Frühling. Dass es – im übertragenen Sinne – irgendwann Sommer werden könnte, gilt beinahe schon als Befürchtung.

Als die Mauer fiel, beherrschten große Hoffnungen diese plötzlich nicht mehr geteilte Stadt. Was die Mauer in der Vergangenheit verhindert hatte, würde nun als Zukunft Berlins Wirklichkeit werden: die Stadt als potentes Drehkreuz zwischen Ost und West, die Rückkehr der großen deutschen Unternehmen in die Stadt, der Bedeutungszuwachs Berlins als Deutschlands Hauptstadt ...

Letzteres ist Wirklichkeit geworden, die erhoffte markante Rolle als Drehkreuz und Wirtschaftstandort indessen spielt die Stadt bis heute nicht. Die einfache Rechnung, dass Berlin seine Zukunft auf das würde bauen können, was die Teilung aus der Stadt vertrieben hatte, ging nicht


FOTOLIA/TUNEDIN

**Berlin zieht an: Die urbane Qualität der Stadt und ihre Zugänglichkeit wirken wie ein Magnet auf immer mehr Zuzügler – rund 44 700 waren es 2014, Tendenz steigend. Die Neu-Berliner sind inzwischen – vorbei an „Ost“ und „West“ – die dritte prägende Kraft in der Stadt geworden.**

auf. Und sogar der Hauptstadtbeschluss, also die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom Juni 1991, seinen Sitz von Bonn nach Berlin zu verlegen, war eine schwierige Geburt.

Immerhin aber gehören Einzug und Platzierung von Regierung und Parlament in der Stadt inzwischen noch am ehesten zu dem, was tatsächlich weitgehend fertig ist. Die Regierungsinstitutionen nehmen prominente Standorte ein, bedrängen aber nicht die übrige Stadt – sie bereichern sie im Gegenteil. Sie schmücken die Stadt, und sie sind gute und ordentliche Neu-Berliner geworden. Regierungssitz zu sein, gehört zu Berlin, macht es aber nicht aus.

Die Stadt als Ganzes ist vor allem eines: unübersichtlich. Was hier wurde und wird, ist nicht nur „das neue Berlin“, dessen Weg die von 1998 bis 2001 laufende gleichnamige Kampagne des Hauptstadt-Marketings begleitete. Was vor unseren Augen entsteht, ist ein anderes Berlin. Was sich an Erhofftem nicht einstellte, ließ Platz für anderes. Menschen kamen in die Stadt, die witterten, dass sich hier etwas bewegt. Die Entwicklung Berlins entspringt nicht als Kopfgeburt der Planung oder einer Entscheidung von oben. Sie hat ihren Antrieb nicht im Tribut einer deutschen Gesellschaft an ihre frühere und wiedergewonnene Hauptstadt. Nein, die Entwicklung Berlins entspringt einer Vielzahl persönlicher Entscheidungen von unten – sie ist mehr Herzensangelegenheit als Staatsakt.

Nicht die großen Unternehmenszentralen zog es nach Berlin, sondern eher all jene, die sich mit ihrem Potential in Großunternehmen ohnehin nicht richtig aufgehoben sahen. Denn das zeichnet sich inzwischen ab: Unternehmungsgeist hat, wer nach Berlin kommt – nur eben nicht auf den ausgetretenen Pfaden. Diese vielen innovationsfreudigen Neu-Berliner sind es nicht zuletzt, die dabei sind, Berlin zu machen.

Dass es solche Leute nach Berlin zog und immer noch zieht, liegt an den „weichen“ Faktoren

dieser Stadt, und die erweisen sich letztlich als härter, als ihnen gemeinhin zugeschrieben wird: die urbane Qualität Berlins, seine Atmosphäre, sein öffentlicher, gemeinsamer und vielfältiger Raum, seine gesellschaftliche und ökonomische Zugänglichkeit, seine Freiheit, sein kulturelles Leben, seine wissenschaftliche Basis. Und dass es immer mehr bevölkert wurde und wird von Gleichgesinnten: Wer nach Berlin kam, fand sich hier mehr und mehr unter Seinesgleichen. Diese Neuzugänge sind inzwischen – neben „Ost" und „West" – die dritte prägende Kraft in der Stadt geworden.

Und diese neue, dritte Kraft ist bei weitem die dynamischste. Sie überspielt die beiden traditionellen Standbeine Ost und West und setzt das Ganze in Bewegung. Sie ist verantwortlich für den neuen „Spirit" der Stadt und dafür, dass aus dem „neuen Berlin" mehr und mehr das „andere Berlin" wird. Da nimmt es nicht wunder, dass die Stadt unfertig ist – hat diese neue Kraft doch eben erst begonnen, ihren Einfluss auf die Entwicklung geltend zu machen, einer Entwicklung zudem, die es gar nicht darauf anlegt, fertig zu werden.

Was sich hier abspielt, lässt sich nicht achselzuckend abtun mit dem ohnehin schon fast zu Tode bemühten, über 100 Jahre alten Zitat des Publizisten Karl Scheffler, das Schicksal Berlins sei es, „immerfort zu werden und nie zu sein". Denn was Berlin jetzt braucht, ist nicht Achselzucken, sondern Anstrengung. Eine Stadt im Werden benötigt mehr Energie, benötigt mehr Aufmerksamkeit als eine, die sich auf den erfolgreichen Trott des Bestehenden verlassen kann.

Wenn auch das Ende des Weges nicht klar ist, so gilt es doch zu fragen: Was ist heute und morgen nötig, um ihn erfolgreich zu gehen? Das wird letztlich vor allem von jenen abhängen, die ihn gehen werden. Die Erkenntnis der Unfertigkeit ist dabei ein unerlässlicher Wegweiser. Unfertigkeit fordert heraus, Neues zu wagen, da man sich nicht auf das Bestehende als Zukunftsgarantie verlassen kann. Unfertigkeit ist sich nicht schon selbst genug – sie schließt sich nicht ab, sie ist von einladendem Naturell. Und die Berliner Unfertigkeit hat das Plus, auf den Erfahrungen des letzten Vierteljahrhunderts aufzubauen, in denen man sich dem Zuwachs an Neuem nicht verschloss und damit belohnt wurde, dass daraus die wichtigste Perspektive der Stadt wurde.

Wir haben es durch alle Höhen und Tiefen und durch alle erlebten und verursachten Belastungen des vergangenen Jahrhunderts gelernt: Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Die Anziehungskraft Berlins besteht heute vor allem in dem konkreten Versprechen, Freiheit und variable Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten. Wir sind eine offene Stadt, eine Stadt, die man sich aneignen kann. Eine Stadt, die mit ihrer Gestaltungsoffenheit und ihrer Atmosphäre dazu anregt, sich mit ihr zu verbinden und zu verbünden.

> *“Was sich an Erhofftem nicht einstellte, ließ Platz für anderes. Menschen kamen in die Stadt, die witterten, dass sich hier etwas bewegt.”*

Das ist eine Einladung an die Welt. Und hat nichts mit Großspurigkeit zu tun, sondern fußt auf der Bereitschaft zu einer Zusage, die die Stadtgesellschaft halten will und die sie halten muss. Dass das heutzutage nicht immer leicht und schon gar nicht selbstverständlich ist, darf Berlin nicht daran hindern, voll hinter seiner Einladung an die Welt zu stehen.

Zwei Faktoren, mit denen die Stadt seit jeher punkten kann und die ihre Lebensgeister wach halten, sind Kultur und Wissenschaft – ein erheblicher Standortvorteil gegenüber anderen Orten in der Welt, die erst allmählich zu verstehen beginnen, wie unerlässlich heute das Kulturelle als maßgeblicher städtischer Faktor ist, und die nun verstärkt in den Ausbau dieses Sektors investieren. Hier in Berlin wurden und waren Kunst und Kultur nicht

**Unternehmungsgeist auf neuen Pfaden: Als die Mauer fiel, ging die Hoffnung um, große deutsche Unternehmen würden sich wieder in Berlin ansiedeln. Heute wissen wir: Berlin tickt anders. Nicht die Konzerne, sondern junge, innovative Leute zieht es nach Berlin, die ein mobiles Arbeiten in Netzwerken Gleichgesinnter dem Hochhangeln auf Karriereleitern vorziehen.**

IMAGO/WESTEND61

zuletzt schon in den schwierigen Zeiten der Teilung Substanz und Sauerstoff der Stadt – ständig sich verändernd, auf Impulse auch von außen angewiesen und für das Leben und Lebendigbleiben der Stadt unverzichtbar.

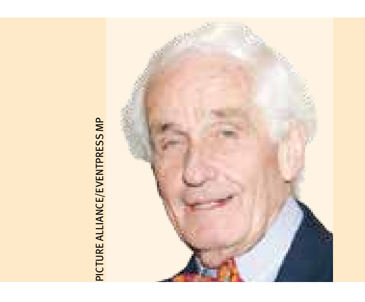
Die tägliche „Stulle“ Brot einer Stadt aber – das hat Berlin, wie andere Städte auch, in den letzten Jahren schmerzlich bestätigt gesehen – ist die Substanz ihrer Infrastruktur, sind das tägliche Management und die soziale und persönliche Sicherheit ihrer Bürger. In Zeiten und an Orten gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Veränderungen ist das öffentliche und gesellschaftliche Management besonders gefordert. Da genügt es nicht, einfach nur gute Arbeit zu machen. Da ist es unerlässlich, tagesaktuell Schritt zu halten mit dem Neuen, das sich in der Stadt abspielt. Ja, das Management einer Stadt wie Berlin muss diesen Neurungen sogar im Idealfall einen Schritt voraus sein, wenn es anstehende Entwicklungen günstig befördern will.

Die produktive Unruhe und die Lust an der Innovation, die Berlin erfasst haben, können vor den Toren des Roten Rathauses nicht haltmachen. Es gehört zu den betrüblichen Besonderheiten der Politik im Allgemeinen, dass ihre Protagonisten gewissermaßen unter dem Zwang stehen vorzugeben, man habe die Dinge sicher im Griff. In einer Stadt wie Berlin, deren attraktivste Eigenschaft es ist, noch auf dem Weg zu sein, wäre das Gegenteil sympathisch und zielführend. Es würde die Berliner Politik schmücken und ehren, wenn sie mehr als bisher zu dem Zugeständnis bereit wäre, selbst auch nur auf dem Weg zu sein – wie ihre Stadt. Dazu gehört aber auch, dass von den Verantwortlichen mehr Klartext geredet wird darüber, wie sie die nächsten Schritte auf diesem Weg planen und was sie sich mittelfristig vorgenommen haben für dieses und in diesem Berlin, in dem sich derzeit so viele so vieles vornehmen. ◆





Die Stiftung Zukunft Berlin, deren Vorstandsvorsitzender unser Autor Volker Hassemer ist, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung: „Uns geht es um die Zukunft Berlins. Wichtige Entscheidungen für die Stadt wollen wir nicht allein der Politik überlassen.“ Auf welchen vier Feldern sich die Stiftung einmischt, steht auf deren Website: www.stiftungzukunftberlin.eu




**Prof. Dr. Peter Raue** ist Rechtsanwalt in Berlin. Seine Kanzlei trägt den Namen Raue LLP. Seit 2005 ist Raue Honorarprofessor für Urheberrecht an der Freien Universität Berlin. Der Kunstliebhaber und -förderer war 1977 bis 2008 Vorsitzender des Vereins der Freunde der Nationalgalerie. Seit 2006 ist er Vorsitzender der James-Simon-Stiftung. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er das geplante Kulturgutschutzgesetz als illiberal und restriktiv und fordert, die bisherige Lösung beizubehalten.

# Lasst es, wie es war!

Das geplante Kulturgutschutzgesetz ist ein illiberales, restriktives Vorhaben. Ein Wasserstandsbericht | Von Peter Raue

Ende Juni 2015, als die Öffentlichkeit von einem ersten Entwurf der Novelle des „Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung“, vorgelegt von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, kurz BKM, unter der Ägide der Kulturstaatsministerin Monika Grütters, Kenntnis erhielt, war das wie ein Platzregen im sommerlichen Wetter bei blauem Himmel, der aber entgegen seiner Natur bis heute anhält und zu einem Hochwasserdesaster anzuschwellen droht.

Ich bin sicher, niemand bei der BKM, am wenigsten die auf dem kulturellen Gebiet so erfahrene wie kluge Kulturstaatsministerin Grütters, hat geahnt, welchen Schaden dieses Unwetter auslösen wird. Aufhebung des Grundrechts der Wohnungsfreiheit, Verpflichtung des Kunsthändlers, den Einlieferer eines Werkes zu nennen, niedrige Schwellenwerte hinsichtlich Wert und Alter von Kunstobjekten, die alsbald an den Landesgrenzen zur Ausfuhr angemeldet werden sollen – so der erste Entwurf – all das hat nicht in die bis dahin so blühende kulturelle Landschaft auf dem Gebiete der bildenden Kunst, des Antiquitätenhandels, des glänzenden Verhältnisses von Leihgebern und Museen gepasst.

> *„Die Vorlage des Kulturgutschutzgesetzes im Juni 2015 war wie ein Platzregen im sommerlichen Wetter bei blauem Himmel.“*

Dem schlimmen Juni-Entwurf folgte ein durchaus verbesserter vom 15. Juli. Diesem folgt ein dritter Entwurf vom 14. September, und nun gibt es – vierte Fassung – einen Regierungsentwurf vom 4. November 2015, den das Kabinett durchgewunken hat – ich bin sicher im Schnellverfahren! Was interessiert die große Politik angesichts weltbewegender Probleme schon ein derartiges kulturspezifisches Gesetz?

Sammler, Leihgeber, Galeristen aus ganz Deutschland haben sich wie noch nie in der Vergangenheit in dem Bestreben verbündet, ein Gesetz zu verhindern, das dem Kunsthandel den schwersten Schaden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zufügen wird. Dieser Kreis ist keineswegs eine Berliner „herzensgute Lobby von Galeristen und Kunsthändlern“, wie Michael Naumann in der *FAZ* vom 7. Dezember 2015 schreibt, sondern eine deutschlandweit konzertierte Aktion.

Noch ist das Gesetz nicht in Kraft, noch können die Sammler ihre Leihgaben aus den Museen zurückziehen, sie außer Landes bringen, um zu verhindern, dass jedes Gemälde, das älter als 70 Jahre und wertvoller als 300 000 Euro ist, das Land nicht mehr ohne behördliche Genehmigung verlassen darf. Mit Inkrafttreten des Gesetzes werden nach vorsichtigen Schätzungen 300 000 Ausreiseanträge für




PICTURE ALLIANCE/DPA/WOLFGANG KUMM

**Das „Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung“, als Regierungsentwurf am 4. November 2015 vom Kabinett gebilligt, läuft auf eine Regelung hinaus, die – sollte sie tatsächlich Gesetz werden – dem Kunsthandel schwersten Schaden zufügen wird. Kunst- und Antiquitätenhandel, Auktionshäuser, Museen und Sammler würden in ihren Eigentumsrechten beschnitten, bürokratisch behindert und mit Strafandrohung eingeschüchtert. Im Bild eine Kunstauktion in der Villa Grisebach in Berlin.**

Kunstwerke jährlich gestellt werden (bisher knapp 2000 in ganz Deutschland), die alle beschieden werden müssen und nicht in kürzester Zeit und nicht ohne erhöhten persönlichen Aufwand beschieden werden können.

Einige bedeutende deutsche Kunst- und Antiquitätenhändler haben bereits ihren Laden geschlossen, weil sie mit dem ins Haus stehenden Gesetz nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll tätig sein können. Wer legal aus Frankreich eine Antiquität erworben hat und sie nach Deutschland einführt, muss hinfort damit rechnen, dass diese Arbeit – weil eine Genehmigung des Herkunftslandes (Syrien, Griechenland, Türkei) nicht nachweisbar ist – „sichergestellt“ wird, obwohl sie sich seit 100 Jahren und länger in Europa befindet.

Der Holländer, der sich von einem Max Beckmann trennen will, konnte das Werk bisher ohne Sorgen einem der großen deutschen Auktionshäuser überlassen. Das wird er nicht mehr tun; denn in dem Augenblick, da zum Zwecke der Versteigerung das Werk die holländische Grenze nach Deutschland überschreitet, hat der Staat das Recht, es als „nationales Kulturgut“ einzustufen, das dem „Schutz gegen Abwanderung aus dem Bundesgebiet“ unterstellt und mit einem Verbot des Verkaufs ins Ausland belegt werden kann. Das Risiko geht kein Vernunftbegabter ein. Warum nur übernimmt die BKM nicht die Regelung aus Frankreich, wonach nur solche Werke „national wertvoll“ sein können, die sich seit mindestens 50 Jahren im Lande befinden?

Vieles ist von dem ersten zum vierten Entwurf geändert und verbessert worden – das Grundproblem der Restriktion für den Handel, der Enteignungsangst der Sammler ist geblieben. Nach wie vor ist der Handel mit Antiquitäten verboten, wenn nicht ein lückenloser Provenienznachweis des Besitzers erfolgt, ein Nachweis, der in 90 Prozent aller völlig legalen Rechtsgeschäfte mit Antiquitäten nicht erbracht werden kann. Wie soll derjenige, der sich von römischen Münzen, griechischen Vasen oder einer Fayence aus

dem 18. Jahrhundert trennen will, nachweisen, wie es in den (Familien-)besitz gekommen ist?

Das muss man sich vor Augen halten: Bei archäologischem Kulturgut, das sich im Boden oder im Gewässer befunden hat, muss für jedes Exemplar, das älter als 100 Jahre ist bei „Wertgrenze 0“ [!] eine Ausfuhrgenehmigung eingeholt werden. Der Verband des Münzhandels schätzt, dass 200 000 Münzen jährlich im Europäischen Binnenmarkt gehandelt werden. Da bei keiner dieser Münzen auszuschließen ist, dass sie auch im Boden gefunden wurde, muss der Handel für jede einzelne Münze eine Ausfuhrgenehmigung einholen! Und die Entscheidung, ob eine Münze oder Münzsammlung Kulturgut ist, kann nur ein Numismatiker treffen – in 16 Bundesländern muss dieser mit Rat den Behörden zur Verfügung stehen! Die geplante Regelung ist tödlich für den Münzhandel.

Vergeblich war die Hoffnung all derer, die das Gesetz kritisieren, Verbesserungen erhoffen – und ich kenne buchstäblich keinen Sammler, keinen Kunst-, keinen Antiquitätenhändler, der sagen würde: „Halb so schlimm“ –, dass die Länder, dass der Bundesrat einen Riegel vor viele dieser gesetzlichen Regelungen schieben würde. Die bittere Wahrheit ist: Es gibt in der Tat Einwände vieler Bundesländer gegen diesen Gesetzesentwurf. Aber nicht ein einziger setzt sich mit den Einwänden der Betroffenen, mit dem Rückwirkungsverbot des Gesetzes, den zu niedrigen Schwellenwerten, den überspannten Sorgfaltspflichten und abstrusen Strafandrohungen oder mit der fehlenden Vorkaufspflicht des Bundes auseinander!

*„Warum macht sich die CDU zum Vorreiter eines illiberalen Gesetzes, statt es bei der bisherigen Lösung zu belassen?“*

Stattdessen meint der Bundesrat, dass das Gesetz verschärft werden müsse! Der Regierungsentwurf des Gesetzes sieht vor, dass über einen Ausfuhrantrag innerhalb von zehn Tagen entschieden werden muss (wenn auch jegliche Sanktion bei Überschreiten der Frist fehlt) und die Länder erklären: Das ist uns viel zu kurz. Der Bund schlägt vor, dass nur solche Arbeiten national wertvolles Kulturgut sind, die „besonders bedeutsam für das kulturelle Erbe Deutschlands … und damit identitätsstiftend für die Kultur Deutschlands“ sind. Diese Hürde ist einigen Ländern zu hoch, sie bitten daher bereits dann um Indizierungsmöglichkeit, wenn der Verbleib des Werkes „im Bundesgebiet im besonderen öffentlichen Interesse liegt“. Welches Werk von einiger Bedeutung liegt nicht im öffentlichen Interesse? Jeder Museumsdirektor will jede gute Arbeit haben – mangels Etat nach Möglichkeit unterhalb des international zu erzielenden Marktpreises.

Während der Gesetzesentwurf vorsieht, dass Kulturgut nur nach vorheriger Zustimmung des Sachverständigenausschusses eingetragen werden darf, will der Bundesrat diese Formulierung streichen mit der Maßgabe, dass selbst dann, wenn der Sachverständigenausschuss die Voraussetzungen des Auswanderungsverbotes verneint, die Länder berechtigt sein sollen, dennoch ein solches Verbot zu verhängen.

Hier ist nicht der Platz, alle – durchweg schrecklichen – Änderungen, die der Bundesrat fordert, zu schildern. Doch auf das Groteske der Situation will ich hinweisen: Sammler, Händler und Auktionshäuser beklagen, mit ihren vernünftigen Forderungen zur Änderung des Gesetzes von der BKM nicht gehört worden zu sein. Die Länder reklamieren ebenfalls, dass ihre Vorschläge keinen Eingang in das Gesetz gefunden haben. Das Bild, dass von zwei Seiten in entgegengesetzter Richtung an dem „Korpus Kulturgutschutzgesetz“ gezerrt wird, drängt sich auf.

Während die Diskussion um dieses Gesetz anhält, steigt die Flut, die im Juni 2015 ihren Anfang genommen hat. Die existenzgefährdende Situation für den Kunsthandel ist nur noch aufzuhalten, wenn sich im Bundestag Abgeordnete finden, die

sich mit den gesetzlichen Bestimmungen und Fallstricken des Entwurfs auseinandersetzen und erkennen, dass das Gesetz noch einmal in die Beratung zurückgehen muss. Denn das ist ein alter Verfassungsgrundsatz, dass freiheitsbeschränkende Gesetze – und das ist das geplante Gesetz zweifelsfrei – dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen müssen.

Der Grundsatz ist dann nicht mehr gewahrt, wenn „der angerichtete Schaden größer ist als der abgewendete". Der Staat verfolgt das Ziel, dass kein Kulturgut das Land verlässt, das besser in Deutschland verbleiben soll, mit einem Ausfuhrverbot, von dem eine Befreiung erteilt werden kann. Der dadurch angerichtete Schaden – nie mehr aufzuholender Wettbewerbsnachteil für den Handel, Rückzug der Sammler aus den Museen, Pönalisierung der soliden Antiquitätenhändler – steht in keinem vertretbaren Verhältnis zum abgewandten Schaden.

Die bisherige Gesetzeslage (Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt) hat grosso modo gut funktioniert. Jetzt erleben wir: Jeden Tag fahren LKW mit Kunstwerken, die im Verdacht stehen, künftig dem Ausfuhrverbot unterworfen zu sein, nach Holland und England, reisen, um die Luft der Freizügigkeit atmen zu können. Warum nur macht sich die CDU zum Vorreiter eines illiberalen, restriktiven Gesetzes, statt es bei der bisherigen Lösung zu belassen, in der Europäischen Union genehmigungsfrei mit Kunst handeln zu dürfen? ◆

> *„Das Bild, dass von zwei Seiten in entgegengesetzter Richtung an dem ‚Korpus Kulturgutschutzgesetz' gezerrt wird, drängt sich auf."*

---

WENN NIEMAND MEHR DIE ABHÖRPRAKTIKEN DER NSA AUFDECKT, SIND UNSERE DATEN DANN WIEDER PRIVAT?




REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80 - BIC: BEVODEBB



# Die Fiktion einer Gesellschaft vor dem wirtschaftlichen Absturz

## Die literarische Vorwegnahme einer Selbstaufgabe Frankreichs in dem Roman *Unterwerfung* | Mit der wirtschaftspolitischen Brille gelesen

Am 7. Januar 2015 erschien der Roman *Unterwerfung* von Michel Houellebecq im französischen Original. Am 7. Januar 2015 erschien die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* mit einer Titelgeschichte über den Roman und seinen Autor – auf der Titelseite ein karikierend gezeichnetes Porträt Houellebecqs als Magier mit der Vorhersage „2022 befolge ich den Ramadan". Am 7. Januar 2015 erschienen zwei islamistische Attentäter in der Redaktionskonferenz von *Charlie Hebdo* und mähten deren Teilnehmer mit Kalaschnikows nieder. 12 Tote im Namen Allahs.

Michel Houellebecqs Roman *Unterwerfung* erschien am 2. Februar 2015 auf Deutsch. Seither ist der Roman auch in Deutschland gelesen und aufmerksam wahrgenommen worden. In einer Schlüsselszene geht die Hauptfigur des Romans, François, durch die von mehreren, kurz nacheinander mit Schusswaffen und Bomben ausgeführten Attentaten verwüsteten Straßen der französischen Hauptstadt. Ein Szenario islamistischen Terrors im Herzen von Paris, wie es am 13. November 2015 in der Wirklichkeit geschah. 130 Tote im Namen Allahs.

Es sind die realistischen Annahmen, die Houellebecqs Roman nach den jüngsten Pariser Attentaten erneut ins Blickfeld gerückt haben. Manche Interpreten sehen in *Unterwerfung* ein Menetekel der westeuropäischen, nicht nur der französischen Bereitschaft zur Unterwerfung unter die politische Herrschaft des Islams. Deren ökonomische Seite kommt in dem Buch zur Sprache und erlaubt eine Analyse des wirtschaftspolitischen Programms der fiktiven Partei „Muslimische Bruderschaft", die in Houellebecqs Roman im Frankreich des Jahres 2022 bei der Präsidentenwahl an die Macht gelangt – getragen von einer Mehrheit der Franzosen, die keine Marine Le Pen als Präsidentin haben will.

Es handelt sich bei Houellebecqs Buch um Belletristik und nicht um ein ökonomisches Sachbuch, daher skizziert der Autor die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen seiner fiktiven Partei genregemäß nur vage. Er benennt sie jedoch an einigen Stellen überraschend konkret – und mit dem dabei entstehenden bruchstückhaften Puzzle weisen die erwähnten Maßnahmen für ein koran- und schariakonformes Frankreich in eine Richtung, die eine nähere Betrachtung lohnt.

> *„Die fiktive muslimische Regierung bedient sich auf ihrem ‚Dritten Weg' bei der katholischen Soziallehre."*

Der Leser des Romans erfährt zunächst, durch welche wirtschaftspolitischen Vorstellungen die neuen muslimischen Machthaber beeinflusst sind, nämlich durch den Distributismus. Der Distributismus ist eine ökonomische Philosophie, die – so lässt Houellebecq seine Leser wissen – „Anfang des 20. Jahrhunderts in England entstanden und von Denkern wie Gilbert Keith Chesterton und Hilaire Belloc vertreten worden war. Er verstand sich als ‚Dritter Weg', der sich

sowohl vom Kapitalismus als auch vom Kommunismus – der mit einem Staatskapitalismus gleichgesetzt wurde – abhob. Seine Grundidee war die Aufhebung der Trennung zwischen Kapital und Arbeit. Die normale Form der Wirtschaft stellte für ihn das Familienunternehmen dar; ergebe sich für bestimmte Produktionszweige die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu größeren Einheiten, dann müsse alles dafür getan werden, dass die Arbeiter zu Anteilseignern ihres Unternehmens würden und für dessen Leistung mitverantwortlich wären." So weit Houellebecq.

Der Distributismus ist heute weitgehend in Vergessenheit geraten. Er entsprang der katholischen Soziallehre, deren Grundlage die Enzyklika Rerum Novarum des Papstes Leo XIII. aus dem Jahr 1891 ist. Die Grundidee des Distributismus besteht darin, Arbeitnehmern eine Teilhabe am Kapital beziehungsweise den Produktionsmitteln zu ermöglichen. Die Unternehmenslandschaft solle aus inhabergeführten, kleinen (Familien-) Unternehmen und Genossenschaften bestehen. Die Marktmacht solle begrenzt werden, indem Monopole und Kartelle verhindert werden. Das Subsidiaritätsprinzip ist einer der wesentlichen Grundsätze des Distributismus. Seine Leitlinien sind auch heute für manchen nicht ohne Charme, entpuppen sich letztlich aber als antikapitalistisch und freiheitseinschränkend.

*“Eine bewusste staatliche Lenkung führt weg von Großunternehmen hin zu kleineren Familienunternehmen.”*

Diese ursprünglich katholische Konzeption wird in Houellebecqs Roman von den Muslimen an der Macht umgesetzt, indem sie alle staatlichen Hilfen an große Industrieunternehmen ersatzlos streichen. Auf der anderen Seite werden „dem Handwerk und den selbständig Erwerbstätigen erhebliche steuerliche Erleichterungen" zugestanden. Was sich zunächst vielleicht ordnungspolitisch vernünftig anhört, ist eine bewusste staatliche Lenkung der Produktivität und Beschäftigung weg von Großunternehmen hin zu kleineren Familienunternehmen, dem Handwerk und der Landwirtschaft. So erzählt Houellebecq im Folgenden, dass durch diese Maßnahmen „in Frankreich weiterhin ein großer Industriestandort nach dem anderen geschlossen" wird.

Hinzu kommen drastische Einschnitte in der Sozialpolitik. So findet sich im Roman ein kurzer Hinweis zum Haushaltsentwurf der fiktiven Regierung. Danach soll „im Laufe der kommenden drei Jahre eine Verringerung der staatlichen Sozialausgaben um 85 Prozent" erfolgen. Was jedoch anstelle der Sozialausgaben tritt und ob die Leistungskürzungen in irgendeiner Weise kompensiert werden, schildert der Autor nicht. Eine solche Rückführung, ja fast vollständige Abschaffung der Sozialleistungen wäre in der Realität eine dramatische politische Zäsur. Die Vorstellung, dergleichen werde in einer Gesellschaft – und dazu noch in kurzer Zeit – umgesetzt, ist schlichtweg haarsträubend.

Die Idee einer deutlichen Reduzierung der Sozialausgaben und damit eine Zurückdrängung der staatlichen Aktivität würde gewiss Befürworter finden. Jedoch ist dabei zunächst zu beachten, dass ein wesentlicher Teil der Sozialausgaben – in Frankreich wie in Deutschland – auf Rentenzahlungen entfällt. Starke Einschnitte kämen einer Enteignung gleich. Großen Umfang haben auch die anderen Sozialversicherungsleistungen wie Leistungen im Krankheits- und Pflegefall oder bei Arbeitsunfällen. Eine ersatzlose Kürzung dieser Leistungen ist somit äußerst unrealistisch – sie hätte verheerende Folgen. Denkbar wäre bestenfalls, dass die leistungserbringenden staatlichen Institutionen in private Unternehmen überführt würden.

## Frankreich im Fokus: Literatur und Wirklichkeit




**Der Schriftsteller Michel Houellebecq, hier während einer Lesung aus *Unterwerfung* im Januar 2015 in Köln.**

**Rechts das Titelblatt der Pariser Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* vom 7. Januar 2017 mit einem karikierenden Porträt des Autors Michel Houellebecq. An diesem 7. Januar erschien auch sein Roman *Unterwerfung*. Und genau diesen Tag wählten die islamistischen Attentäter, um die Redaktion auszulöschen. Der Text auf dem Titelbild lautet übersetzt: „Die Vorhersagen des Magiers Houellebecq: 2015 verliere ich meine Zähne … 2022 befolge ich den Ramadan!“**

Eine zentrale bildungspolitische Maßnahme beschreibt Houellebecq bereits einige Seiten zuvor. Unerwünschte, weil nicht-muslimische Hochschulprofessoren wie die Hauptfigur des Romans, François, werden emeritiert und erhalten eine lebenslange Pension in Höhe von 3472 Euro im Monat. Ein weiterhin tätiger Hochschulprofessor erhält hingegen ein dreimal so hohes Gehalt – als Anreiz für eine Konvertierung zum Islam, die Voraussetzung für eine Professur ist. Überflüssig zu erwähnen, dass dies eine erhebliche Einschränkung der Berufsfreiheit und einen gravierenden Eingriff in die wirtschaftliche ebenso wie in die Religionsfreiheit des Einzelnen darstellt.

Wirtschaftlich betrachtet, würde eine solche Zwangs-Emeritierung eine Abwanderung der Intelligenz („Brain Drain“) verursachen und damit in der Tendenz wachstumshemmend wirken. Fiskalisch betrachtet, wären höhere Staatsausgaben die Folge durch lebenslange Pensionen für die erzwungenen Frührentner und deutlich höhere Gehälter für die amtierenden Hochschullehrer. Houellebecq schildert des Weiteren, wie Familienzulagen „beträchtlich“ erhöht werden, um den Ausstieg der Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu fördern. Auch hier greift seine fiktive muslimische Regierung lenkend ein, indem sie Anreize zur Arbeitsniederlegung setzt und damit das Arbeitsvolumen beeinflusst. In der Realität

## Michel Houellebecqs Roman *Unterwerfung*

würde so etwas tendenziell zu einer beträchtlichen Reduzierung der Erwerbstätigkeit und folglich des Wirtschaftswachstums führen. Im Roman wird diese Maßnahme indessen mit dem Hinweis auf eine fallende Arbeitslosenquote als wirtschaftspolitischer Erfolg gewertet.

Ein derart massiver Ausstieg von Frauen aus dem Arbeitsmarkt würde in der Realität vermutlich zur Nichtbesetzung von Stellen, zu Arbeitsplatzabbau und Verlagerung von Arbeitsstätten ins Ausland führen – mit negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Fiskalisch gesehen, hätte eine solche Arbeitsmarktpolitik theoretisch zwei gegenläufige Effekte: auf der einen Seite sinkende Staatsausgaben, weil Leistungen aufgrund von Arbeitslosigkeit reduziert werden, auf der anderen Seite erhöhte Familienzulagen, die den Staatshaushalt belasten. Letzteres wird in Houellebecqs Roman durch eine „drastische Senkung des Bildungsetats kompensiert“. Die Schulpflicht endet im Alter von zwölf Jahren. „Es wurde dazu geraten, im Anschluss daran eine handwerkliche Tätigkeit aufzunehmen; die Finanzierung der Sekundarbildung sowie aller Stufen darüber würde zur reinen Privatangelegenheit.“

> *„Unerwünschte, weil nicht-muslimische Hochschulprofessoren werden emeritiert und erhalten eine lebenslange Pension.“*

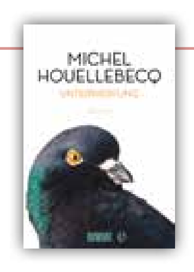
Solcherlei Maßnahmen, im Roman mit dem vorrangigen Ziel der „Muslimischen Bruderschaft“ getroffen, die Kritikfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit der französischen Bürger zu behindern und vermindern, ginge gleichzeitig mit einem massiven Ausbremsen von Technologie, Innovation und damit dem allgemeinen Wachstumspotenzial des Landes einher.
Kurz: Allein die wirtschaftspolitischen, in die Handlung des Romans eingebetteten Details der „Unterwerfung“ reichen aus, um den drastischen Paradigmenwechsel durch die Politik der fiktiven muslimischen Regierung zu verdeutlichen – weg von einer marktwirtschaftlich-freiheitlichen Ordnung, hin zu einer totalitären Herrschaft. Die genannten Aspekte der wirtschafts- und sozialpolitischen Richtungsänderungen ebnen den Weg:

- Behinderung und Auflösung großer Unternehmen zugunsten kleiner Betriebe,
- Bevorzugung und Förderung einfacher beruflicher Tätigkeiten zulasten von Bildungsinvestitionen und anspruchsvollen beruflichen Karrieren,
- massive Bevorzugung von Männern (nicht nur) im Arbeitsleben zulasten von Berufstätigkeit und wirtschaftlicher Selbstbestimmung von Frauen,
- Besetzen einflussreicher Positionen durch regimeunkritische Personen.

Die fiktive „Muslimische Bruderschaft“, die in Houellebecqs Frankreich des Jahres 2022 die Macht ergreifen kann, weil sie einer Mehrheit der Franzosen als kleineres Übel im Vergleich zur Machtübernahme des im Roman ganz unfiktiv beim Namen genannten Front National von Marine Le Pen gilt, macht sich zügig an die Unterwerfung von Mensch und Wirtschaft. Die geschilderten Maßnahmen genügen völlig, um das Bild einer Gesellschaft zu zeichnen, die dem wirtschaftlichen Abstieg geweiht ist, den die islamischen Länder, denen heute die Jugend entflieht, schon hinter sich haben. *AFP*



Die vorstehende Betrachtung bezieht sich auf das Buch *Unterwerfung* von Michel Houellebecq, aus dem Französischen von Norma Cassau und Bernd Wilczek. DuMont Buchverlag, Köln, 2015. 272 Seiten, 22,99 Euro. www.dumont-buchverlag.de




SCHLOSSHOTEL
IM GRUNEWALD
Telefon +49 30 89 58 40
www.schlosshotelberlin.com



möbel & mehr: heißt:
· TOSCANA RESTAURANT
· SEGAFREDO KAFFEEBAR
· PORTALINO KINDERCLUB
porta!
möbel & mehr

# Diplomaten, Artisten und der Nikolaus im Spiegelpalast

## Die Diplomatie-Community Berlins kam am 6. Dezember 2015 zum traditionellen Nikolauslunch im „Palazzo“ zusammen

Wie in jedem Jahr trafen sich auch am 6. Dezember 2015 mehr als 300 ausländische Diplomaten zusammen mit ihren Familien zum traditionellen Nikolauslunch im Spiegelpalast „Palazzo“ von Kolja Kleeberg und Hans-Peter Wodarz. Eingeladen hatte wie immer die Ärztin Irene Ernst, im Nebenberuf Herausgeberin des Diplomatischen Magazins. Allein über 80 Botschafter waren diesmal der Einladung gefolgt, darunter die von Ägypten, Marokko, Thailand und der Ukraine.



AGENTUR BAGANZ

**Der chinesische Botschafter Shi Mingde (links) und der Honorargeneralkonsul der Philippinen Gerhard Zeidler (rechts) wurden zum Botschafter beziehungsweise Konsul des Jahres 2015 gekürt. In der Mitte die Veranstalterin Irene Ernst.**

Die internationale Diplomatie-Community der Hauptstadt amüsierte sich erwartungsgemäß prächtig, aber das Protokoll kam auch nicht zu kurz, insbesondere mit der ebenfalls schon traditionell zum Nikolauslunch gehörenden Auszeichnung des „Ambassador of the Year“, die diesmal an den chinesischen Botschafter Shi Mingde ging. Er habe besonderes Talent darin, „politische Paukenschläge in diplomatische Harfenklänge“ zu verwandeln, sagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler und übergab ihm einen weißen Porzellan-Bären der Königlichen Porzellan-Manufaktur. Shi Mingde, der sein hervorragendes Deutsch bereits als Student von 1972 bis 1975 in Ost-Berlin gelernt hat, engagiert sich besonders für den Sport-Austausch zwischen beiden Ländern – aber auch für die Aufzucht junger Panda-Bären in europäischen Zoos. Der Honorargeneralkonsul der Philippinen Gerhard Zeidler erhielt die Auszeichnung „Consul of the Year“.

Das Menü war, wie immer im „Palazzo“, von Shownummern begleitet. Igor Boutorine präsentierte seine schwungvoll-lässige Hula-Hoop-Nummer, La Bande Artistique ihren komödiantischen Gesang und das Artisten-Trio 15feet6 gewagte Schwünge am russischen Barren. Und wie es sich für den 6. Dezember gehört, verteilte nach drei kurzweiligen Stunden ein leibhaftiger Nikolaus prall gefüllte Tüten an die mehr als 120 Kinder, die zusammen mit ihren Diplomaten-Eltern in den Spiegelpalast gekommen waren. *JR*


PRIVAT

**Dr. Peter Funken** ist Kunstvermittler und Kurator der Kunstmesse *Berliner Liste*, die im September 2015 zum zwölften Mal stattfand. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat er die Ausstellung „Sehwaisen“ des Werkbundarchivs – Museum der Dinge mit Werken von Gabriele Rérat in der Berlin-Kreuzberger Oranienstraße besucht.

# Die nicht offensichtlichen Eigenschaften der Dinge

## Eine Retrospektive mit Objekten von Gabriele Rérat lädt zur erweiterten Wahrnehmung von Gebrauchsgegenständen ein | Von Peter Funken

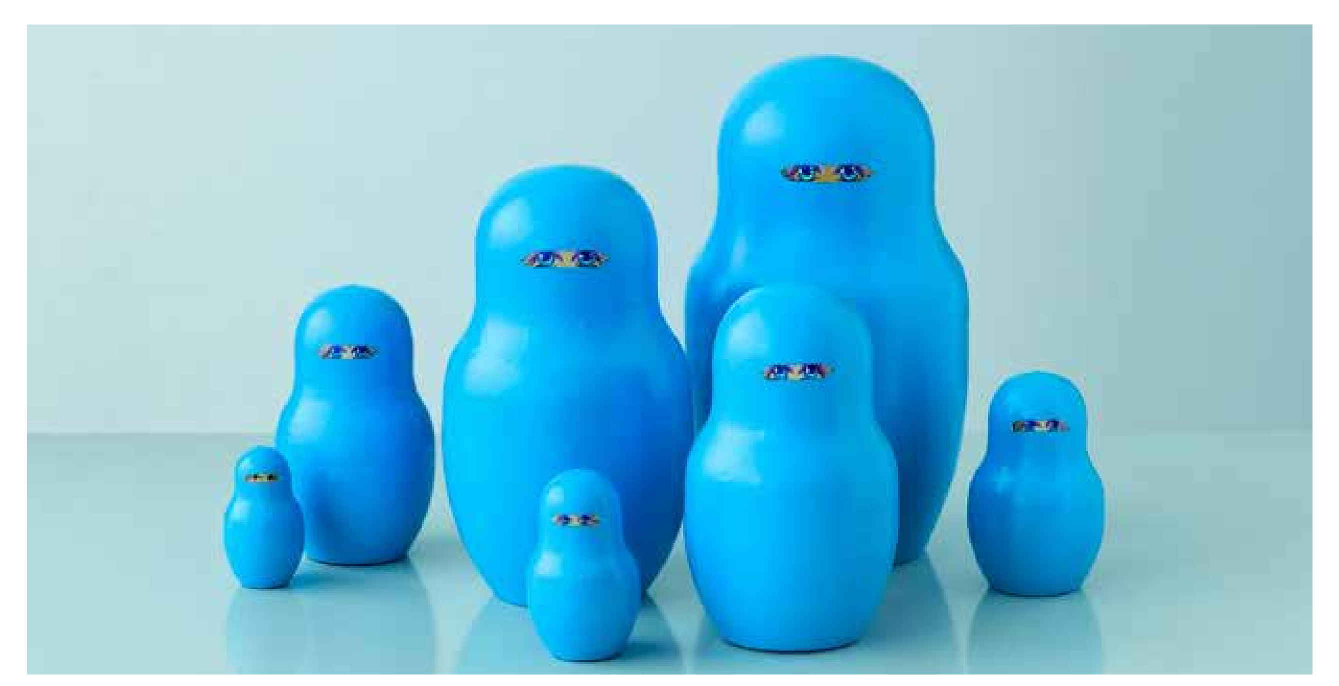
Wie tückisch lauernde Kobraschlangen liegen fünf zusammengerollte Gartenschläuche im Eingangsbereich zur Ausstellung „Sehwaisen“ mit Werken von Gabriele Rérat – gerade so, als wollten sie gleich drohend die Köpfe erheben und Gift? – nein, Wasser verspritzen! Bei einer Kunstaktion an anderem Ort und im Außenbereich haben sie das tatsächlich einmal getan, im Werkbundarchiv – Museum der Dinge verzichtet man jedoch aus gutem Grund auf diesen Effekt.

Rund 20 Objekte und Arrangements der Schweizer Künstlerin Gabriele Rérat (1960 – 2010) sind bei dieser Retrospektive im Museum der Dinge zu sehen. Es sind ironische, manchmal bissige und doch immer poetische Kommentare zu unserer Gesellschaft und ihrer Realität – dargestellt vermittels verfremdeter oder abgeänderter Gebrauchsobjekte: Harmlose Gartenschläuche mutieren zu Kobras, fünf Teppichklopfer aus buntem Plastik bilden das Symbol der „Olympiade@home“ und die Püppchen einer russischen Matroschka werden zu mysteriösen Burka-Trägerinnen, denen man, verborgen und eingesperrt in körperbedeckende hellblaue Gewänder, alles oder nichts zutraut.


H.R. ROHRER (3)

**„Olympiade@home“ von 2006 – spielerisch und bunt, aber mit bitterer Doppeldeutigkeit, wird doch die Tatsache zunehmend unübersehbar, dass Austragungsort von Olympischen (und anderen) Spielen oft wird, wer vor allem eines beherrscht: Repressalien.**

Gabriele Rérat richtete ihr Interesse auf gemeinhin nicht beachtete, den Dingen jedoch insgeheim innewohnende Potentiale jenseits



**„Burka Blue“ – eine ebenso ästhetisch ansprechende wie aus heutiger Wahrnehmung hellsichtige Arbeit von Gabriele Rérat aus dem Jahr 2008.**

ursprünglicher Funktionseigenschaften. Dabei zeigt sich, dass in den Objekten des Alltags vielfach mehr und anderes steckt, gewissermaßen subkutane Eigenschaften und Fähigkeiten der Dinge – so wie unter der Haut etwas wirkt, das man nicht sieht. Da tritt oft Rätselhaftes zutage, unbeachtete Schönheiten oder Eigenwilligkeiten, die mit der äußeren Form der Dinge in Verbindung stehen. Die Künstlerin fragt nicht: Wozu hat dieser Gegenstand gedient? Sie fragt: Was kann aus ihm werden?

Mit Fantasie und künstlerischem Geschick gelingen ihr spielerisch Umdeutungen, die etwas Neues und Unvorhergesehenes sichtbar machen und auf den Kern einer Sache hindeuten, der aus Routine und Konvention übersehen oder unterschlagen wird. So demaskiert sie etwa Eitelkeit und Ehrgeiz mit komisch monströsen Konstruktionen, hergestellt aus Siegerpokalen. Oder sie persifliert und entlarvt einen allgegenwärtigen Schuh-Fetischismus mit ihrem Objekt „Lackschuh“, bei dem ein eleganter Damenschuh an



**„Gießkannenprinzip“ – auch dies eine im Nachhinein betrachtet verblüffend hellsichtige Arbeit von 2006, als sich die Finanzkrise, in deren Folge das Wort eine vormals nicht geahnte Dimension annehmen sollte, gerade erst zusammenbraute.**

# Die Wunder der Warenwelt

Das Werkbundarchiv – Museum der Dinge widmet sich in einem Kreuzberger Gewerbehof der Produktkultur des Industriezeitalters

In einem ehemaligen Werkstattgebäude an der Kreuzberger Oranienstraße zeigt das Werkbundarchiv - Museum der Dinge anhand von rund 20 000 Objekten die Geschichte der Produktkultur im 20. und 21. Jahrhundert – also dem Zeitalter industrieller Massen- und Warenproduktion.



WERKBUNDARCHIV - MUSEUM DER DINGE/ARMIN HERRMANN

**Im Werkbundarchiv - Museum der Dinge lassen sich Objekte der Alltagskultur in interessanten Zusammenhängen betrachten – es ist eines der wenigen für das Publikum begehbaren Archive dieser Art.**

Kern der Institution ist das Archiv des Deutschen Werkbundes (DWB). Der Werkbund wurde 1907 von Künstlerinnen und Künstlern, Industriellen und Kulturpolitikern als eine Vereinigung gegründet mit dem Ziel, einer Entfremdung zwischen Mensch und Gebrauchsobjekt, die man als zwangsläufig mit der industriellen Massenproduktion einhergehend sah, entgegenzuwirken – unter anderem durch modern-sachliche und dennoch ansprechend-zweckdienliche Gestaltung von industriell gefertigten Produkten.

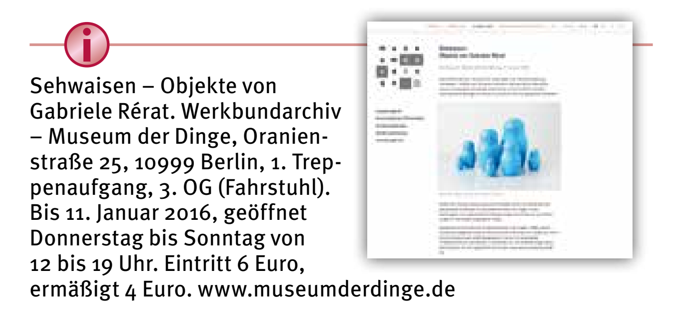
Das 1973 gegründete Werkbundarchiv – Museum der Dinge wird von einem gemeinnützigen Verein getragen, der sich dieser Tradition verpflichtet sieht – in der materiellen Bewahrung und wissenschaftlichen Dokumentation ebenso wie in der zeitgenössischen Interpretation und Reflexion der Warenwelt vergangener Jahrzehnte. Dabei beschränkt sich das Museum in seiner Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit nicht auf die Erzeugnisse von Werkbundkünstlern und -firmen, sondern bezieht den gesamten Interessenschwerpunkt des Werkbunds für den Alltag und die Waren produzierende Gesellschaft mit ein.

Die als „Offenes Depot" präsentierte Sammlung wird im Rahmen von Ausstellungsprojekten ständig weiterentwickelt und kommentiert. Ausgehend von der heutigen Produktkultur lässt sich so die Geschichte der Dinge im 20. und 21. Jahrhundert immer wieder neu und anders wahrnehmen: Massenware und kunstgewerbliche Einzelstücke, Objekte namhafter Gestalter und anonymes Produktdesign, puristische Kargheit und Kitsch stehen hier nebeneinander. Daneben gibt es wechselnde Ausstellungen und Installationen und einen Museumsshop.

seiner Spitze eine schwarze Zunge herausstreckt. Nicht zuletzt wegen solcher Komik trifft Rérats Kunst mitten ins Ziel, etwa dann, wenn sich ihr Farbfoto „Schneestuhl“ als Persiflage auf den im Kunstbetrieb heilig gesprochenen „Fettstuhl“ von Joseph Beuys entpuppt – denn auf der Sitzfläche befindet sich anstatt Fett ein dreieckiges Kissen aus Schnee, der bald schon schmelzen wird.

Mit Berlin verband die in Bern geborene, fünfzigjährig früh verstorbene Künstlerin manches. Während eines Studienaufenthalts in den 1980er-Jahren entstanden hier ihre ersten Kunstwerke, die Rérat aus gefundenen Gegenständen herstellte. Bereits jene Arbeiten bezeichnete sie als „Sehwaisen“ – als ausgesetzte, verwaiste Dinge, denen die Künstlerin mit ihren Umformungen eine neue Existenz als Kunstobjekt ermöglichte. Mit ihrer kritisch-ironischen Haltung im Umgang mit Produkten unserer Zeit entstanden seitdem zahlreiche vergnüglich-erkenntnisfördernde Werke.

Im Werkbundarchiv – Museum der Dinge sind ihre Arbeiten nun derzeit besonders gut aufgehoben, da es deutliche Entsprechungen gibt zwischen ihrem Werk und dem hier entwickelten musealen Konzept beim Umgang und der Präsentation von Produkt und Design. Der „fremde Blick“, den Gabriele Rérat einbringt, ermuntert die Besucher gleich auch noch zur produktiv-phantasievollen Neubesichtigung der ausgestellten Gegenstände der großartigen Sammlung zur Design- und Alltagskultur des 20. und 21. Jahrhunderts. ◆



Sehwaisen – Objekte von Gabriele Rérat. Werkbundarchiv – Museum der Dinge, Oranienstraße 25, 10999 Berlin, 1. Treppenaufgang, 3. OG (Fahrstuhl). Bis 11. Januar 2016, geöffnet Donnerstag bis Sonntag von 12 bis 19 Uhr. Eintritt 6 Euro, ermäßigt 4 Euro. www.museumderdinge.de



PRIVAT

**Irena Nalepa** ist im Kunsthandel tätig. Sie war Gründerin der Galerie Nalepa und Geschäftsführerin der Galerie Schoen+Nalepa in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat sie sich die Ausstellung „The Botticelli Renaissance“ in der Gemäldegalerie im Berliner Kulturforum angesehen.

# Botticelli erleben im Hier und Jetzt

„The Botticelli Renaissance” in der Gemäldegalerie lädt zu einer Zeitreise ein, die rückwärts durch die Kunstgeschichte führt | Von Irena Nalepa

Vermutlich noch nie zuvor wurde der Renaissancekünstler Sandro Botticelli (1445 bis 1510) so modern, so ihm gemäß, so zugänglich und zugleich so glanzvoll präsentiert wie derzeit in der Berliner Gemäldegalerie. Das „Prinzip Botticelli“, daran lässt die Schau keinen Zweifel, ist ein erstaunlich allgegenwärtiges, zahllose Künstlergenerationen inspirierendes Phänomen. Insbesondere Botticellis Meisterwerke „Geburt der Venus“ (entstanden um 1485) und “Der Frühling/La Primavera“ (entstanden um 1482) haben in über fünf Jahrhunderten nichts von ihrer Strahlkraft und ihrem betörenden Einfluss auf Kunst und Kunstgewerbe eingebüßt.

Das Kuratoren-Team um Stefan Weppelmann und Ruben Rebmann, das für die Gestaltung der Ausstellung verantwortlich zeichnet, ist Renaissance-erprobt. 2011 kuratierten sie die Schau „Gesichter der Renaissance“ im Bode-Museum, die über 250 000 Besucher anzog. Und es zeichnet sich bereits ab, dass auch „The Botticelli Renaissance“ eine Erfolgsausstellung ist. Nicht zuletzt dürfte sich diese Anziehungskraft auf den Umstand gründen, dass das Ausstellungskonzept das Phänomen Botticelli nicht nur neu, sondern auch aus dem Blickwinkel von heute heraus in Augenschein nimmt – mit überraschendem und überzeugendem Ergebnis.

Die Ausstellung, so erläutert es Kurator Ruben Rebmann im aktuellen „MuseumsJournal“, der vierteljährlichen Publikation der Berliner Museen, ist keine bloße Gegen-



STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN/JÖRG P. ANDERS

**Botticellis „Venus“ von 1490 – in Haltung und Ausdruck unverwechselbar die Schwester der „Geburt der Venus“, dem legendären Gemälde Botticellis, auf dem die Venus einer Muschel entsteigt. Letzteres hängt in den Uffizien in Florenz, zu kostbar, um die Reise nach Berlin anzutreten.**





DAVID LACHAPELLE STUDIO
VICTORIA AND ALBERT MUSEUM, LONDON

**„Rebirth of Venus“ des amerikanischen Fotografen David LaChapelle – die Szene im grellfarbigen Südseeparadies ist einer von vielen Belegen für die erstaunliche Strahlkraft Botticellis bis in die zeitgenössische Populärkunst.**

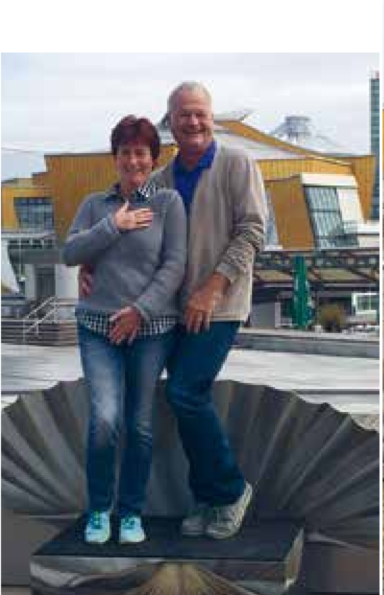
**Rechts: Der „Tagtraum“ von Dante Gabriel Rossetti von 1880. Er war einer der führenden Künstler der Präraffaeliten, die Mitte des 19. Jahrhunderts Botticelli wiederentdeckten und damit den Anstoß für die bis heute ungebrochene Popularität des Renaissance-Künstlers gaben.**

überstellung der zahlreichen Rezeptionen und Interpretationen von Werken Botticellis aus allen Kunstepochen mit seinen Originalwerken, „sondern sie ist chronologisch gegliedert. Die Schau beginnt im Hier und Jetzt, von dort aus bewegt sich der Besucher weiter durch die Zeit – das Außergewöhnliche ist hier, dass diese Bewegung rückwärts verläuft, bis man am Ende bei den Originalen Botticellis anlangt.“

Es ist erstaunlich, wie präsent das Phänomen Botticelli im zeitgenössischen Produktdesign, in der Werbegrafik, ja selbst in gängigen Schönheitsvorstellungen ist. Durch die Begegnung mit den Originalwerken kommt es zu Wiedererkennungseffekten und Aha-Momenten. Frappierende Sichtachsen, die der Bühnenbildner Hansjörg Hartung in der Gemäldegalerie geschaffen hat, unterstützen diesen Effekt.

In Kooperation mit dem Victoria and Albert Museum in London, das die Ausstellung 2016 zeigen wird, sowie durch Leihgaben großer Museen wie dem Metropolitan Museum of Art in New York und den Uffizien in Florenz kamen mehr als 150 Werke aus den Gattungen Malerei, Zeichnung, Foto, Skulptur, Video und Mode zusammen. Darunter sind 50 Werke Botticellis und aus seinem Umkreis. Acht Botticellis kommen aus dem Bestand der Berliner Gemäldegalerie selbst.

Die Zeitreise von 2015 bis 1445 beginnt mit dem Raum „Botticellis Universal“. Rineke Dijkstras „Beach Portraits“ von 1992 zeigen zwei Bikini-Mädchen am Strand in ähnlicher Pose wie Botticellis meisterhafte „Venus“ – und das Original des Altmeisters hängt altarhaft schön in der Mitte zwischen den beiden Großfotografien. Kühne Seherlebnisse folgen. „Rebirth of Venus“ des






**Jede und jeder kann Botticellis Venus sein, mit der Skyline des Potsdamer Platzes im Hintergrund – ein auf dem Kulturforum vor der Gemäldegalerie bereitgestelltes Muschelpodest macht es möglich: Foto machen und per E-Mail schicken an venusofberlin@sharypic.com oder auf Instagram posten unter #venusofberlin.**

US-Fotografen David LaChapelle überrascht mit einem künstlich blonden Aktmodell im grellfarbigen Südseeparadies, und die ironische Selbstverkleidung der amerikanischen Künstlerin und Fotografin Cindy Sherman spielt mit ihrer eigenen Wandlungsfähigkeit ebenso wie mit Botticelli.

Die zweite Sektion „Botticelli Renaissance" führt zurück in das 20. und 19. Jahrhundert und damit zur Wiederentdeckung Botticellis – denn der Meister war nach seinem Tod 1510 im Alter von 65 Jahren, zu diesem Zeitpunkt bereits verarmt, in Vergessenheit geraten. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurden seine Werke durch die englischen Präraffeliten wiederentdeckt. Der „Tagtraum" von Dante Gabriel Rossetti, einem der führenden Künstler der Präraffaeliten, von 1880 und beeindruckende Werke etwa von William Morris, Edward Burne-Jones oder René Magritte und eine Abendkleid-Kreation der italienisch-französischen Modelegende Elsa Schiaparelli sind Stationen dieser Entdeckungsreise.

Am Ende des Ausstellungsreigens, überschrieben mit „Botticelli?", hängt, kostbar auf Schieferplattenhintergrund, eine Abfolge von fünfzig Porträts, Madonnen und mythischen Szenen. Sie alle könnten von Botticelli selbst sein, sie könnten immerhin aus seiner Werkstatt stammen – sie könnten zum Teil aber auch Fälschungen sein oder sind es erwiesenermaßen. Auf den Titelkärtchen fehlt bei allen der Name Botticelli, denn seine jeweilige Urheberschaft ist bis heute nicht eindeutig gesichert. Von ihm signiert sind nur zwei Werke, in einem dunkelrot gehaltenen Raum würdevoll präsentiert: die „Mystische Geburt" aus dem Jahre 1500 und eine filigrane Zeichnung zu Dante Alighieris „Paradiso", dem letzten Teil seiner „Göttlichen Komödie".

„The Botticelli Renaissance" macht anschaulich deutlich, welche Bandbreite die Auseinandersetzung insbesondere mit Botticellis zeitlosen Schönheiten „Venus" und „Primavera" hat und welch unerschöpfliche Inspirationsquelle seine poetischen Frauengestalten seit dem 19. Jahrhundert bis heute für Generationen von Künstlern sind – auch wenn beide nicht selbst zum Vergleich herangezogen werden können: Sie haben Ausreiseverbot und sind gut behütet daheim in den Uffizien geblieben. ◆




The Botticelli Renaissance. Gemäldegalerie – Staatliche Museen zu Berlin, Kulturforum, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin. Bis 24. Januar 2016, geöffnet Dienstag, Mittwoch und Freitag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag 10 bis 20 Uhr, Samstag und Sonntag 11 bis 18 Uhr. Eintritt 14 Euro, ermäßigt 7 Euro. www.botticelli-renaissance.de